

darmstädter studenten zeitung

1 F 2824 F

DM 0,60

Hochschulangehörige
DM 0,30

Juli/August 1972
20. Jahrgang

Nr. 129



Der 2CV ist sparsam und vernünftig.



Versicherungszwerg Nr. 1

Wenn es um Versicherungsprämien geht, macht sich der 2 CV ganz klein.

Auch an den Tankstellen und bei der Steuer ist er sparsam und bescheiden.

Nur, wer ihn fährt, dem zeigt er sich in voller Größe.

Seine besondere Art von Großzügigkeit ist eindrucksvoll.

Viersitzer-Komfort mit vier Türen. Unvergleichliche Straßenlage. Robustheit und Zuverlässigkeit.

Alles, was ein Auto seinem Besitzer geben kann. Ohne viel dafür zu nehmen.

2 CV 4: 431 ccm – 23 DIN-PS – 5,9 l nach DIN

2 CV 6: 597 ccm – 28 DIN-PS – 6,2 l nach DIN

Eine der 7.500 Citroën-Service-Stellen in Europa ist in Ihrer Nähe.

Citroën Automobil-AG, 505 Porz-Westhoven, Abt. B 501, Postfach 2080.

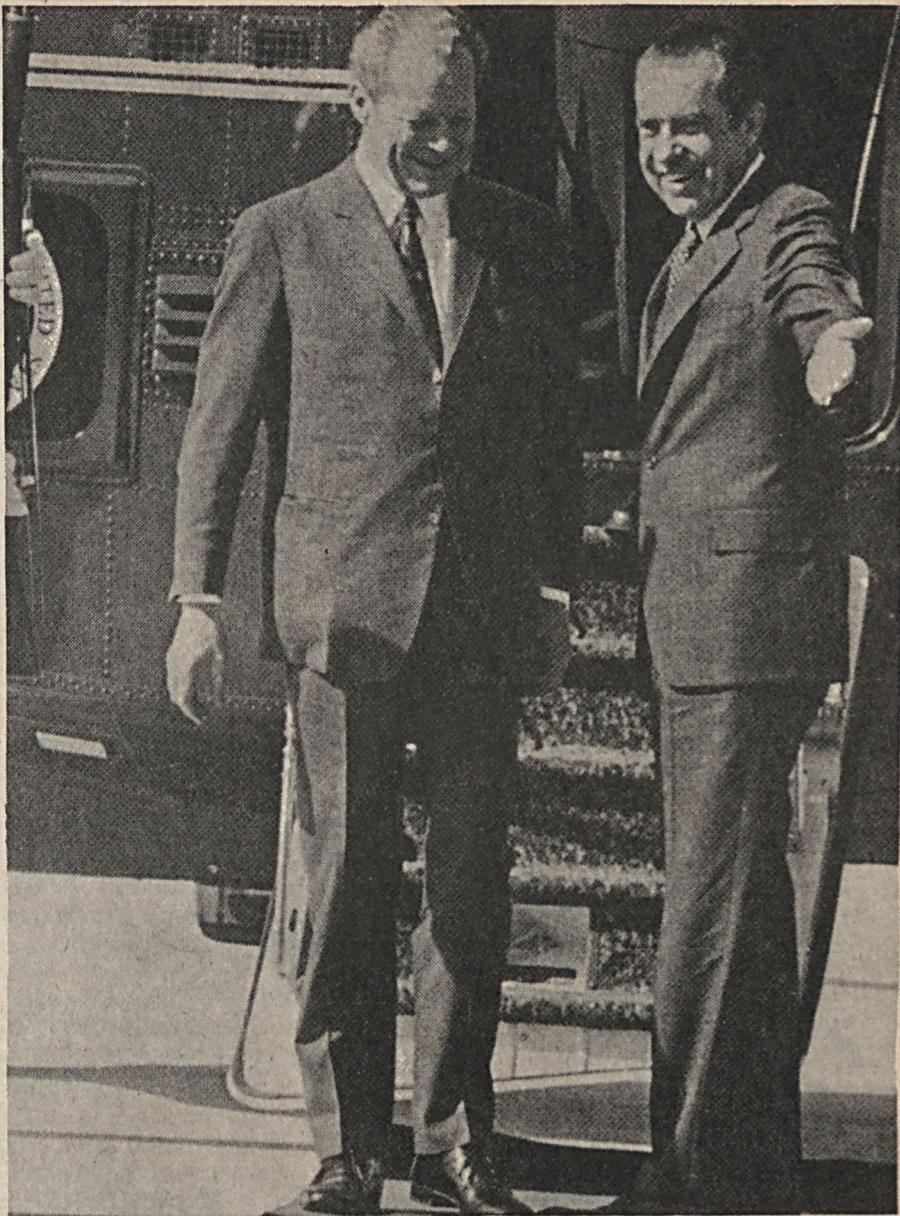
Hart rechnen – bequem fahren.

Citroën empfiehlt Total

CITROËN 2CV

Inhalt

- 2 **Statt eines Editorials**
Eine Friedensrede
- 5 **Krieg und Frieden**
Friedensstrategie als Variante imperialistischer Außenpolitik
- 15 **Handel und Wandel**
Entstehungsgeschichte sozialdemokratischer Ostpolitik
- 30 **Sport in der Leistungsgesellschaft**
Ein Beitrag zum „olympischen Sommer“
- 33 **Türkei —**
ein zweites Griechenland?



FRIEDENS - AUSSCHREITUNGEN

Wechselt der Imperialismus die Gangart?

darmstädter
studenten
zeitung
Nr. 129

Die „darmstädter studentenzeitung“ erscheint einmal alle zwei Monate.
Verleger: Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt und Studentenschaft der Fachhochschule Darmstadt (Körperschaften des öffentlichen Rechts).

Anschrift von Redaktion und Verlag:

61 Darmstadt, Hochschulstraße 1, Telefon 16/25 17, 33 09.

Verantwortlich: Friedhelm Ernst — Verlagsleiter: Wulf van Riesen.

Verkaufspreis: DM 0,60, Hochschulangehörige DM 0,30; Jahresabonnement incl. Postzeitungsversand DM 6,00 (Ausland DM 7,70). Konto: Stadt- und Kreissparkasse Darmstadt 541397.

Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Genehmigung der Redaktion.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Anzeigen: Jan Kettmann, 61 Darmstadt, Rheinstraße 67, Tel. 8 55 43. Konten: Stadtparkasse Darmstadt 10000 335, Postscheckamt Ffm 80597.

Satz und Druck: Ph. Reinheimer, Darmstadt.

dpa-Fotos auf den Seiten: 5, 7, 10, 14, 16, 21, 23, 27, 28

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegt ein Sonderheft der dsz mit den Beiträgen der Darmstädter Vietnamwoche und eine Verlagswerbung der Agentur Dieck bei.

Statt eines Editorials

in diesem Umfang noch niemals zuvor existiert hat.“²⁾

EINE FRIEDENSREDE

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk sind sich einig in dem Willen, eine Politik des Friedens, der Versöhnung und der Verständigung zu betreiben als Grundlage aller Entschlüsse und jeden Handelns.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk lehnen daher die Gewalt als ein untaugliches Mittel zur Behebung bestehender Differenzen innerhalb der bestehenden Staatengemeinschaft ab.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk erneuern das Bekenntnis, jeder tatsächlichen Abrüstung der Welt freudig zuzustimmen. Mit der Versicherung der Bereitwilligkeit, auch das letzte deutsche Maschinengewehr zu zerstören und den letzten Mann aus dem Heere zu entlassen, insofern sich die anderen Völker zu gleichem entschließen.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk verbinden sich in dem aufrichtigen Wunsch, mit den anderen Nationen einschließlich aller unserer früheren Gegner im Sinne der Überwindung der Kriegspsychose und zur endlichen Wiederherstellung eines aufrichtigen Verhältnisses untereinander alle vorliegenden Fragen leidenschaftslos auf dem Wege von Verhandlungen prüfen und lösen zu wollen.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk erklären sich daher auch jederzeit bereit, durch den Abschluß kontinentaler Nichtangriffspakte auf längste Sicht den Frieden Europas sicherzustellen, seiner wirtschaftlichen Wohlfahrt zu dienen und am allgemeinen kulturellen Neuaufbau teilzunehmen.¹⁾

Die abgedruckte Friedensrede ist nicht etwa ein Zitat aus der Regierungserklärung Kiesingers oder eine der in ihrer Zahl kaum noch zu überblickenden Friedensreden seines Nachfolgers Willy Brandt. Nein, der Friedensautor ist vielmehr unter den Vorgängern Kiesingers zu suchen; die Rede stammt aus dem Jahre 1933, der Verfasser: Reichskanzler Adolf Hitler.

Nun soll es nicht darum gehen, in plumper und demagogischer Manier etwa die Formel Brandt=Hitler zu suggerieren. Aber: Das Gerede von Frieden und Friedenspolitik ist in letzter Zeit nachgerade unerträglich geworden. Ein Blick in die Geschichte, der aufweist, wieviel Unheil und Grauen unter der Fahne des Friedens und der Befriedung über die Menschheit gebracht worden ist, scheint geeignet, hier das nötige Mißtrauen zu schaffen. Adolf Hitler nun ist dafür keineswegs der einzige Kronzeuge. Man könnte die Liste von ‚Friedenspolitikern‘ solch aggressiver Provenienz beliebig fortsetzen. Ein weiteres Beispiel soll jedoch in diesem Zusammenhang genügen: John Foster Dulles; es dürfte

damit plastisch genug werden, wie der Begriff ‚Frieden‘ gerade dann besonders oft bemüht wird, wenn die Politik eine genau entgegengesetzte Richtung einschlägt.

Die zitierte Hitler-Rede ist einem ‚Aufruf des Führers‘ entnommen, in dem er den Austritt Deutschlands aus der Abrüstungskonferenz und aus dem Völkerbund verkündet. Der amerikanische Außenminister Dulles nimmt eine ‚Alle unsere Kräfte für den Frieden‘ betitelte Rede zum Anlaß, zum verstärkten Kampf gegen die Sowjetunion aufzurufen: *„In den Vereinigten Staaten ist das Streben nach Frieden sehr stark. . . Vielleicht hat eine Nation niemals zuvor soviel für den Frieden getan. Von der Vergangenheit aus beurteilt haben wir in dieser Hinsicht gute Leistungen aufzuweisen. Aber die Vergangenheit gibt nicht den richtigen Maßstab. Es herrscht noch immer zu viel Selbstgefälligkeit. Den Frieden zu gewinnen, heißt einen verzweifelten Kampf gegen einen Feind, das System des Krieges, zu führen, das bisher niemals entscheidend besiegt worden ist. Heute wird jenes System in Wahrheit von einer Militärmacht unterstützt, wie sie*

Dort also, wo allzu lautstark von ‚Frieden‘ geredet wird, scheint Mißtrauen geboten. Dieses Mißtrauen wird verstärkt in einer Zeit, in der, wie der Konfliktforscher Dieter Senghaas es ausdrückt, „angesichts wesentlicher Inhalte im Substrat gegenwärtiger internationaler Politik: beispielsweise ideologischer und propagandistischer Auseinandersetzungen zwischen Machtblöcken, subversiver politischer Manöver und Gegenmanöver, gezielter wirtschaftlicher Repressalien, feindlicher Rivalitäten mit spektakulären Prestigeunternehmungen, offener und stillschweigender Intervention in die Angelegenheiten anderer Staaten, akuter Kriege und bewußt propagierter Vernichtungsdrohungen, eines beispiellosen Rüstungswettlaufes und der Diskrepanz zwischen reichen und armen Staaten“ von einer „zu beobachtende(n) empirische(n) Verschränkung von Krieg und Frieden“³⁾ ausgegangen werden muß. Krieg und Frieden sind heute keine klar zu trennenden, diskreten Zustände mehr: „Die Trennlinie zwischen Krieg und Frieden ist verschwommen; die je spezifischen Konturen beider sind verloren gegangen.“⁴⁾

Dieses Verschwimmen der Grenzen, diese empirisch feststellbare Verschränkung von Krieg und Frieden kommt nicht von ungefähr.

„Krieg und Frieden also sind im monopolkapitalistischen Zeitalter keine Gegensätze mehr; sie stammen beide aus dem gleichen Geschäft, gerade aus diesem, der moderne Krieg selber kommt aus dem kapitalistischen Frieden und trägt dessen schreckliche Züge. Kampf um Absatzmärkte, Konkurrenzkampf mit allen Mitteln sind dem Kapital eingeschrieben, so kann es keinen ewigen Frieden halten, so bilden die Imperialismen notwendig die Explosionsatmosphäre eines dauernden Vorkriegs, und die Kriegserklärung selber (sie kann neuerdings auch fehlen) wird bloße Auslösung.“ (Ernst Bloch)⁵⁾

Nun steht aber paradoxer- oder auch bezeichnenderweise eben der Protagonist des Weltimperialismus Richard Nixon an der Spitze des neuen ‚Friedens‘-Booms; zu seinem Europa-Filialleiter in Sachen ‚Frieden‘ ist inzwischen Willy Brandt avanciert.

Wir leben in einer kapitalistischen Realität, deren sozioökonomische Struktur von Grund auf durch den Nicht-Frieden geprägt ist, und der man heute obendrein mit den Strategien der atomaren Abschreckung und Vergeltung vom politischen Makrobereich her das Joch der ‚organisierten Friedlosigkeit‘ (Senghaas) aufgezungen hat. In einer solchen Gesellschaft findet der Frieden allenfalls in der Rubrik ‚Propaganda‘ Platz, als trügerische begriffsentleerte Hülse, mit der das Friedensbedürfnis der Menschen

benutzt wird, sie an Zustände und Politik eben des Unfriedens zu binden.

Aber auch noch innerhalb dieses Bereichs der propagandistischen Verdrehungen erweist sich der Kapitalismus als vielgestalt und wandlungsfähig. Diente das Friedensgerede früher zur Bemäntelung aggressiver Expansionspolitik (Beispiel Hitler), vielleicht auch darüber hinaus zu ihrer Begründung (Beispiel Dulles: Wer Frieden will, muß erst das ‚System des Krieges‘ vernichten...), so ist inzwischen der Durchbruch zur totalen Perversion gelungen: Der ‚Frieden‘ wird nicht mehr nur der aggressiven Politik des Imperialismus als verschleiernde Fassade dienstbar gemacht, sondern ist inzwischen (erklärtermaßen) zum Mittel ihrer Ausführung (!) ‚umfunktioniert‘. Seit etwa einem Jahrzehnt werden in den USA und im Gefolge auch in Westeuropa als Reaktion auf das Zerbröckeln des Kalten Kriegs am atomaren Patt ‚Friedens-Strategien‘ entwickelt. Ihre Analyse, zu der die beiden Hauptartikel dieses Heftes „Krieg und Frieden“ und „Handel und Wandel“ beitragen sollen, dürfte ein Schlüssel sein zum Verständnis imperialistischer Welt-politik in der von Nixon proklamierten ‚Ära der Verhandlungen‘.

„Als die Friedenskonferenz zuende war, gingen die Minister durch die Stadt. Da kamen sie an einer Schießbude vorbei. Mal schießen, der Herr? riefen die Mädchen mit den roten Lippen. Da nahmen die Minister alle ein Gewehr und schossen auf kleine Männer aus Pappe.“^{5a)}

Borcherts Trauma ist inzwischen verblaßt – von der Realität längst überholt. Die Politiker, die heute von Friedenskonferenzen kommen, gehen nicht mehr in Schießbuden. Der Sessel, von dem aus sie heute, von ihrer Tournée zurückkehrt, weltmännisch und jovial ihre Friedens-Statements durch die Presse jagen, steht im Anbau der Kommandozentrale des programmierten Völkermords.

„Du, Forscher im Laboratorium. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst einen neuen Tod erfinden gegen das alte Leben, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!“^{5b)}

konnte Borchert noch rufen, ohne von der Wirklichkeit als Naivling verlacht zu werden. NEIN sagt heute allenfalls noch die biedere Hausfrau, der statt des gewohnten die doppelte Menge eines anderen Waschmittels angeboten wird. Die emsigen Zwerge in den Laboratorien jedoch werfen täglich neue Tode aus, andere dann werfen sie ab. Der neueste, dem gerade sein blutiges Leben von Wissenschaft und Technik eingehaucht wird, ist ein automatischer... Natürlich – auch der Tod kann sich dem ‚Fortschritt‘ nicht entziehen. Es wird darauf zurückzukommen sein.

Politische Praxis der „Friedenspolitik“

Daß es den USA nicht ernsthaft darum gehen kann, den militärischen Griff in den Ländern der Dritten Welt zu lockern und damit die militärische Intervention als untaugliches Mittel zur Sicherung von Herrschafts- und Ausbeutungsinteressen vollends beiseite zu legen, wird gerade an den jüngsten Ereignissen in Südostasien deutlich. Nicht nur die neuerliche Verminderung nordvietnamesischer Gewässer spricht für diese These, auch die Praxis der groß aufgemachten und proklamierten Truppenreduzierungen in Südvietnam läßt inzwischen erkennen, daß Nixon nicht daran denkt, den Bombenkrieg aufzugeben.

Das Ziel der Übung – das amerikanische (und nicht zuletzt das Nixonsche) Friedens-Image in der Weltöffentlichkeit aufzupolieren scheint erreicht, der Abzug der amerikanischen Truppen gestaltet sich indes immer mehr zu einem Umzug in andere Länder des Südostasiens-Paktes. In Thailand befinden sich, nach Berichten des „SPIEGEL“ bereits mehr amerikanische Truppen als in Vietnam. Bis zum 1. September sollen, laut Nixons nur noch 39 000 Amerikaner in Südvietnam stationiert sein – allein in Thailand sind es zur Zeit schon 49 000.⁶⁾

Der Charakter des wachsenden Engagements in Thailand ist dabei ganz im Sinne des Nixonschen ‚Friedenskonzeptes‘: keine eigenen Stützpunkte, sondern „Anmietung“ thailändischer Basen, wachsende Zahl amerikanischer „Militärberater“ und – vor allem – hauptsächlich Luftwaffeneinheiten statt Bodentruppen.

Der letzte Punkt – wachsende Konzentrierung auf den Luftkampf – ist dabei besonders interessant. Er deckt sich nämlich nicht nur mit Nixons Plänen, die Bodenkämpfe, und damit die verlustreichste, ineffektivste und unansehnlichste Seite des Krieges zu reduzieren, sondern er weist auch auf eine neue Form der Kriegführung hin, die dem, für die amerikanische Rüstungsindustrie lebenswichtigen Moment des ‚Veraltens‘ der Waffensysteme Rechnung trägt und die ‚Notwendigkeit‘ von Neuinvestitionen auf dem Rüstungssektor sichert.

„Amerikas vierte Teilstreitkraft – das militärische Forschungssystem.“⁷⁾

Jener „universitär-militärische Komplex“, auf dessen Konto schon die Giftgas- und Entlaubungsprogramme gehen, und der, wie kürzlich bekannt wurde, auch ‚Regen statt Bomben‘ fallen ließ⁸⁾, hatte schon Anfang der siebziger Jahre ein Konzept entwickelt, das den Titel „automatisiertes Kampffeld“ trug. Ein im Juli 1970 in dem amerikanischen Militärmagazin „Armed Forces Management“ erschienener Beitrag führte dazu aus:

„Nach einer Vorhersage des Chefs des Stabes General W. C. Westmoreland wird bei entsprechenden gemeinsamen Anstrengungen das ‚automatisierte Kampffeld‘ in spätestens zehn Jahren eine Realität sein. Sollte diese Prophezeiung zutreffen, dann steht für das nächste Jahrzehnt ein Milliarden-Dollar-Programm in Aussicht. (...) Es werden Streitkräfte erkennbar, die in ein integriertes Feuerleitsystem einbezogen... sind, ein Feuerleitsystem, das die fortgeschrittene Technologie im Nachrichtensektor, von Sensoren, der Leitstandverfahren und der erforderlichen automatischen Datenverarbeitung voll ausnutzt. Ein System also, das auf die Dynamik des sich ständig wandelnden Kampffeldes empfindlich reagiert.... Eine Schlüsselstellung in diesem Konzept nehmen der Hubschrauber und eine neue ‚revolutionäre‘ Gattung von Sensoren ein.“
„Bei diesen Bemühungen handelt es sich um ein erstes Glied mit hoher Priorität in einer Kette von Vorgängen. Man hat hierfür bereits sehr viel Geld investiert, nämlich überschlägig etwa 60 bis 70 Millionen Dollar.“⁹⁾

Daß das Programm des ‚automatic battle-field‘ nicht eben das erste Glied in der langen Kette militärischer Forschungs- und Entwicklungsprojekte der USA ist, läßt sich unschwer beweisen¹⁰⁾. Schon 1965 glaubte man eine Lösung des „amerikanischen Sicherheitsproblems“ darin zu sehen, „daß die Regierung nur von der akademischen Gemeinschaft jetzt die Stimulation erhalten kann, die notwendig ist, um mit der Weltpolitik jenseits des Kalten Krieges fertig zu werden...“¹¹⁾ Und John S. Foster, Direktor der Forschungsabteilung im amerikanischen Verteidigungsministerium, definierte die Rolle der Forschung in der amerikanischen Strategie 1968 so:

„In den letzten Jahren waren US-Streitkräfte in unterschiedlichem Ausmaß in Konflikte im Libanon, in der Dominikanischen Republik und Vietnam verwickelt. Wie auch immer man zu diesen Zwischenfällen stehen mag, die Forschung des Verteidigungsministeriums muß dazu dienen, die Grenzen der Wirksamkeit unterschiedlicher militärischer Maßnahmen in Situationen beurteilen zu können, in denen wir den Einsatz der Streitkräfte erwägen.“¹²⁾

Seine hohe Priorität dagegen bekommt das Projekt „automatisiertes Kampffeld“ wohl hauptsächlich durch die Entwicklung des Vietnamkonfliktes. Bereits die oben zitierte Charakterisierung läßt den Schluß zu, daß eben dieses Projekt nur in Südostasien verstärkt realisiert werden soll. Die thailändischen Luftwaffenstützpunkte sind zum Teil schon mit entsprechenden Aufgaben befaßt:

„– Korat, 5000 Mann Personal, ist Spezial-Basis für Anti-Raketen-Kriegsführung mit Phantom- und Thunderschief-Jets. – Nakhon Phanom, nahe der laotischen Grenze ist Stützpunkt für streng geheime Aktionen gegen Laos und Vietnam – etwa Abwurf elektronischer Aufklärungs-

instrumente.“¹³⁾

Im gleichen Stützpunkt Nakhon Phanom ist auch ein weiterer, zentraler Bestandteil des Projektes inzwischen Realität geworden:

„Die Unterwanderung des Vietcong mit Hilfe von zwei Computern IBM 360-65 in Nakhon Phanom (Thailand) ist zweifellos das technologische Nonplusultra“, meldete die Frankfurter Rundschau am 11. Juli 1972 – und im gleichen Bericht wird auch das Funktionieren des ‚automatisierten Kampffeldes‘ beispielhaft geschildert: „In diesen Verband (der ‚Superwaffen neuen Typ‘ gehört MAGID, der Menschenschnüffler, der unendlich geringe Beträge von Ammoniak, vor allem auch menschlichen Schweiß oder Ausdünstung aus beträchtlicher Entfernung entdecken kann. Aus der Luft abgeworfene, naturverkleidete Minimikrofone melden die Daten, worauf ein führerloses Flugzeug exakt zu dieser Stelle fliegt, um Bomben abzuwerfen.“¹⁴⁾

Hohe Effektivität der Waffensysteme bei gleichzeitiger Reduzierung der kämpfenden Truppen (und Verluste), diese Form des bewaffneten Konflikts fügt sich nahtlos in Nixons Konzept vom ‚militärischen Disengagement‘ erfahren ihre Konkretion erst in den Ausführungen seiner Militärs:

„Die mit der schwierigen geistigen Vorbereitung dieser Armee der Zukunft und der Planung des automatisierten Kampffeldes betraute Organisation ist das Army Combat Development Command, dessen Leiter Generalleutnant G. I. Forsythe ist. Dieser äußerte sich im Januar 1970 auf einem Symposium . . . über die gesamte Thematik, wobei er Begriffe wie ‚porous battlefield‘ (durchlässiges Kampffeld) und ‚increased stand-off-factor‘ (vergrößerter Distanzierungsfaktor) benutzte. Forsythe prophezeit, daß die künftigen Heeresstreitkräfte auf einem Kriegsschauplatz 10% ihres Potentials für die Aufgabe der Feindaufspürung einsetzen werden, wobei sich diese Kräfte nicht vorsätzlich mit dem Feind in Gefechts-handlungen einlassen sollen.“¹⁵⁾

Daß Vietnam das aktuellste Erprobungs- und Anwendungsfeld für dieses zukunftsweisende Projekt ist, wird daher auch von dem indochina-kundigen General Westmoreland nicht verholten:

„Westmoreland kam in seiner Oktober-Rede (1969) auf Erfahrungen in Vietnam zu sprechen. Dort stellte sich ein Problem, das noch schwieriger war als das der Beweglichkeit. Der Feind in Vietnam ist bei seiner Ausnutzung des dichten Dschungels zu Tarnzwecken äußerst verschlagen und schwer faßbar. (. . .) Seit 1965 legte man daher mehr und mehr den Akzent auf die Ermittlung von Verfahren zur Feind-ortung. . .“

„Verfügbar ist heute eine Vielzahl in Vietnam eingesetzter Sensoren.“¹⁶⁾

Noch detaillierteren Aufschlusses über die Praxis wissenschaftlicher Kriegsführung gibt die Beschreibung des Projekts

MASSTER und seiner Erprobung in Vietnam:

„In Fort Hood entstand auf Betreiben des US-Heeres das Projekt MASSTER (Mobile Army Sensor Systems Test Evaluation and Review), in dessen Rahmen 282 Techniker bzw. Ingenieure, die STANO-Bauteile unter Einsatzbedingungen testen und dann bewerten. (. . .) Im Mai d. J. gab das US-Heer der Presse einige der z. Z. von der MASSTER-Gruppe bewerteten und teilweise bereits in Vietnam eingesetzten Baugruppen bekannt. Hierzu gehören z. B. eine akustische Boje, ein von Flugbord abgeworfener sogenannter ‚Seismic Intrusion Detector‘ . . . Bei größeren Geräten steigen die Preise fast astronomisch an, nämlich 23 000 \$ für ein ‚Starlight Scope‘ und Laser-Entfernungsmesser und 48 000 für ein Nachsicht-Visier für Hubschrauber. Man ist jedoch im Besitz von Fakten über die Wirksamkeit dieser mit optimaler Feuerkraft gekoppelten Geräte, wofür als Beweis die Kämpfe um Khe Sanh und Firebase Crook zitiert werden. Dennoch ist man weiterhin auf der Suche nach noch geheimen Geräten wie z. B. das verbesserte Side-Looking-Radar und die Infrarot- und Wärme-Abbildungssysteme. Letztere wurden inzwischen soweit entwickelt, daß Messungen von Temperaturunterschieden von weniger als einem Grad (am Ziel) möglich sind. (. . .) Mit einem Strahlungsmesser dieses Typs kann man Menschen und Fahrzeuge ausfindig machen und sogar das Gelände bestimmen.“¹⁷⁾

Daß die Entwicklung neuer Kampfmethoden und Waffen, eben jener ‚Superwaffen neuen Typs‘ tatsächlich integraler Bestandteil der ‚neuen‘ außenpolitischen Strategie des amerikanischen Imperialismus ist, stellte auch Richard Nixon klar. In einer Pressekonferenz betonte er am 22. Juni 1972 „die Vereinigten Staaten müßten neue strategische Waffen entwickeln, da sonst ihre Sicherheit und die Sache des Weltfriedens in Gefahr geraten würden. (. . .) Er appellierte an den amerikanischen Kongreß, die von der Regierung beantragten 1,3 Milliarden Dollar (4,1 Milliarden Mark) für die Entwicklung dieser Abschreckungswaffen zu bewilligen“¹⁸⁾.

Daß dieses Scherflein für die amerikanische Rüstungsindustrie auch die Verantwortlichen des Projektes „automatisiertes Kampffeld“ im Sinne hatten, kann man aus den Äußerungen von Generalmajor P. Feyereisen entnehmen. Dazu noch einmal das ‚Armed Forces Management‘-Magazin:

„Verantwortlich für die Beschaffung der neuen Bauteile ist das Army Materiel Command. . . Leiter des Industriesektors der Dienststelle ist Generalmajor P. Feyereisen, der die Aufsicht über die gesamte Entwicklung und Beschaffung hat. (. . .) (Man sieht) sich, wie Feyereisen erklärt, einer ‚Explosion der Technologie‘ gegenüber. Monatlich gehen beim AMC etwa 100 technische Vorschläge ein, darunter viele seitens der Industrie. (. . .)

Die Verträge werden . . . im Dollar-Volumen größer werden, wenn es auch einige Ausnahmen geben dürfte. So stellt zum Beispiel das MALLARD-Projekt eine große Gruppe von Geräten dar, und die einzelnen Komponenten können von einer Reihe von Firmen gefertigt werden. Als Positivum kündigt sich an, daß wahrscheinlich der Prototypen-Bau und damit die betreffende Industrie-Beteiligung zunehmen werden.“¹⁹⁾

Soweit die bisherige Praxis der Nixon-schen Friedenspolitik in Südostasien. Angesichts der Bedeutung von Kriegsforschung im Rahmen der für die Profit-sicherung, und damit also für die ‚Sache des Weltfriedens‘ notwendigen Kriege, könnte man sich wohl fragen, wie lange es noch dauern mag, bis einer der Unter-offiziere jener „Vierten Armee Amerikas“ – beispielsweise der bekannte Darmstädter Herr Fischer, der ja mit den auch im Projekt ‚automatisches Kampffeld‘ erwähnten Laser-Entfernungsmessern befaßt ist – als Friedensforscher in die Reihen der Friedensnobelpreis-anwärter avanciert.

¹⁾ „Die Reden Hitlers für Gleichberechtigung und Frieden“, München 1934, S. 7. Um eine unvoreingenommene Rezeption zu ermöglichen, wurde in der Rede durchgängig ‚Reichsregierung‘ durch ‚Regierung‘ ersetzt.

²⁾ „Alle unsere Kräfte für den Frieden“, Rede des amerikanischen Außenministers John Foster Dulles vor der ‚Youg Women’s Association‘, hrsg. v. US-Informationsdienst, Bad Godesberg, o. J. S. 4f

³⁾ Dieter Senghaas: „Zur Analyse internationaler Politik“, in: G. Kress und D. Senghaas: „Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme“, Frankfurt am Main, 1972, S. 349

⁴⁾ ebd., S. 347

⁵⁾ Ernst Bloch: „Das Prinzip Hoffnung“, Frankfurt am Main 1959, S. 1049

^{5a)} Wolfgang Borchert, Lesebuchgeschichten, in: Das Gesamtwerk, Hamburg 1949, S. 317

^{5b)} Wolfgang Borchert, „Dann gibt es nur eins!“, in: ebd., S. 319

⁶⁾ Der Spiegel Nr. 28, 3. Juli 1972, S. 79

⁷⁾ M. Klare, The University-Military Complex“, published by North American Congress on Latin America, New York 1969

⁸⁾ Siehe Spiegel Nr. 29, 10. Juli 1972

⁹⁾ Armed Forces Management, Juli 1970, S. 36

¹⁰⁾ Eine ausführliche Darstellung von Kriegsforschung und -produktion findet sich in:

„Materialien zu Rüstungsforschung, -produktion und Imperialismus, Reihe Wissenschaft und Kapital 1 (zu beziehen durch den AstA THD)

¹¹⁾ W. R. Polk, „Problem of Government Utilization of Scholary Research in International Affairs.“ zit. n. „Materialien zu Rüstungsforschung. . .“

¹²⁾ J. S. Foster in: Hearing before the Committee on Foreign Relations, United States Senate, 90th, Congress, 2nd Session, May 9, 1968, zit. n. „Materialien. . .“

¹³⁾ Der Spiegel Nr. 28, 3. Juli 1972, S. 80

¹⁴⁾ Frankfurter Rundschau, Hessen-Ausgabe, 11. Juli 1972, S. 6

¹⁵⁾ Armed Forces Management S. 37

¹⁶⁾ a.a.O. S. 38

¹⁷⁾ a.a.O. S. 39

¹⁸⁾ Zit. n. Berliner Morgenpost 24. 6. 1972

¹⁹⁾ Armed Forces Management, a.a.O. S. 39

Krieg und Frieden

Friedensstrategien als Variante imperialistischer Außenpolitik

**„Richtigstellung:
Der Krieg wird nicht unnötig
Wenn er nicht geführt wird
Sondern nur, wenn er unnötig ist
Braucht er nicht geführt zu werden.“
(B. B.)**



„Lasset die Kindlein zu mir kommen, ich will sie erquicken.“

Es mag scheinen, als trage der ‚Falke‘ Richard Nixon neuerdings einen Ölzweig im Schnabel. Erschien ihm noch 1969 der Vietnamkrieg als „eine der größten Stunden in Amerikas Geschichte“¹⁾, so hat sich inzwischen sein Gusto an historischen Augenblicken offenbar auf andere Gebiete verlagert. Im Juni 1972 proklamierte er mit einem Blick auf die „Historiker eines zukünftigen Zeitalters“ eine ganz neue Sternstunde Amerikas: 1972 sei das Jahr, in dem „Amerika dazu beitrug, die Welt aus den Niederungen ständigen Kriegen zu den Höhen eines dauerhaften Friedens zu führen.“²⁾ Den Frieden sucht Nixon denn auch auf der höchsten Ebene internationaler Diplomatie, wo es schon seit jeher friedlicher zugeht als in jenen Niederungen, wo sich die Gewalt der Worte im Totschlag realisierte. Mit amerikanischer Weltläufigkeit eilte er von Gipfel zu Gipfel, von China nach Moskau, Polen und Rumänien. Er erschien in Jugoslawien, Jordanien, Japan und Indien, in Australien, Brasilien, Saudi-Arabien, Israel und andernorts. Und überall fand ihm sein Ghostwriter-Team die passenden Worte: vom Frieden, von der neuen Weltordnung und den Kindern, vorzugsweise den eigenen und denen des jeweiligen Gastlandes. Überall, wohin er den Fuß setzte, „keimen jetzt Hoffnungen auf eine Welt, die nicht mehr von Furcht, Not und Krieg überschattet wird.“³⁾

Kinderfreundlich sollte sich auch der imperialistische ‚Papiertiger‘ gebärden, friedlich, offen, verhandlungsbereit, grimmig nur gegen die „gemeinsamen Feinde der Menschheit“: Krankheit, Hunger, Elend, Luftverschmutzung und sofort. Wo, wie in Vietnam, peinlicherweise noch ein paar kinderfeindliche Bomben nötig waren, geschah es doch nur, „mit Gottes Hilfe, um einen dauerhaften Frieden zu sichern.“ Niemand sollte mehr in die Steinzeit zurückgebombt werden: friedliche Höhen sollen die Völker ersteigen durch Selbstbestimmungen und nationale Eigenständigkeit etwa, aber zum Beispiel auch durch Pazifizierung und Vietnamisierung, selbstverständlich aber im Geiste der „Partnerschaft“, geführt an Uncle Sams starker Hand.

Denn auch dies konnte der ‚Friedensfürst‘ Nixon im Juni dieses Jahres voll Selbstbewußtsein verkünden: „Keine Macht auf Erden ist stärker als die Vereinigten Staaten heute sind. Und keine wird stärker sein, als es die Vereinigten Staaten von Amerika in Zukunft sind.“⁴⁾ Selbst eines der zentralen Instrumente dieser Macht scheint seinen Charakter plötzlich zu ändern: die NATO, vom amerikanischen Soldatensender AFN noch vor kurzem als ‚Schutzschild der Freiheit‘ angepriesen, hat neue Aufgaben bekommen: Umweltschutz, Forschungs- und Bildungsprogramme etc.; der kriegerische Schild scheint sich in ein Blumenkränzchen zu verwandeln.

Die schönsten Blüten jedoch finden sich in Richard Nixons theoretischem Friedenswerk: in zwei Berichten an den amerikanischen Kongreß vom 18. 2. 1970 und 25. 2. 1971 faßte Nixon die Gedanken seiner Berater zusammen und nannte sie „Eine neue Friedensstrategie“ und „Aufbau des Friedens“. Gemeinsamer Obertitel: „Die amerikanische Außenpolitik für die siebziger Jahre.“

In dieser Außenpolitik vollziehe sich ein „grundlegender Wandel“ steht da zu lesen, der Ausdruck einer „neuen Rolle Amerikas“ in einer „so anders gearteten Welt“ sei.

Es wird darauf zurückzukommen sein.

Der Frieden als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln: 'Pax Americana'

Es wäre zuviel der Ehre, wollte man annehmen, die 'neue' Friedensstrategie des Imperialismus sei die Erfindung Richard Nixons. Momente solcher 'Friedenspolitik' hat es vielmehr in der Außenpolitik der USA immer gegeben, wenngleich sie, je nach der Lage, in der das imperialistische System sich befand, oft von anderen, mehr militärisch-aggressiven Zügen dominiert wurden.

Uncle Sam als Handelsvertreter: Immer einen Fuß in der 'offenen Tür' zur Welt Die Politik der 'guten Nachbarschaft'.

Die erste große Proklamation amerikanischer Vorstellungen von einer friedlichen Weltordnung und Sanktionierung der entsprechenden Strategie war die „Politik der offenen Tür“ (erstmalig formuliert gegenüber China um 1900), die seit der Jahrhundertwende bis nach dem zweiten Weltkrieg die amerikanische Außenpolitik in ihren Grundzügen bestimmte. Zwar wurde auch sie (gerade gegenüber China) wiederholt durch militärische Aktionen abgesichert, jedoch ihr Grundpfeiler war die Erhaltung des Status quo – des Friedens – der zum damaligen Zeitpunkt die amerikanischen Sicherheits- und Expansionsinteressen begünstigte. Diese Interessen des amerikanischen Vormachtstellung im ‚Freihandel‘ war durch die wirtschaftliche und militärische Macht der USA gesichert. Dem Bewußtsein dieser Überlegenheit entsprach auch jene Ideologie, daß das ‚Free Enterprise‘, das Amerika auf die Höhe seiner Macht geführt hatte, daß die ‚freiheitlich-demokratische Ordnung‘ jeder anderen Gesellschaftsform unendlich überlegen sei. Es ist dies jenes moralische Pathos und ‚demokratische Sendungsbewußtsein‘, das sich erhalten hat bis in die aktuellen Vorstellungen davon, daß das sozialistische Modell in der Konkurrenz mit dem kapitalistischen verlieren und auf lange Sicht in sich zusammenbrechen müsse. Auch Präsident Roosevelts ‚Politik der guten Nachbarschaft‘ orientierte sich an dem Prinzip, das der Unterstaatssekretär im Handelsministerium J. W. Drake schon 1921 auf den Begriff gebracht hatte:

„Es ist die Pflicht der Regierung, den Kontakt mit potentiellen Kunden durch diplomatische Methoden herzustellen; danach mit denselben Methoden die Beständigkeit freundlicher Einstellung und guten Willens zu sichern und die Handelsbeziehungen offenzuhalten... Die Diplomatie ist untrennbar mit dem Außenhandel verbunden.“⁵⁾

Die im Folgenden mit Trauerrändern versehenen Visionen eines interplanetarischen Imperialismus sind sämtlich aus den westdeutschen Ausgaben amerikanischer Science-Fiction-Hefte entnommen.

Der zweite Weltkrieg festigte die Stellung der USA als führende imperialistische Weltmacht. Obwohl die Motive des amerikanischen Engagements wesentlich als solche des Kampfes gegen den Faschismus und die ‚Diktaturen‘ artikuliert wurden, lag doch ein wesentlicher Faktor für den Kriegseintritt im pazifischen Raum: die Zurückdrängung der japanischen Hegemonialansprüche in Asien, die sich in den dreißiger Jahren in dem japanischen Konzept einer ‚Neuen Ordnung‘ manifestierten, einem Konzept, das darauf hinauslief, England und den USA den asiatischen Markt und die Rohstoffquellen streitig zu machen. Die ökonomischen Sanktionen der USA trugen nicht unerheblich dazu bei, Japan in den Krieg und in die Allianz mit Hitlerdeutschland und dem faschistischen Italien zu treiben.

Für die USA begann der Zweite Weltkrieg in Pearl Harbor, im Pazifik, er wurde dort länger und erbitterter durchgekämpft als in Europa, und sein Ausgang bedeutete für Amerika die Ratifikation seiner Vormachtsstellung im pazifischen Raum.

Risse in der ‚Einen Welt‘: ‚Die Politik der Nachkriegsjahre‘

Bei Kriegsende und in den ersten Jahren danach schien es zunächst, als setzten die USA in ihrer Außenpolitik mit Roosevelts Konzept der „One World“ die Tradition der „Politik der offenen Tür“ fort. Ausgehend von einer gesicherten Position der Stärke orientierten sich die diplomatischen Bemühungen an dem Ziel, durch die Nachkriegsordnung in möglichst vielen osteuropäischen Staaten Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme zu schaffen, die offen waren für die amerikanischen Wirtschaftsinteressen, das heißt, die als potentielle Märkte und Rohstoffquellen verwendbar waren. Schon in der Atlantik-Charta der englischen und amerikanischen Regierung von 1943 kommt dieser Zug zum Ausdruck: die beiden Regierungen seien bemüht, das heißt es dort, „allen Staaten in gleicher Weise die Vorteile des Zugangs zum Handel und zu den Rohmaterialien der Welt (...) nutzbar zu machen.“⁶⁾

In den Divergenzen mit der Sowjetunion um die Regierungsbildung in Rumänien, Bulgarien und Ungarn war auch Präsident Truman offenbar noch entschlossen, die amerikanischen Interessen durch eine Kombination von wirtschaftlichen Anreiz- und Sanktionsmitteln durchzusetzen; im Geiste jener Koexistenz mit der Sowjetunion unter von den Westmächten fixierten Bedingungen, die sich schon in der 1944 von Churchill und Stalin festgelegten Interessenaufteilung auf dem Balkan ausdrückte.

Auch in der Polenfrage zeigt sich diese Haltung deutlich. Averell Harriman, damals als Sonderbotschafter an den Verhandlungen beteiligt, plädierte dringlich für die Gewährung eines Kredites an Polen; es sei dies

„von außerordentlicher Wichtigkeit in politischer Hinsicht“, weil es „eine weitreichende und dauernde Wirkung auf den Einfluß der Vereinigten Staaten im politischen Leben Polens (...) haben wird.“ Das State Department formulierte es in seiner Antwort noch deutlicher: „Bei unserer Hilfe durch Kredite und andere Maßnahmen... sollten wir darauf bestehen, daß Polen eine Politik akzeptiert, die für uns in Handel, Investitionen und dem Zugang zu Informationsquellen gleichberechtigte Bedingungen schafft.“⁷⁾

Auch Kriegsminister Stimson betonte während der Potsdamer Verhandlungen immer wieder die Wichtigkeit der ‚Strategie der offenen Tür‘, um sicherzustellen, „daß die Russen nicht unseren Handel blockieren“, und er wies dabei unmißverständlich auf unsere klaren und wachsenden Interessen im Orient“ hin.⁸⁾

Allerdings zeichnet sich nach Roosevelts Tod 1945 zunehmend auch eine ‚härtere‘ Variante der amerikanischen Außenpolitik ab, die eine Durchsetzung ihrer Ziele eher durch eine politische Konfrontation mit der UdSSR gewährleistet sah und dabei wohl hauptsächlich auf die damals gerade in der abschließenden Entwicklung befindliche Atombombe spekulierte. Signalisiert wurde diese Haltung bereits durch die plötzliche Kündigung der amerikanischen Pacht-Leihhilfe an die Sowjetunion im Mai 1945. Es liegt der Schluß nahe, daß der Einsatz von Atomwaffen in Japan im August 1945 weniger darauf gerichtet war, das ohnehin kapitulationsbereite Japan endgültig zu besiegen, sondern vielmehr als ein Schritt jener einsetzenden ‚atomaren Diplomatie‘ zu verstehen ist, die den sozialistischen Einflußbereich durch die Demonstration militärischer Stärke zurückzudrängen suchte.⁹⁾ Im März 1947 brach Truman endgültig mit dem Rooseveltschen Konzept. Als sich England, das 1944 die griechische Befreiungsfront (EAM) niedergeschlagen und 1946 die Monarchie restauriert hatte, im Frühjahr 1947 nicht mehr imstande sah, die Kosten wirtschaftlicher und militärischer Stützung des repressiven griechischen Systems zu tragen, übernahmen die USA diese Rolle. Griechenland war das Exempel für die Anwendung der Truman-Doktrin, die die Außenpolitik der nächsten beiden Jahrzehnte bestimmte: die USA verpflichteten sich, alle ‚freien Völker‘ im Kampf gegen innere und äußere kommunistische Bedrohung zu unterstützen.

Stalin hatte sich an dem Pakt mit Churchill gehalten, der dem Westen in Griechenland 90% Einflußsphäre zubilligte und hatte die Niederlage der EAM nicht verhindert. In den folgenden Jahren begann die Sowjetunion zunehmend, ihren durch den Sieg über den Faschismus gewonnenen Einflußbereich mittels eines ‚eisernen Vorhangs‘ gegen den wachsenden militärischen und wirtschaftlichen Druck des Westens abzusichern. Mit dem Sieg der chinesischen Revolution ging auch dieser traditionelle Einflußbereich der USA verloren — eine Politik der ‚offenen Tür‘ war in den Ländern der sozialistischen Allianz nicht mehr möglich. Ihre Grundprinzipien wurden jedoch unter dem Schutz militärischer Präsenz im eigenen Machtbereich um so glänzender durchgeführt: die Stärkung des Kapitals und die Sicherung langfristiger ökonomischer Abhängigkeit in Japan und Westeuropa (beispielhaft im Marshallplan).

„Wer nicht für mich ist, der ist wider mich“

Die Politik des Kalten Krieges:

‚Containment‘ und ‚Liberation‘

Spätestens in der nun einsetzenden Phase des „Kalten Krieges“ wurde der Antikommunismus zum beherrschenden Moment in der imperialistischen Ideologie und Strategie der USA! Schon nach 1917, während des Interventionskrieges hatten die imperialistischen Mächte versucht, „die Sowjetpublik in der Wiege zu erdrücken“ (W. Churchill). Nun, nachdem auch der deutsche Faschismus die UdSSR nicht zerschlagen hatte, sah sich der Westen einem erstarkten Rußland als führender Nation einer Allianz sozialistischer Staaten gegenüber, die ganz Osteuropa und weite Teile Asiens umfaßte.

Für die USA als Hauptmacht des imperialistischen Systems mußte diese Situation eine erhebliche Bedrohung darstellen. Präsident Johnson formulierte in einer Rede am 12. Juli 1966, daß die Vereinigten Staaten im zwanzigsten Jahrhundert zwei große Fehler gemacht hätten, erstens als es nicht gelang, die Sowjetmacht nach 1917 zu vernichten, zweitens, als sie nach 1945 nicht verhindern konnten, daß sich ein sozialistisches Weltsystem herausbildete.¹⁰⁾

Alle rasselnden Propagandaparen von der militärischen Aggressivität der Sowjetunion zum Trotz, waren sich die Ideologen der amerikanischen Politik auch während des ‚Kalten Krieges‘ sehr wohl bewußt, daß die eigentliche Gefahr, die dem Kapitalismus durch den sozialistischen Block drohte, auf ökonomischem und politischem Gebiet lag. Die USA hatten nicht nur große Einflußbereiche und damit Märkte und Kapitalanlagesphären verloren, sie mußten auch damit rechnen, daß die ohnehin durch die Existenz einer Allianz sozialistischer Staaten ermühten sozialrevolutionären Bewegungen in der Dritten Welt über kurz oder lang zum Anschluß junger Nationalstaaten an das sozialistische Bündnis führen würden. Im Falle sozialistischer Revolutionen, das zeigte plastisch das Beispiel Kuba, verloren die USA nicht nur Rohstoffquellen und Märkte, die amerikanischen Kapitalgesellschaften wurden auch entschädigungslos von allem Besitz in den betreffenden Ländern enteignet.

Die Aufgaben, denen sich das System des Imperialismus damit im globalen Rahmen gegenüber sah, lagen also im wesentlichen in zwei Bereichen: zum einen im politisch-ideologischen, dort galt es zu verhindern, daß der Sozialismus als das erkannt wurde, was er ist — die historisch mögliche Alternative zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die antikommunistische Propaganda vor allem der fünfziger Jahre ist denn auch charakterisiert von der Verzerrung und Diffamierung des Marxismus und der sozialistischen Gesellschaft.¹¹⁾ Zum anderen im wirtschaftlichen Bereich und damit auch in der militärischen Absicherung imperialistischer Herrschaft. „Von Asien bis Europa wurde der sowjetische Machtbereich ‚eingedämmt‘ durch vorgeschobene Militärstützpunkte und die Transformation der vom Kommunismus, bzw. von sozialrevolutionären Veränderungen überhaupt bedrohten Gesellschaften zu solchen, die wirtschaftspolitisch im Sinne des Zugangs zu ihren Märkten und Rohstoffquellen für den Westen, bzw. die USA ‚offen‘ waren.“¹²⁾

Wo immer es notwendig erschien machten die USA dabei auch vor militärischer Intervention nicht halt, seit Kriegsende sind amerikanische Truppen an ungezählten Schauplätzen im Einsatz gewesen, von der einfachen Demonstration militärischer Stärke bis hin zur offenen Invasion.

Bereits dieser Strategie des ‚Containment‘, der Eindämmung, war jedoch ein Aspekt inhärent, der zum Teil zurückgeht bis auf jenen erwähnten amerikanischen Moralismus, der sich ausdrückte in der Überzeugung, Amerika sei berufen, die Welt vor dem Kommunismus zu retten, indem sie sie zu seinem Ebenbild forme. Solches Sendungsbewußtsein drückte schon die These vom ‚Amerikanischen Jahrhundert‘ aus, die Henry Luce 1941 in seinem gleichnamigen Buch entwickelte: „Unsere Welt von zwei Milliarden Menschen ist zum ersten Male ein unteilbares Ganzes. Diese Welt des zwanzigsten Jahrhunderts muß sich, wenn sie gesund und kräftig leben will, in größtem Ausmaße in ein amerikanisches Jahrhundert verwandeln. (. . .) Nun kommt das amerikanische Zeitalter.“¹³⁾

Bis zur Zeit der sogenannten „Systemkonkurrenz“ waren derlei Maximen vor allem auf die Länder der Dritten Welt angewendet worden — (und werden es noch heute: eine makaberweise ‚Pax Americana‘ betitelt und im Auftrag des Verteidigungsministeriums von dem Rüstungskonzern ‚Douglas Aircraft Corp.‘ erstellte Studie führte 1966 aus:

„Obwohl die Vereinigten Staaten keine imperialistische Nation sind, zeigen sie viele Eigenschaften früherer Imperien. . .“ „Die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß die Weltlage in zehn oder zwanzig Jahren vom amerikanischen Standpunkt aus ebenso günstig ist wie 1965 und sich sehr wahrscheinlich auf eine genuine Pax Americana hinentwickelt. Diese Weltlage kann entweder eine amerikanisch-imperiale Form annehmen, oder aber eine UN-Form“ „Die Armee wird das Hauptinstrument sein in der Fortsetzung der amerikanischen Führungsrolle, im Innern wie nach Außen.“¹⁴⁾

Strategen des Kalten Krieges: Eisenhower-Rusk



So wie dort das Postulat eines ‚amerikanischen Friedens‘ mit den hohen Werten von Demokratie und freier Marktwirtschaft zur bloßen Verschleierung der Interessen an Abhängigkeit und Ausbeutung gerät, so wird das gleiche moralische Pathos in der Zeit des Kalten Krieges zum Vorwand einer später im konkreteren Strategie der Aushöhlung, Spaltung und Zerschlagung des sozialistischen Lagers.

Georg F. Kennan der im wesentlichen die Doktrin der ‚Eindämmung‘ entwickelte, geht bereits 1947 davon aus, daß „die Sowjetmacht den Keim zu ihrem Untergang schon in sich trägt.“ Es liege daher in der

„Macht der Vereinigten Staaten, die Sowjetpolitik ungeheuer zu belasten, und so Tendenzen zu fördern, die sich schließlich entweder im Zusammenbruch oder in einer allmählichen Milderung der sowjetischen Macht auswirken müssen.“¹⁵⁾

Neben die mehr machtpolitisch orientierten Hoffnungen auf eine Überwindung des Kommunismus durch Druck ‚von außen‘ treten bei Kennan eine Reihe von Spekulationen auf Tendenzen innerhalb des sozialistischen Blocks deren Förderung und Unterstützung es den USA ermöglichen sollen, den Sozialismus ‚von innen‘ zu besiegen.

Als solche Tendenzen benennt er u. a. das Entstehen einer neuen kritischen Schicht von Jugendlichen und Intellektuellen, wachsende Unruhe und Widerstand gegen die russische Vormachtstellung in den sozialistischen Paktstaaten, sukzessive das Auseinanderfallen des Warschauer Paktes aufgrund der wachsenden nationalen Eigeninteressen der einzelnen sozialistischen Staaten.

Alle diese Momente imperialistischer Strategie tauchen später in wesentlich stärkerem Maße wieder auf, in den Weiterentwicklungen Kennans selbst und bei einer Reihe anderer amerikanischer Politologen und Soziologen.

In der Phase der Containment-Politik fanden solche Vorschläge jedoch nicht allzuviel Beachtung, vielmehr wuchs in den fünfziger Jahren die Überzeugung, daß es nicht genüge, den Kommunismus einzudämmen und somit wesentlich defensiv zu bleiben, man müsse vielmehr damit beginnen, ihn endgültig, notfalls auch mit militärischer Gewalt zu zerschlagen. Das republikanische Wahlprogramm von 1952 betonte, daß die „negative, vergebliche und unmoralische Politik der Eindämmung“ nun abzulösen sei, um den endgültigen Sieg im Kalten Krieg herbeizuführen. Dean Acheson brachte 1958 die Doktrin der Eisenhower-Dulles-Ära auf den Begriff: die USA müßten bereit sein, Überraschungsangriffe gegen strategische Zentren zu führen, jederzeit „massive Vergeltung zu üben“ und dabei auch vor einem „Duell am Rande des Abgrunds“ nicht zurückschrecken.

Diese Strategie des „Roll-Back“, des Zurückrollens des Eisernen Vorhangs zum Zwecke der ‚Liberation‘ der osteuropäischen Länder, die die ersten Jahre in der Regierungsperiode Eisenhowers bestimmte, fand ihren konsequentesten und unverblümtesten Vertreter in James Burnham. In seinen Schriften „Containment or Liberation“ (1953) und „The coming defeat of communism“ wird der militant antikommunistische Charakter der amerikanischen Außenpolitik vollends unübersehbar:

„Wir sind bisher nicht bereit gewesen zuzugestehen, daß es nur ein Ziel der amerikanischen Außenpolitik geben kann: die Vernichtung der Macht des Kommunismus.“¹⁶⁾

Aber selbst bei Burnham finden sich Elemente der Kennan'schen Taktik der Diversion und Aufweichung des Sozialismus, allerdings mit wesentlich aggressiveren und mehr militärisch als ideologisch orientierten Zügen. Er schlägt vor, die USA sollten „zur Erlangung ihres Zieles einen politisch-untergründigen Angriffskrieg“ führen, dessen Wesen darin bestehe, „daß die Sowjetunion im Innern durch Revolutionen dieser oder jener Art zermürbt wird.“ Die praktischen Vorschläge umfaßten detaillierte Programme vom ‚Propagandaangriff‘ über ‚Krieg in der Arbeiterbewegung‘ bis ‚Pfleger politischer Freundschaften‘. Als Mittel zur Durchsetzung schienen ihm Sabotage, ziviler Ungehorsam, Streiks, Terror usw. nicht ungemessen.

‚Zuckerbrot und Peitsche‘: Kennedy als Protagonist der Friedensstrategie

Jedoch konnten solche Kriegstänze nicht verbergen, daß sich die ‚Containment‘ und ‚Roll-Back‘-Strategien gegen Ende der fünfziger Jahre bereits als inadäquat für die Durchsetzung der imperialistischen Interessen erwiesen hatten. Die USA hatten trotz militärischer Interventionen weder in Korea noch in Indochina befriedigende Erfolge erzielen können; der Umsturzversuch Tschiang-Kai-Tscheks war gescheitert, und der Sojettunion war es gelungen, die Krise zu meistern, die sich in den Revolten in der DDR und Ungarn manifestiert hatte. Und schließlich – wohl der empfindlichste Schlag – hatten die USA es hinnehmen müssen, das direkt vor ihrer Küste, in Kuba, eine sozialistische Revolution erfolgreich war, in deren Verlauf Milliarden amerikanischen Produktivvermögens enteignet wurden.

Einer der Hauptrepräsentanten der wachsenden Kritik war John F. Kennedy. Im Juni 1960, kurz vor seiner Wahl zum Präsidenten, stellte er in einer Rede im Senat ein 12-Punkte-Programm für eine ‚neue Außenpolitik‘ vor, das im wesentlichen schon das Leitmotiv der veränderten Konzeption amerikanischer Politik für die sechziger Jahre enthielt:

Die Auseinandersetzung sei, angesichts der militärischen (und Atom-)Stärke des sozialistischen Systems, nicht länger in der militärischen Konfrontation zu suchen. „Die Politik der ‚Befreiung‘, die vor acht Jahren so stolz verkündet wurde, hat sich als Trugbild und Fallstrick erwiesen.“¹⁷⁾

Da die USA nicht „die Macht haben, Osteuropa zu befreien“, müsse sich der Kampf mehr auf das ökonomische und politisch-ideologische Gebiet verlagern.

Schon 1959 hatte Kennedy in einer Rede betont, daß man „die Regierung mit flexibleren ökonomischen Instrumenten“ versehen solle, „um friedlichen Wandel hinter dem Eisernen Vorhang zu fördern.“¹⁸⁾

Dies bedeutete jedoch keineswegs die Aufgabe der militärischen Stärke als Mittel der Politik. Kennedy sprach sich nachdrücklich für Ausbau und Stärkung der amerikanischen Militärmacht aus, vor allem um „effektiv und rasch in jedem ‚begrenzten Krieg‘ in der Welt intervenieren zu können.“¹⁹⁾

Pax Americana, oder: Frieden & Sicherheit

Die Vereinigten Staaten waren Sieger in einem Atomkrieg. Nachdem wir nun die Weltherrschaft gewonnen hatten, war es unsere Aufgabe, das Chaos auf diesem Planeten zu beseitigen und den Völkern Frieden und Sicherheit zu geben. Der Wille des amerikanischen Volkes hat sich immer wieder für Frieden, Sicherheit und weise Führerschaft entschieden. Ist nicht Präsident Garward mehrere Male mit einer Majorität von mehr als neunzig Prozent wiedergewählt worden? (Heyne, Nr. 3063)

Die neue Politik war also gekennzeichnet von dem Begriff der ‚selektiven Koexistenz‘: ‚Strategie des Friedens‘ mit dem Ziel der Aufweichung und Zersetzung der sozialistischen Allianz in Osteuropa – ‚begrenzter Krieg‘ mit dem vornehmlichen Ziel der Zerschlagung sozialistischer und nationaler Befreiungsbewegungen und junger sozialistischer Staaten in der Dritten Welt. Das Grundmuster der amerikanischen Außenpolitik: ökonomisch-militärische Stabilisierung des Einflußbereiches, Sicherheit durch Erhaltung eines gesellschaftspolitischen Status quo, blieb auch beim Amtswechsel von Eisenhower zu Kennedy erhalten; was sich vollzog, war ein Wechsel zu flexibleren Methoden dieser globalen Herrschaftsstabilisierung.

Was sich unter den Begriff der ‚Friedensstrategie‘ alles subsumieren ließ, zeigt die Außenpolitik der Kennedy-Administration gegenüber Indochina und Lateinamerika auf eindrucksvolle Weise. In diesen Gebieten ging es, so Kennedy 1961, darum, den „Zusammenbruch der bestehenden politischen

und sozialen Strukturen“ zu verhindern, einen Zusammenbruch „der unausweichlich das Vordringen des Totalitarismus in jedes schwache und labile Gebiet begünstigen würde. Damit würde unsere eigene Sicherheit gefährdet und unsere Prosperität in Frage gestellt werden.“²⁰⁾

Die Praxis solcher Verhinderung ist beispielhaft in der Einsetzung, Finanzierung und Verteidigung offen repressiver Regimes wie dem des Präsidenten Diem in Südvietnam, oder in der breit angelegten Ausbildung von Spezialtruppen zur Guerillabekämpfung in Lateinamerika und Südostasien. Wo auch solche Maßnahmen sich als nicht effektiv genug erwiesen, mündete das weltweit wachsende Engagement der Vereinigten Staaten auch in blanke militärische Intervention auf fremdem Territorium: siehe Kuba, Dominikanische Republik, Vietnam.

Begegnung mit Kommunisten

Carter atmete auf. Wenigstens sind sie keine Monster oder Alpträumgestalten, dachte er. Der Fremde war in seiner ganzen Gestalt durchaus menschenähnlich. Trotzdem lief es Ben kalt über den Rücken. Irgend etwas Drohendes ging von dem Fremden aus. Carter konnte nicht einmalsagen, worin das Unheimliche bestand. Es war, als ob eine tiefe, unsichtbare Kluft zwischen ihm und diesem Wesen bestünde.
(Utopia, Nr. 544)

An solche Praktiken war im sozialistischen Hegemonialbereich, namentlich in Osteuropa, nicht zu denken. Anfang der sechziger Jahre war die bis dahin als gesichert betrachtete militärische und wirtschaftliche Überlegenheit der USA immer mehr in Zweifel gezogen worden. Die Annahme, das sozialistische System werde, sofern ‚eingedämmt‘ und auf sich selbst zurückgeworfen, bald an sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zerbrechen, hatte sich nicht bewiesen. Kennedy selbst hatte in mehreren Reden warnend darauf hingewiesen, daß militärisch wie ökonomisch der Westen sogar ins Hintertreffen geraten könne. War die Gefahr einer ‚missile gap‘, einer Überrundung der USA im Vernichtungswaffenpotential mehr auf Spekulationen über die russische Atomraketenanzahl gegründet, so hatte die Gefahr eine ‚economic gap‘ einen wesentlichen realistischeren Hintergrund; die Befürchtung nämlich, weite Gebiete der Dritten Welt könnten durch die wachsende Entwicklungshilfe des Ostblocks dem Westen verloren gehen.

Für Kennedy war schon im Februar 1959

„offensichtlich, daß unsere größte Bedrohung nicht mehr militärischer Art war. Seit die Russen vor fünf Jahren begannen, mit Wandel und Unterstützung in die unterentwickelten Länder vorzudringen, hätte klar sein müssen, daß, wenn Indien fallen würde, wenn Lateinamerika verloren wäre und der Mittlere Osten hinter den Eisernen Vorhang rutschte, daß uns dann auch noch so viele Raketen, Weltraumsatelliten, Nuklearbomber und Atom-U-Boote nicht retten könnten.“²¹⁾

Die Strategie der Außenpolitik mußte also bei gleichzeitiger Konsolidierung des Imperialismus vor allem eines zum Ziel haben: die Schwächung des sozialistischen Lagers. Die Illusion von der militärischen Zerschlagung war dahin, an ihre Stelle trat die ‚Strategie des Friedens‘, das offensive Konzept der Spaltung und Aufweichung des sozialistischen Blocks.

Was G. F. Kennan schon 1947 in den Grundzügen entwickelt hatte, nahm nun im Amerika der sechziger Jahre die differenzierte Gestalt ‚wissenschaftlicher‘ soziologischer Theorien an, die den ideologischen Hintergrund für die Politik des ‚Brückenschlages nach Osteuropa‘ lieferten.

W. W. Rostow, der seit 1958 zum engsten Beraterstab Kennedys gehörte und von 1961 bis 1966 Chef des Planungstabes im Außenministerium war, liefert mit seinem 1960 erschienen Buch „Stadien wirtschaftlichen Wachstums“ einen Grundpfeiler der neuen Ostpolitik. Seine zentrale These war die einer sogenannten ‚Konvergenz‘ zwischen den konträren kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaftssystemen.

Die im Zuge der sogenannten ‚wissenschaftlich-technischen Revolution‘ auch in den sozialistischen Ländern sich abzeichnenden ökonomischen und sozialen Strukturveränderungen lieferten ihm die Rechtfertigung der Annahme, parallele ‚evolutionäre Prozesse‘ in Kapitalismus und Sozialismus führten schließlich zu einem Zustand, wo beide Systeme in einer einheitlichen ‚Industriegesellschaft‘ verschmelzen würden und der Unterschied somit aufgehoben sei.²²⁾

Auf Rostows Buch folgte eine wahre Flut von Veröffentlichungen in denen diverse konvergenztheoretische Modelle entworfen wurden, ob Z. K. Brzezinskis ‚Evolutionstheorie‘, Daniel Bells ‚Postindustrielle Gesellschaft‘ oder Galbraiths ‚Moderne Industriegesellschaft‘, sie alle ließen keinen Zweifel daran, daß unter der projektierten ‚Industriegesellschaft‘ eine wesentlich kapitalistisch strukturierte zu verstehen sei und daß die mit Unterstützung des Westens einzuleitende „Erosion des Ostblocks“ letztlich den Untergang des Sozialismus bedeuten müsse.

Und so wird's gemacht:

Praktische Winke für die ‚Politik der Aufweichung‘

Diesen Prozeß zu fördern und zu beschleunigen war denn auch das Hauptanliegen der Strategen in Kennedys außenpolitischem Stab. Man versicherte sich allgemein, die sozialistischen Staaten seien nun nicht mehr als „monolithischer Block“ zu betrachten. Die nach der Stalin-Ära einsetzende ‚Liberalisierung‘ in der UdSSR, die in vielen Staaten des Warschauer Pakts manifest werdenden Bestrebungen nach mehr nationaler Eigenständigkeit und dem „eigenen Weg zum Kommunismus“, alle diese Tendenzen schienen den USA und ihren Verbündeten Ansatzpunkte zu bieten für eine Aufweichungspolitik der ‚evolutionären Veränderung‘, mit dem Ziel, „die russische Einflußsphäre hinter den Ural zurückzudrängen.“

Diese Aufgabe der ‚Strategie des Friedens‘ definierte Kennedy selbst ganz unmißverständlich:

es gelte, durch entsprechende Programme jene Nationen „ihren sowjetischen Herren abspenstig zu machen“, die „Zeichen von Unzufriedenheit zeigten“²³⁾, um eine „um sich greifende Unabhängigkeit“ im sozialistischen System zu nähren. Auf diese Weise „erreicht man von innen, was der Westen von außen nie erreichen konnte.“²⁴⁾

Über das ‚amerikanische Vorgehen auf diesem Wege gibt auch ein anderer führender Strategie der US-Außenpolitik, Z. K. Brzezinski, eindeutigen Aufschluß. Eine bloße Aneinanderreihung von Zitaten aus seinem Buch „Alternative zur Teilung“²⁵⁾ läßt den antikommunistischen, offensiven Charakter der ‚Friedensstrategie‘ plastisch werden:

„Die sowjetische Stellung in Osteuropa muß soweit ausgehöhlt werden, bis die osteuropäischen Staaten nicht länger als willige Werkzeuge fungieren und Ostdeutschland zu einer isolierten... Sowjetkolonie geworden ist.“²⁶⁾ „Bei Ausdehnung des Ost-Westhandels sollte der Westen versuchen, den engen ideologischen Standpunkt der herrschenden kommunistischen Parteien auszuhebeln, und diese daran zu hindern, den engeren Kontakt ausschließlich auf den ökonomischen Bereich zu beschränken. Denn sonst hätten die Kommunisten die Möglichkeit, ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu beheben und gleichzeitig ihre Macht zu festigen...“²⁷⁾

„Da Osteuropa auf ausländische Kapitalinvestitionen dringend angewiesen ist, könnte eine flexible Handhabung der amerikanischen langfristigen Kredite in diesem Zeitpunkt ein wichtiges Mittel der Beeinflussung darstellen.“²⁸⁾ „Ganz allgemein gesprochen muß sich die amerikanische Politik einer wirtschaftlichen Unterstützung Osteuropas von zwei grundlegenden Erwägungen leiten lassen: sobald ein Land seine äußere Unabhängigkeit von der Sowjetunion verstärkt oder größere innenpolitische Freiheiten gewährt, sollte es belohnt werden. Die Vereinigten Staaten sollten im entgegengesetzten Fall aber auf darauf vorbereitet sein, ihre Hilfsmaßnahmen einzustellen...“²⁹⁾ „In der Tschechoslowakei und Ungarn könnte das Angebot, Schulen für Betriebswirtschaftslehre... zu errichten und zu unterhalten, bei den augenblicklichen Schwierigkeiten der kommunistischen Regierungen, echte Auswirkungen

haben.“³⁰) „Es sollten ... Anstrengungen im Westen gemacht werden, um die Wissenschaftler ausfindig zu machen, die ... ihre intellektuelle Integrität nachgewiesen haben; und man sollte darauf bestehen, daß die vom Westen finanzierten Stipendien nicht nach anderen Gesichtspunkten verteilt werden.“³¹)

„Auch sollten es sich die ... westeuropäischen Institutionen zur politischen Aufgabe machen, aus den osteuropäischen Spezialisten ... einen Kader osteuropäischer ‚europäischer Technokraten‘ auszubilden.“³²)

„Durch seinen halboffiziellen Status kann ‚Radio Free Europe‘ die innenpolitischen Vorgänge in den osteuropäischen Staaten freier kommentieren, als die ‚Stimme Amerikas‘ mit ihren gezwungenermaßen milderer und vorsichtigeren Sendungen.“³³)

„Solange es hieran fehlt, würde sich der Westen eines wertvollen Mittels berauben, um die Anschauungen von Millionen von Osteuropäern und auch Russen mittelbar zu beeinflussen.“³⁴)

„In dem Maße, in dem die Kontrolle durch die Sowjetunion abnimmt ... kann die hierdurch entstehende Lücke von einer Idee ausgefüllt werden, die insbesondere im Einklang mit den weitverbreiteten aber noch ungeformten Bestrebungen der jüngeren Generation steht.“³⁵)

Mit einer an Zynik grenzenden Treuherzigkeit versichert Brzezinski dann zum Abschluß dieser eindrucksvollen Liste: „Niemand in Osteuropa sollte aber die Vereinigten Staaten hegemonialer Pläne verdächtigen, wenn zu einem geeigneten historischen und symbolischen Zeitpunkt der amerikanische Präsident in kühnen Worten die Hoffnung seines Landes zum Ausdruck bringt, daß Osteuropa seine traditionelle Trennung überwinden ... möge.“³⁶)

Wohl nicht ganz zufällig befand sich eben dieser Z. K. Brzezinski, inzwischen zum Berater Johnsons und Chef des Planungsstabes im Außenministerium avanciert, im Sommer 1968, kurz vor der sowjetischen Intervention in der CSSR. Die Tschechoslowakei war zweifelsohne ein ausgesprochener Modellfall für das Konzept des ‚Wandels durch Annäherung‘. Welche weitreichenden Hoffnungen und Pläne die USA gerade an die Entwicklung des ‚Prager Frühlings‘ knüpften, erläutert Herman Kahn, Direktor des Hudson Forschungsinstituts, im November 1968 in der Zeitschrift ‚Fortune‘. Die russische Intervention, so Kahn, sei nur die Reaktion auf jene bewußten evolutionären Prozesse des ‚Verfalls der Sowjetmacht‘.

Für den Fall, daß die Sowjetunion nicht interveniert hätte, erwartete Kahn „eine allgemeine Beschleunigung dieser Tendenzen in fast allen Staaten des Warschauer Pakts.“ „Es war anzunehmen, daß Dubcek nicht in der Lage gewesen wäre, diesen Strömungen Einhalt zu gebieten, selbst wenn er es versucht hätte — und es war garnicht so sicher, daß er es ernsthaft versuchen würde.“³⁷)

Dem Westen ging es allerdings um noch mehr als eine ‚Liberalisierung‘ der CSSR. Kahn liefert eine detaillierte ‚Analyse dessen, was in der CSSR auf dem Spiel stand‘, eine Darstellung der politischen Entwicklung, die sich im Falle der Nichtintervention Rußlands hätte abspielen sollen. „Diese Ereignisse, die zweifellos ohne Ausnahme von großer Wichtigkeit sind, stellen eine genaue Zusammenfassung dessen dar, was die meisten Sowjetexperten des Westens erhofften, falls es nicht zu einer Intervention kommen würde.“ „Diese Ereignisse‘ sind ein selten konkretes Beispiel für die Absichten (und Wunschträume) der amerikanischen Machtelite, und damit für den Charakter der ‚Friedensstrategie‘ der sechziger Jahre:

„2. In der Tschechoslowakei selbst:

A. Baldige Anerkennung Bonns, gefolgt von westdeutschen Krediten, Handel und Einflüssen

B. Etablierung starker westlicher (...) kultureller Einflüsse

C. Abkehr vom ‚demokratischen Zentralismus‘

D. Baldige Vorherrschaft der Regierung über die Partei, genereller Schwund des Parteieinflusses

E. Entstehung einer wirksamen politischen Opposition

F. ... möglicherweise Entstehung eines ‚Wirtschaftswunder‘-Charismas

G. Eventuell Entstehung eines ... attraktiven Staatswesens, basierend auf einer humanistischen Version des Sozialismus — vielleicht sogar Entstehung einer Sozialdemokratie mit kapi-

talistischer Prägung

3. All dies würde den Sturz Gomulkas in Polen wahrscheinlich machen, sowie seine Ersetzung durch: ein reformistisches Regime, unabhängig, hypernationalistisch und anti-sowjetisch
4. Auch falls 3. nicht eintritt: wirkungsvolle Isolation und Schwächung des ostdeutschen Regimes...
5. Als Folge davon wahrscheinlich Austritt eines oder mehrerer osteuropäischer Länder aus dem Warschauer Pakt
6. Auch falls 4. und 5. nicht eintreten: wahrscheinlich nachfolgender Verlust der sowjetischen Herrschaft über Ostdeutschland (In diesem Zusammenhang könnte sich der Verlust leicht in einer relativ explosiven und gefährlichen Weise vollziehen, möglicherweise im Zusammenhang mit Anstrengungen zur Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland.)
7. Fast jede der aufgeführten Möglichkeiten könnte zu einem massiven Rückzug der Sowjets aus Osteuropa beitragen oder ihn erzwingen
8. und/oder eine Verbreitung der ‚Liberalisierungs-Seuche‘ in der UdSSR selbst bewirken.
9. In jedem Fall würde eine geschwächte Moral in Moskau die Folge sein, vielleicht eine fast vollständige Erosion der imperialen Stärke.
10. Und bei jeder Kombination aus 5. 6. 7. 8. und 9. würde eine sehr ernste Existenzbedrohung des gegenwärtigen sowjetischen Systems und Staatswesens entstehen.“³⁸)

Pax Americana II: Nixons ‚neue‘ Friedensstrategie

Präsident Johnson war es offenbar nicht gegeben, neue taktische Momente in die Außenpolitik einzubringen, er erwies sich als Treuhänder der Strategie Kennedys: Flexibilität, „Koexistenz“ gegenüber dem Sozialismus in Europa, Härte und Aggressivität gegenüber allen sozialrevolutionären Tendenzen in der Dritten Welt. Sein Bericht zur Lage der Nation von 1965 bekräftigt nur das Prinzip der ‚selektiven Koexistenz‘:

Nixon und Kissinger: Eine neue ‚Pax Americana‘?



„Mit der Sowjetunion streben wir eine friedliche Verständigung an. . . In Osteuropa beginnen rege gewordene Nationen, sich langsam auf sich selbst zu besinnen. . . In Asien trägt der Kommunismus ein weit aggressiveres Gesicht.“³⁹⁾

Auch Richard Nixon gebärdete sich zu Beginn seiner Amtszeit eher als ‚Falke‘ denn als Friedensstifter. Daß er jedoch bald feststellen mußte: „Diese Administration muß die Nation durch eine Periode eines grundlegenden Wandels in der Außenpolitik führen“⁴⁰⁾ hat gewiß entscheidend mit dem Krieg der USA in Indochina zu tun. Das militärische Engagement der Vereinigten Staaten für die Erhaltung ‚akzeptabler politischer Strukturen‘ in Südostasien ist so alt wie ihre Nachkriegsaußenpolitik und reflektiert beispielhaft die konterrevolutionäre Strategie in der Dritten Welt, der alle Administrationen von Truman bis Nixon treu blieben. Jedoch „zeigten die Vereinigten Staaten . . . zunehmend politische Unruhe“ „unter der Last der Rolle eines Polizisten der freien Welt“, wie Eugene V. Rostow es 1968 formulierte. Mehr als jeder andere ‚begrenzte Krieg‘ zuvor geriet der Vietnamkonflikt von einem Krisenherd an der Peripherie des imperialen Systems zum Gegenstand der Diskussion und Kritik in der westlichen Öffentlichkeit und in den USA selbst, wohl nicht zuletzt, weil er mehr Kosten und Menschenopfer verursachte als frühere „Polizeiaktionen“ der USA – und zugleich weniger effektiv war.

„Zum erstenmal in der amerikanischen Geschichte beginnen sich in einem neuwertigen Umfange seit Mitte der sechziger Jahre innerhalb der großen Front derer, die die taktischen Fehler kritisieren, die etwa zum Vietnamkrieg geführt haben, Gruppen um Einsichten zu formieren, die diese taktischen Fehler als integrale Bestandteile einer Strategie begreifen, und zwar einer Strategie, die ihrerseits in ursächlichem Zusammenhang steht mit der Gesellschaftsordnung selbst und den von ihr produzierten und sie rationalisierenden Wert- und Ordnungsvorstellungen.“⁴¹⁾

Krieg + Frieden

Eine wohlabgewogene Gesetzmäßigkeit schien in diesem Universum die Folgen von Krieg und Frieden zu bestimmen, eine Gesetzmäßigkeit, die auch friedliebende Völker dazu zwang, sich mit ihren Gegnern auseinanderzusetzen. (Rhoda, Nr. 313)

In vieler Hinsicht war Vietnam wohl auch nur auslösender Faktor für das Infragestellen jenes ideologischen Konsensus der Mehrheit der Bevölkerung über Gesellschaftsordnung und Außenpolitik der USA, der für die Geschichte der Vereinigten Staaten so bedeutsam gewesen war. Das Ausscheren quantitativ relevanter Gruppen aus dem Konsensus – wie weiter Teile der Jugend und der Intelligenz und vor allem der amerikanischen Farbigen – orientierte sich stark an den sozialen Widersprüchen, die der Kapitalismus in den USA selbst geschaffen hatte und nahm dabei mehr und mehr sozialrevolutionäre Züge an. Die USA sahen sich damit nicht nur der Notwendigkeit gegenüber, ihren Herrschaftsbereich nach außen immer aufwendiger gegen den Druck der internationalen Befreiungsbewegungen zu verteidigen – sie mußten zusätzlich das Entstehen einer zweiten Front, einer inneramerikanischen Widerstandsbewegung zu verhindern suchen.

Henry M. Kissinger beschrieb die Gefahr 1969 folgendermaßen:

„Eine der großen Revolutionen unserer Tage zu vernachlässigen, kann dazu führen, daß wir schließlich von ihnen verschlungen werden. . . Schon jetzt haben einige Protestbewegungen Führer junger Länder, in denen ein Regime der Unterdrückung herrscht, zu Heroen erhoben.“⁴²⁾

Daß die Herrschenden der USA dem Problem der innenpolitischen Konsequenzen der Vietnampolitik durchaus Gewicht beimessen, geht auch aus einem Artikel von Leslie H. Gelb, Direktor des Pentagon-Papers-Projektes und Mitglied des Planungsstabes im Verteidigungsministerium, in der Zeit-

schrift ‚Foreign Affairs‘ vom April 1972 hervor. Nach L. H. Gelb zeigten Meinungsumfragen, „daß die Mehrheit des amerikanischen Volkes der Ansicht ist, der Krieg in Vietnam sei unmoralisch“⁴³⁾ Nach einer Umfrage des Institutes Gallup hielten im Februar 1971 61% der Amerikaner den Krieg für einen Fehler und sprachen sich für vollständigen Truppenabzug aus. Ebenfalls 1971, im Juni, stellte Gallup fest, daß Präsident Nixon „eine riesige Glaubwürdigkeitslücke in Bezug auf Vietnam“ erzeugt habe. Gefährlich erscheint es L. H. Gelb in diesem Zusammenhang, daß, „während die Opposition gegen den Krieg in den gesamten Vereinigten Staaten breiter wurde“, die Gruppe ihrer Sprecher sich „deutlich auf die politische Linke verengte“.⁴⁴⁾ Er zieht den Schluß daß: „falls der Krieg sich endlos weiter hinzieht, die Jugend und die Intellektuellen unserer Nation immer weiter entfremdet werden“.

Daß, falls die USA sich auch in der Zukunft auf militärische Lösungen verlassen wollten, der Krieg sich mit Sicherheit ‚weiter hinziehen‘ wird (und vielleicht nicht nur in Vietnam) scheint auch der amerikanischen Machtelite klageworden zu sein. Kissinger bemerkte schon 1969:

„Gleich wie der Krieg in Vietnam auch ausgehen mag – eins ist bereits klar: Er hat die Bereitschaft der USA, sich an anderer Stelle in diese Art Kriegsführung verwickeln zu lassen, wesentlich reduziert. Seine Bedeutung als Präzedenzfall hat sich damit wesentlich verringert.“⁴⁵⁾

Kissinger deutet auch an, wie das Problem der Sicherung des amerikanischen Herrschaftsbereiches auf andere Art zu lösen sei – für eine Verhandlungslösung des Vietnamproblems nennt er als unerläßliche Bedingung:

„Die Definition dessen, was als geeignete politische Entwicklung oder Struktur anzusehen ist, sollte soweit wie möglich den Südvietnamesen überlassen bleiben.“⁴⁶⁾

Da sich auch in anderen Gebieten der Welt die Sicherung amerikanischer Herrschaft durch wesentlich militärische Stützung der jeweiligen pro-amerikanischen Regimes als langfristig nicht effektiv und zu kostspielig erwiesen hat, sah sich Nixon 1970 zu dem Versuch gezwungen, Momente jener ‚Friedensstrategie‘, die Kennedy für Osteuropa entwickelt hatte, nun auch für die Dritte Welt in Anwendung zu bringen. Wie die Komponente von Abschreckung und ‚Eindämmung‘ beim Wechsel von der ‚Eindämmungs-‘ zu ‚Aufweichungsstrategie‘ gegenüber dem Ostblock zurückgedrängt wurde, so soll jetzt auch in Asien, Afrika und Lateinamerika die Komponente wirtschaftlicher und ideologischer Kriegführung in den Vordergrund treten. Das neue Friedenskonzept trägt also dem Umstand Rechnung, daß der wachsende Widerstand gegen den amerikanischen Imperialismus in der Dritten Welt, die Lage zugunsten der USA verändert hat. Oder wie Nixon es ausdrückt: „daß die Veränderungen in den strategischen Verhältnissen eine neue Doktrin erforderlich machen“⁴⁷⁾ „Unser Ziel ist es, in erster Linie unsere Interessen auf weite Sicht mit einer gesunden Außenpolitik zu unterstützen.“⁴⁸⁾

Für die Absicherung amerikanischen Einflusses in relevanten Gebieten durch neue stabilere Herrschaftsformen plädiert auch das amerikanische Wirtschaftsmagazin „Fortune“. In der Ausgabe vom Juni 1972 hält man Nixon den wirtschaftlichen Konkurrenten Japan als Beispiel vor: den Japanern sei es nämlich gelungen, ohne in militärische Abenteuer verwickelt zu werden, 90% ihrer Rohstoffe und Energie aus Gebieten zu beziehen, „wo Japan keinen Einfluß im alten imperialistischen Sinne hat“.⁴⁹⁾

Im ‚neuen imperialistischen Sinne‘ formuliert denn auch Richard Nixon, wobei er auch gleich die innenpolitischen Konsequenzen reflektiert:

„(Sicher) hat die Art und Weise, in der wir an die Lösung dieses Problems (der neuen Außenpolitik, d. A.) herangehen, große Rückwirkungen auf unsere Glaubwürdigkeit im Ausland und unseren Zusammenhalt im eigenen Land. Das gleiche gilt für andere Gebiete, wo unsere militärische Präsenz zu gewichtig (...) oder unsere Haltung patriarchalisch geblieben war. . . Unsere Aufgabe

ist es nicht nur, unsere Präsenz abzubauen, sondern dies auf eine Art und Weise zu bewerkstelligen, die unsere eigentlichen Ziele nicht gefährdet.“⁵⁰⁾

Die Einsicht in die — auch angesichts des Atomwaffen-Patts zwischen den Supermächten — sehr eingeschränkte Wirksamkeit militärischer Eskalation hindert Nixon jedoch nicht, sich dort, wo es opportun scheint, die bewaffnete Intervention vorzubehalten: Sie soll stattfinden,

„falls eine Atommacht die Freiheit . . . einer Nation bedroht, deren Existenz wir für unsere Sicherheit als lebenswichtig erachten“, und auch „in Fällen, bei denen andere Arten der Aggression im Spiel sind, werden wir militärische und wirtschaftliche Hilfe gewähren.“⁵¹⁾

In der Nixon-Doktrin findet sich also der Kern von Kennedys Theorie des „begrenzten Krieges“ wieder, die sich ihrerseits stützt auf die alte Truman-Doktrin von 1947. Hatten jedoch die USA damals noch die Rolle des Weltpolizisten im Bewußtsein ihrer Stärke recht willig übernommen, so tritt bei Nixon ein Moment hinzu, das die wachsende Belastung und Schwäche der Vereinigten Staaten reflektiert: das „Prinzip der Partnerschaft“. Es drückt sich darin das Bestreben aus, nicht nur vor der Weltöffentlichkeit die Rolle des Aggressors weitgehend abzustreifen, sondern auch die Kosten und Menschenverluste bei der Wahrnehmung amerikanischer Interessen zu reduzieren:

„Die USA werden im Falle eines bewaffneten Konfliktes künftig von dem unmittelbar betroffenen Land erwarten, daß es die Hauptverantwortung dafür übernimmt, die für seine Verteidigung nötigen Menschen anzubieten.“⁵²⁾

(Auch innerhalb der Bündnisse, die den ‚Schießkrieg‘ nur in Manöverform führen — wie die NATO — soll es für die USA billiger werden: „die Nixon-Doktrin besagt in ihrem Kern, daß es ihre (der Verbündeten) Aufgabe ist, ihren eigenen Anteil selbst zu tragen.“⁵³⁾

Mit dem Versuch der ‚Vietnamisierung‘ des Indochinakonfliktes hat Nixon einen praktischen Schritt in diese Richtung getan. Das Programm sah vor, die Vietnamesen den militärischen Konflikt zunehmend selbst tragen zu lassen. Somit sollten die USA die Möglichkeit haben, sich aus den besonders verlustreichen Bodenkämpfen zurückzuziehen, und zugleich in der Öffentlichkeit mit spektakulären Truppenabzügen zu glänzen. Die Luftwaffe, die Marine und die Stäbe und technischen Einheiten bleiben in amerikanischer Hand. Auch für Laos fordert Nixon explizit: „ . . . keine Angehörigen amerikanischer Erdkampftruppen.“⁵⁴⁾ Und für Kambodscha: „ . . . keine amerikanischen Erdkampftruppen.“⁵⁵⁾

Wirtschaftspolitisch bedeutet das Nixonsche Friedenskonzept vor allem in flexibleres und pragmatischeres Vorgehen. Das wird deutlich am Beispiel Lateinamerikas, wo die sozialrevolutionären antiimperialistischen Bewegungen stärker werden und die amerikanischen Interessen in Gefahr geraten. Nixon kann nicht umhin, festzustellen: „Manche in diesem Gebiet sehen in den Vereinigten Staaten . . . eher ein Hindernis und eine Bedrohung als eine Quelle der Unterstützung“ „ . . . in einigen Fällen hat der Nationalismus in Form von Volksparteien anti-amerikanische Züge angenommen.“⁵⁶⁾ Damit es mit diesem anti-amerikanischen Zügen nicht soweit komme, wie in Chile, wo das amerikanische Kapital erst kürzlich empfindliche Einbußen erlitt, setzt Nixon nun auf eine pragmatische „Politik der Anpassung“. Die Politik der militärischen Interventionen hatte in Lateinamerika offenbar dazu beigetragen, daß „radikale Kräfte uns als Hindernis für die nationale Entwicklung hinstellen. Wir könnten unseren Nachbarn in wachsendem Maße entfremdet werden.“ Eine solche Entfremdung hätte für die USA, zumal wenn sie die Gestalt der Enteignung annähme, katastrophale Folgen. Daher konstatiert Nixon zum Thema „Kräfte des Extremismus. . . : „Die Vereinigten Staaten müssen sich der Mannigfaltigkeit anpassen. . . Wir können es uns nicht leisten, . . . zuzulassen, daß wir selbst isoliert werden.“

Nixon hofft offenbar auf die Wirksamkeit wohl dosierter Reformschritte um sozialrevolutionären Kräften den Boden zu

entziehen, „in der Überzeugung, daß unsere eigenen Zielsetzungen gefördert werden, wenn andere Regierungen den Erfordernissen ihrer Völker nachkommen können.“

Wo, wie in Chile, das Malheur schon passiert ist, kann man nur noch retten, was zu retten ist: „Wir hoffen daß die Regierungen sich in Richtung auf verfassungsmäßige Verfahren entwickeln.“ „Wir verhandeln mit Regierungen, so wie sie sind. Unsere Beziehungen sind nicht abhängig von der inneren Struktur oder sozialen Systemen, sondern von den Handlungen, die uns berühren.“ „Wir gehen davon aus, daß die internationalen Rechte und Pflichten beachtet werden.“ „ . . . wir sind bereit, die Art von Beziehungen mit der chilenischen Regierung zu unterhalten, die diese mit uns zu unterhalten bereit ist.“

Falls das nichts fruchtet, muß man den Krankheitsherd eben isolieren, so gut es geht: „Diejenigen jedoch, die eine un-nachgiebige . . . Haltung zur Schau tragen, können nicht auf unsere Hilfe zählen.“ „Wir werden mit den übrigen Mitgliedern der Gemeinschaft zusammenarbeiten, um die negativen Auswirkungen solcher Aktionen zu mildern.“⁵⁷⁾

Vietnamisierung

Er hatte viele Hilfsvölker für den großen Krieg gebraucht. Daher wußte er, daß primitive Rassen gefügiger waren, wenn es gelang, ihre Führer zu gewinnen. „Wenn wir Erfolg haben wollen, brauchen wir Kanonenfutter. Wenn wir gesiegt vorgehen, sparen wir eigene Kräfte, indem wir die vorhandenen Primitiven einsetzen.“ (Corda, Nr. 37)

Die gleiche Reform des außenpolitischen Instrumentariums zeigt sich auch im Verhältnis zu den afrikanischen Staaten. Dort soll vor allem auch die Gefahr eines wachsenden Einflusses der Sowjetunion und der Volksrepublik China bekämpft werden. Afrika wird vorsorglich als „eines der markantesten Beispiele in der Welt für den Mißerfolg der Zugkraft des Kommunismus in den jungen Staaten“⁵⁸⁾ gelobt. Den Wunsch, daß nichts Gegenteiliges sich entwickeln möge, kleidet Nixon in die Formulierung: „Die ungelösten Probleme Afrikas dürfen nicht als Vorwand für Interventionen von Nichtafrikanern dienen. Die Notwendigkeit, Afrika zu helfen darf nicht so manipuliert werden, daß ein ungebührlicher Einfluß von außen ausgeübt wird.“ Daß damit allerdings nicht der ‚gebührliche‘ Einfluß der USA gemeint sein kann, wird so gleich klargestellt:

„Unsere wirtschaftlichen Interessen an dem Kontinent sind bedeutend und nehmen zu. Und unsere Verantwortung als Weltmacht erlegt uns zwangsläufig ein Interesse an der Stabilität und am Wohlergehen Afrikas als eines großen Teiles dieser Welt auf.“ Und für die afrikanischen Nationen, die von den großzügigen Hilfsangeboten dennoch keinen Gebrauch machen wollen, hat Nixon gleich noch eine unverblühte Drohung zur Hand: „Kriegerische Auseinandersetzungen . . . können Afrika nur schaden.“ „Deshalb ist das Eintreten für die Unverletzlichkeit afrikanischer Grenzen und die Integrität afrikanischer Staaten einer der Kernpunkte amerikanischer Diplomatie. Unsere Fähigkeit, diese Zurückhaltung auch weiterhin zu üben, hängt eindeutig von einem ähnlichen Verhalten Anderer ab. Wir glauben, daß die afrikanischen Nationen dafür selbst die besten Garanten sind, da sie am meisten von solcher Zurückhaltung profitieren.“⁵⁹⁾

Eine ‚neue Rolle‘ Amerikas?

Die Nixonsche Rhetorik vom „grundlegenden Wandel in der Außenpolitik“ und der „völlig neuen Rolle Amerikas“ entlarvt sich also bei näherem Hinsehen ebenso als ideologischer Schleier wie die seiner Vorgänger. „Eine qualitative Veränderung der Strategie amerikanischer Außenpolitik bzw. Symstemerhaltung ist allein schon deshalb nicht zu erwarten, weil diese Strategie der expansiven Durchsetzung amerika-

nischer ökonomischer Ordnungsvorstellungen die Bedürfnisse und Interessen der eigenen Volkswirtschaft reflektiert. Es sind im Kern die Erfordernisse der kapitalistischen Produktionsweise, welche ihrerseits auf Expansion — sei es in der Form von Märkten, sei es in der Form des Zugangs zu Rohstoffquellen — genuin angewiesen ist, und die eine solche Außenpolitik erzwingen. Diese Produktions- und Distributionsweise ist aufgrund ihrer Eigengesetzlichkeiten unvereinbar mit der Existenz anderer autonomer Zentren von Produktion und Distribution: sie tendiert dazu, nationale politische und ökonomische Souveränitäten auszuhöhlen durch die Schaffung internationaler — gemeinsamer — Märkte, durch die Stimulierung universaler Konsumgewohnheiten und -bedürfnisse, durch die direkte oder indirekte Übernahme ganzer Produktionszweige in anderen Ländern aufgrund der wirtschaftlichen Überlegenheit. Auf dem Umweg über die sublimen Internationalisierung ihrer Wertprämissen zwingt die kapitalistische Produktionsweise ihre außenpolitische Führung bei subjektiver Ehrlichkeit in der Verfolgung einer Politik der ‚Freiheit‘, der ‚Selbstbestimmung‘ oder auch des ‚wirtschaftlichen Fortschritts‘ objektiv zum Ausbau oder zur Schaffung der infrastrukturellen Voraussetzungen für die Interessen der amerikanischen Wirtschaft: des freien Auslandsmarktes, der freien Unternehmenswirtschaft, der Konsumenthaltung, des freien Zugangs zu Rohstoffquellen; kurz die kapitalistische Produktions- und Distributionsweise impliziert eine Politik des Imperialismus im Interesse von Handel und Profit der großen amerikanischen Korporationen mit ihren weltweiten Verflechtungen und Interessen.“⁶⁰⁾

Was sich wandelt, in Reaktion auf die Veränderungen der Weltlage ist bloß das taktische Vorgehen im Rahmen dieser Strategie. Für den Augenblick scheinen sich in dieser Taktik zwei Hauptaufgaben für die Selbsterhaltung des amerikanischen Imperialismus auszudrücken: Zum einen die Sicherung des Ausbeutungs- und Expansionsfeldes in der Dritten Welt durch die Entwicklung flexibler Verfahren der Stabilisierung des Herrschaftsbereiches, zum anderen die Bewältigung der sich verschärfenden sozialen Widersprüche und Konflikte im Innern.

Die Bestrebungen für ein weltweites Disengagement in militärischer Hinsicht ebenso wie die Versuche Nixons, zu friedlichen Regelungen mit den sozialistischen Hauptmächten zu kommen, könnten so zum Teil (abgesehen von langfristigen Interessen des amerikanischen Kapitals an einer Ausweitung von Ost-Handelsbeziehungen) als der Versuch des amerikanischen Imperialismus gedeutet werden, gewissermaßen ‚den Rücken freizubekommen‘, um sich seinen inneren Konflikten stärker zu widmen.

Gerade im Hinblick auf das Auffangen und Korrumpieren der wachsenden antikapitalistischen (und in starkem Maße anti-amerikanischen) Bewegungen könnte eine ‚Friedensstrategie‘ auch einen wichtigen Beitrag dazu leisten, das Augenmerk der Öffentlichkeit abzulenken von jenen Bereichen, wo die Widersprüche des Imperialismus unmittelbar manifestiert werden und harmonisierend verweisen auf solche vermeint- ‚Programme für den sozialen Fortschritt‘ wie „Umweltschutz“, „Verbrechensbekämpfung“, „Geburtenkontrolle“, „Raumfahrt“ et cetera. Alle diese und andere Begriffe garnieren ja auch nicht nur Nixons Trinksprüche und Festdichtungen in Übersee, sondern auch seine beiden „Friedensprogramme“.

Daß man sich zu diesem Komplex auf Seiten der Herrschenden Gedanken macht, zeigt auch der Artikel „Über unsere nationalen Aufgaben“ von K. Brewster, dem Präsidenten der Yale Universität in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ vom April 1972. Nach ausführlicher Schilderung des Niedergangs tradierter amerikanischer Werte und der Gefahren, die in der Abkehr großer Teile der amerikanischen Jugend und Intelligenz von den Idealen und der historischen Mission Amerikas lägen, kommt Brewster zu dem Schluß, daß Amerika „adäquate Maßnahmen“ ergreifen müsse zur Lösung seiner Probleme, um zu verhindern, daß die Initiative dafür und besonders „die Anziehungskraft für die kommende Generation dem weltweiten Sozialismus zufalle.“⁶¹⁾

Der Antikommunismus der USA, der sich in der Außenpolitik augenblicklich in einer Phase der Latenz zu befinden scheint, tritt denn auch in der blutigen Repression oppositioneller Gruppierungen im Innern umso schärfer zutage. Die Massaker an den Universitäten, in den Gefängnissen und in den Zentren des Aufstands der Farbigen sind wohl nur ein Vorgeschmack dessen, was die ‚Befriedung‘ von Bereichen politischen Widerstandes in den USA noch bedeuten kann. Man muß sich darüberhinaus auch fragen, was geschehen mag, falls es dem amerikanischen Imperialismus nicht gelingt, jene globale ‚Friedensstruktur‘ zu errichten, die seinen Interessen augenblicklich gemäß wäre. Amerikanischen Wirtschaftskreisen scheint bereits jetzt die Effektivität des Nixonschen Vorgehens zur Durchsetzung ihrer Interessen nicht so zweifelsfrei erwiesen.

In dem schon erwähnten Artikel von Max Ways in der Zeitschrift ‚Fortune‘ wird zwar konzediert, daß die Führungsrolle der USA in der Welt angeschlagen sei, und daß man sich zur Sicherung amerikanischer Kapitalinteressen eine neue Version der ‚Pax Americana‘ einfallen lassen müsse. Allerdings wird eindringlich die Gefahr beschworen, Mr. Nixon könne auf der Höhe der internationalen Diplomatie die bodenständigen Interessen der amerikanischen Industrie vernachlässigen und dem Osten zu weitreichende politische Zugeständnisse machen. Wichtiger als alle spektakulären Gipfeltreffen sei eine gründliche Differenzierung des wirtschaftlichen Instrumentariums um die schwindende militärische Macht in zureichendem Maße durch stärkere ökonomische Abhängigkeit zu ersetzen:

„Der existierende Komplex von Verträgen und Organisationen sollte sorgfältig erweitert, revidiert und verstärkt werden, denn es tauchen neue Probleme auf.“⁶²⁾ „Keine der mit den USA befreundeten Nationen kann die Großzügigkeit der Politik der USA in der Vergangenheit verleugnen, keine darf bezweifeln, daß die USA das Recht und die Macht haben, jetzt bei bestimmten Geschäften bessere Bedingungen zu verlangen.“ Denn schließlich „war die Großzügigkeit der USA auch weitblickendes Eigeninteresse.“ „Wir werden den 80 Milliarden Dollar direkter US-Investitionen in Übersee und den 90 Milliarden Dollar jährlichen Außenhandels nicht den Rücken kehren.“⁶³⁾

Damit sind auch Nixons Friedensbemühungen klare Grenzen gesetzt. Aber es gibt noch eine andere Kraft, die Mr. Nixon einen Strich durch die Friedensrechnung machen kann. Die vietnamesische Befreiungsfront hat beispielhaft bewiesen, daß die unterdrückten Völker der Dritten Welt durchaus in der Lage sind, dem Imperialismus effektiven Widerstand zu leisten, an der militärischen wie an der ideologischen Front. Das „Befriedungsprogramm“ der Amerikaner in Vietnam, als bisher größte ideologische Offensive propagiert, mit dem Ziel, „die von den Kommunisten aufgebaute Infrastruktur auf dem Lande zu zerschlagen“ und „die Herzen der Vietnamesen zu gewinnen“ realisierte sich schlichtweg im Massenmord:

Friedliche Absichten

„Wenn ich nur wüßte, wie wir sie von unseren friedlichen Absichten überzeugen könnten!“ stieß Oro Masut erbittert hervor.

„Damit“ antwortete Art Huron und streckte den nächsten (Gurrad) nieder. (Rhodan, Nr. 315)

In einem „beschleunigten Pazifizierungsprogramm“ konvertierte die 9. US-Marinedivision Ende 1968 im Mekong-Delta um die 5000 Zivilisten zu den Idealen der ‚freien Welt‘; und zwar ein für allemal — durch Erschießen.⁶⁴⁾ „Diese Todesziffer läßt das My-Lai-Massaker vergleichsweise unbedeutend erscheinen“ schrieb der Newsweek-Korrespondent Kevin P. Buckley, dessen Bericht die Friedens-Verbrechen aufdeckte. Und auch er stellte dagegen fest, was schon die Pentagon-Papiere konzedierten: daß die Nationale Befreiungsfront solche ideologische Kriegführung nicht nötig hat. „Der Vietcong hatte in Kien Hoa nicht nur eine gut ausgebildete Armee aufgestellt. Das Gebiet war weit mehr als eine Militärzone. Die Kinder der Soldaten besuchten Schulen der Natio-

nalen Befreiungsfront, alte Männer und Frauen meldeten sich in NLF-Krankenhäusern, wenn sie Beschwerden hatten. Tausende von Familien fanden ein Auskommen in dem flachen Reisanbaugebiet...⁶⁵⁾ Auch die jahrzehntelangen, mit ungeheurem Aufwand geführten militärischen Operationen der USA haben nicht vermocht, den Widerstand des vietnamesischen Volkes zu brechen — im Gegenteil, es hat den Anschein, als könnten die Vietnamesen auf ihre Weise ernst machen mit der ‚Vienamisierung‘ und ‚Befriedung‘ des Landes. Die militärischen Erfolge der NLF haben die andere Grenze der Nixonschen Friedensstrategie deutlich werden lassen; daß nämlich die USA, als sie jene Position der Stärke schwinden sahen, die für eine, den amerikanischen Interessen gemäße, ‚friedliche Lösung‘ notwendig war, sofort ihr Aggressionspotential ausspielten um diese Position zurückzugewinnen — trotz der parallel laufenden Friedenskampagne Nixons.

Die Verminderung der nordvietnamesischen Häfen und Flüsse, die Wiederaufnahme der massiven Bombardierung des Nordens als Szenarium für Richard Nixons Friedensoper — dieses Bild zeigt plastisch den Charakter der amerikanischen Außenpolitik, die solange antikommunistisch bleiben wird, als das sie zwangsläufig produzierende sozio-ökonomische System des Kapitalismus Bestand hat. Darüber darf auch die augenblickliche Latenz aggressiv-antikommunistischer Momente in dieser Politik nicht hinwegtäuschen.

So schlägt auch unter dem Gefieder der Friedens-‚Täube‘ Richard Nixon noch ‚das Herz des ‚Falken‘: Gerade aus Moskau zurückgekehrt ließ der Präsident am 1. Juni 1972 den Kongreß einen Blick in sein Innerstes tun:

„Ein Bild wird stets unauslöschlich in unserer Erinnerung bleiben — die Flagge der Vereinigten Staaten von Amerika, wie sie im Frühlingswind hoch über den Mauern des Kreml wehte.“⁶⁶⁾

¹⁾ Spiegel, Nr. 39/1969 S. 120

²⁾ „Nixon berichtet dem Kongreß über seine Moskareise“, amerika-dienst Nr. 23/1972 S. 13



³⁾ ebd. S. 1

⁴⁾ ebd. S. 6

⁵⁾ Zit. n. E. Krippendorf, „Die amerikanische Strategie“, Frankfurt 1970, S. 30

⁶⁾ Zit. n. ebd. S. 34

⁷⁾ Zit. n. ebd. S. 34/35

⁸⁾ Ebd.

⁹⁾ Vgl. dazu G. Alperovitz, „Atomare Diplomatie“, München 1966

¹⁰⁾ Zit. n. G. Rose, „Industriegesellschaft und Konvergenztheorie“, Berlin 1971

¹¹⁾ ausführlicher dazu in dsz 124, S. 18f.

¹²⁾ E. Krippendorf a.a.O. S. 38

¹³⁾ Zit. n. G. Rose a.a.O. S. 165

¹⁴⁾ Zit. n. E. Krippendorf a.a.O. S. 472

¹⁵⁾ G. F. Kennan, „Amerikas Außenpolitik 1900—1950“, Zürich 1952 S. 142

¹⁶⁾ J. Burnham, „Die Strategie des Kalten Krieges“ Stuttgart 1950.

Zit. n. G. Rose, S. 177

¹⁷⁾ J. F. Kennedy, „Strategy of Peace“, Popular Library Edition, März 1961, S. xiii

¹⁸⁾ ebd. S. 43

¹⁹⁾ ebd. S. x

²⁰⁾ Zit. n. E. Krippendorf a.a.O. S. 39

²¹⁾ Kennedy a.a.O. S. 75

²²⁾ Zur Kritik konvergenztheoretischer Modelle s. G. Rose „Industriegesellschaft und Konvergenztheorie“

²³⁾ Kennedy a.a.O. S. xiii

²⁴⁾ Ebd. S. 123

²⁵⁾ Z. K. Brzezinski, „Alternative zur Teilung“, Köln, Bonn, 1966

²⁶⁾ Ebd. S. 186

²⁷⁾ Ebd. S. 188

²⁸⁾ Ebd. S. 190/191

²⁹⁾ Ebd. S. 190

³⁰⁾ Ebd. S. 195

³¹⁾ Ebd. S. 195/196

³²⁾ Ebd. S. 200

³³⁾ Ebd. S. 197

³⁴⁾ Ebd. S. 198

³⁵⁾ Ebd. S. 206

³⁶⁾ Ebd.

³⁷⁾ H. Kahn, „How To Think About The Russians“, in: Fortune, November 1968, S. 127

³⁸⁾ Ebd. (geringfügig gekürzt)

³⁹⁾ State of the Union Message, 4. 1. 1965; in: Europa-Archiv, Bonn, 2/65, S. 26ff

⁴⁰⁾ R. M. Nixon, „Die Außenpolitik für die siebziger Jahre, Aufbau des Friedens“, Bericht des Präsidenten an den Kongreß 25. 2. 1971, S. 1

⁴¹⁾ E. Krippendorf, a.a.O. S. 41

⁴²⁾ H. M. Kissinger, „Amerikanische Außenpolitik“, Düsseldorf, Wien, 1969, S. 121

⁴³⁾ Leslie H. Gelb, „The Essential Domino: American Politics and Vietnam“, in: Foreign Affairs, Juni 1972, S. 473

⁴⁴⁾ Ebd. S. 472

⁴⁵⁾ Kissinger, a.a.O. S. 85/86

⁴⁶⁾ Ebd. S. 191

⁴⁷⁾ Nixon, a.a.O. S. 7

⁴⁸⁾ Ebd. S. 9

⁴⁹⁾ Max Ways, „The National Interest in a Multipower World“, in: Fortune, Juni 1972, S. 182

⁵⁰⁾ Ebd. S. 9

⁵¹⁾ R. M. Nixon, „Die amerikanische Außenpolitik für die siebziger Jahre. Eine neue Friedensstrategie“, Bericht an den Kongreß vom 18. 2. 1970, zit. n. C. Schubler, „Nixons ‚neue‘ Friedensstrategie“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/70

⁵²⁾ Nixon, „Aufbau des Friedens...“ a.a.O. S. 27

⁵³⁾ Ebd. S. 72

⁵⁴⁾ Ebd. S. 74

⁵⁵⁾ Ebd. S. 37/38

⁵⁶⁾ alle Zitate Nixon, a.a.O. S. 37—47

⁵⁷⁾ Nixon, „Eine neue Friedensstrategie...“ Zit. n. C. Schubler, a.a.O. S. 465

⁵⁸⁾ Nixon, „Aufbau des Friedens“, a.a.O. S. 97—99

⁵⁹⁾ E. Krippendorf, a.a.O. S. 461/62

⁶⁰⁾ K. Brewster, „Reflexions on Our National Purpose“, in: Foreign Affairs, April 1972, S. 414

⁶¹⁾ Max Ways, in: Fortune, a.a.O. S. 182

⁶²⁾ alle Zitate Max Ways, a.a.O. S. 76

⁶³⁾ Der Spiegel, 26, Juni 1972, S. 78

⁶⁴⁾ Ebd.

⁶⁵⁾ „Nixon berichtet dem Kongreß...“ a.a.O. S. 2

Handel und Wandel

Entstehungsgeschichte sozialdemokratischer Ostpolitik

„Wir sollten uns bemühen, ein wenig von der uns reichlich zur Verfügung stehenden Freiheit über den Eisernen Vorhang hinweg nach Osteuropa zu tragen.“*)

I. Wandlungen

... durch Annäherung

Der Versuch, den Ursprung der ‚sozial-liberalen Ostpolitik‘ aufzudecken, historisch und damit zugleich politisch, stößt unweigerlich auf ein Datum: den 15. Juli 1963. Die Rede, die Egon Bahr, damals Leiter des West-Berliner Presse- und Informationsamtes, an diesem Tag vor der Evangelischen Akademie in Tutzing hielt, bezeichnet zweifellos einen markanten Punkt in der Vorgeschichte der Ostpolitik, die man jetzt als ‚neue‘ nur zu gern zu präsentieren versucht. Bahr, intimer Berater des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt, stellt die gesamte bisherige Ostpolitik der Regierung (und damit auch der SPD, die 1960 voll auf Adenauer-Kurs eingeschwenkt war) in ihrem Ansatz in Frage.

Es dürfte lohnend sein, aus dieser Rede einige Passagen zu zitieren, zumal sie nicht nur den neuen Ansatz der Berliner SPD-Spitze erkennen lassen, sondern darüber hinaus gleichzeitig die Vorstellungen widerspiegeln, die in Berlin und Bonn bis dato weitgehend vertreten und in die politische Praxis umgesetzt wurden. Bahr motivierte seinen Beitrag zunächst mit dem

„Zweifel, ob wir mit der Fortsetzung unserer bisherigen Haltung das absolut negative Ergebnis der Wiedervereinigungs-Politik ändern können und der Überzeugung, daß es an der Zeit ist und daß es unsere Pflicht ist, sie möglichst unvoreingenommen neu zu durchdenken.“¹⁾

„Nachdem die bisherige Politik des Drucks und des Gegendrucks nur zu einer Erstarrung des Status quo geführt habe, sei der Versuch denkbar sich selbst und die andere Seite zu öffnen und die bisherigen Befreiungsvorstellungen zurückzustellen.“²⁾

„Wenn es richtig ist, und ich glaube, es ist richtig, daß die Zone dem sowjetischen Einflußbereich nicht entrissen(!) werden kann, dann ergibt sich daraus, daß jede Politik zum direkten Sturz des Regimes drüben aussichtslos ist. Diese Folgerung ist rasend unbehaglich und geht gegen unser Gefühl, aber sie ist logisch.“³⁾

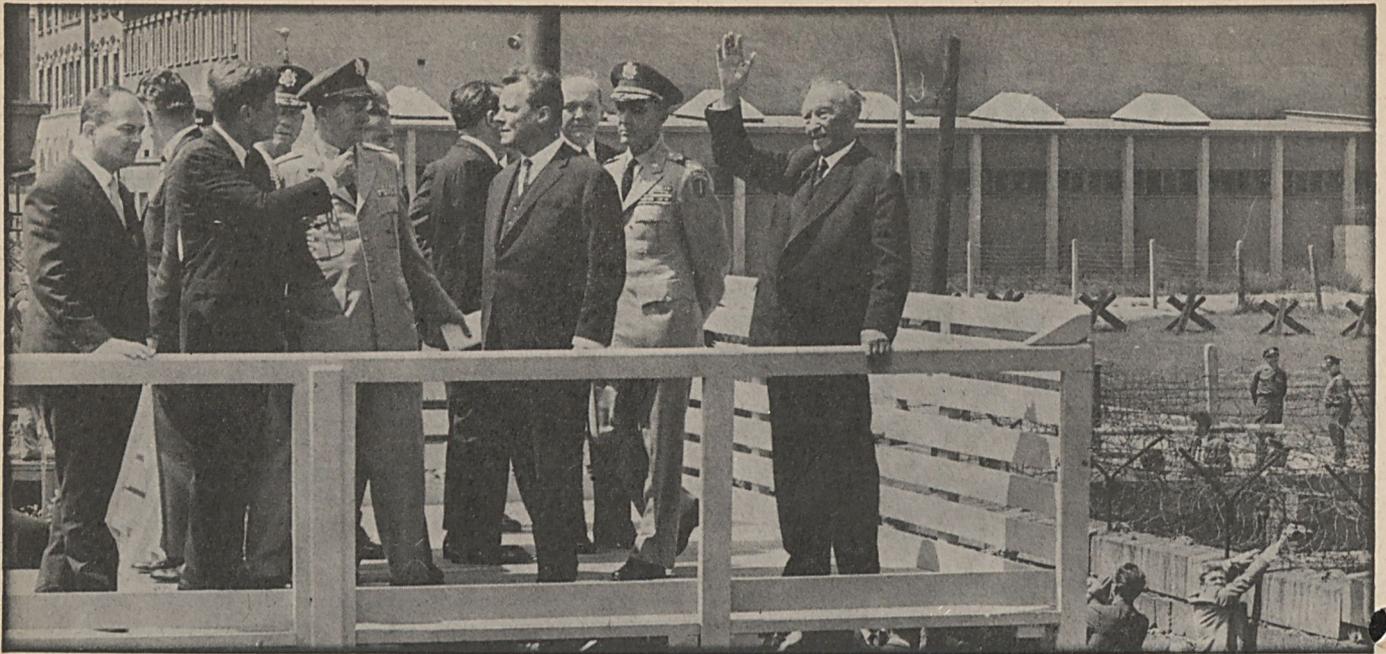
Nach dieser Bestandsaufnahme und nachdem er die hypothetisch aufgestellte Strategie, das „Gebäude der Zone“ durch Kappen aller wirtschaftlichen Verbindungen „zum Einsturz zu bringen“ als nicht erfolgversprechend verworfen hatte, legte er den neuen Schöneberger Ansatz auf den Tisch: Nicht Abbruch sondern Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen sei die Devise; erreicht werden könne das auf dem Wege von Verhandlungen (wobei das ‚Zwangsregime‘ natürlich nicht anerkannt werden dürfe), womöglich über eine eigens zu errichtende Behörde:

„Die selbstverständliche und von niemandem in Frage gestellte Weigerung die Zone als einen rechtmäßigen Staat anzuerkennen, darf uns nicht lähmen.“⁴⁾ Es habe nämlich immerhin „unterhalb der juristischen Anerkennung“ schon eine Reihe von Kontakten „auf der verschämten Ebene der Treuhandstelle für Interzonenhandel“⁵⁾ gegeben, und es müsse doch möglich sein, „diese Formen auch gegebenenfalls in einem für uns günstigen Sinne zu benutzen.“⁶⁾

In seinem Vorschlag zur Errichtung einer gesamtdeutschen Spezialbehörde würde er

„umso weniger eine substantielle Änderung der heutigen Situation erblicken können, als die Treuhandstelle für Interzonenhandel ja

*) Der Deutsch-Amerikaner Kurt Glaser, Osteuropaexperte, auf einer gemeinsamen Konferenz der amerikanischen ‚Foundation for Foreign Affairs‘ (Chicago) und der ‚Studien-gesellschaft für Fragen mittel- und osteuropäischer Partnerschaft‘ (Wiesbaden) in seinem Beitrag „Entspannung und Frieden“, 1968.



„Wohin denn Ich?“ scheint Adenauer zu sagen – der Imperialismus verjüngt sich

auch schon bisher nicht ausschließlich Handelsfragen besprochen hat“⁷⁾.

Nachdem Bahr sein Konzept schon derart umsichtig durch Berufung auf schon bestehende Verhältnisse abgesichert hatte, zitiert er vorsichtshalber noch einmal den greisen Kanzler. Adenauer habe doch in seiner letzten Regierungserklärung gesagt, die Bundesregierung sei bereit, „über vieles mit sich reden zu lassen, wenn unsere Brüder in der Zone sich einrichten können, wie sie wollen“⁸⁾. „Als einen Diskussionsbeitrag in diesem Rahmen“⁹⁾ möchte Bahr seine Äußerungen verstanden wissen. Den zentralen Punkt seiner Strategie, die Ausweitung des Handels mit der DDR, motiviert Bahr durch folgende Überlegungen:

„Eine materielle Verbesserung müßte eine entspannende Wirkung in der Zone haben. Ein stärkeres Konsumgüterangebot liegt in unserem Interesse. In der Sowjetunion ist der Konsumwunsch gewachsen und hat zu positiven Wirkungen beigetragen. Es ist nicht einzusehen, warum es in der Zone anders sein sollte.“¹⁰⁾

Bahr resümierte seine Vorstellungen einer neuen Strategie in der später berühmt gewordenen Formel:

„Das ist eine Politik, die man auf die Formel bringen könnte: Wandel durch Annäherung. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir Selbstbewußtsein genug haben können, um eine solche Politik ohne Illusion zu verfolgen, die sich außerdem nahtlos in das westliche Konzept der Strategie des Friedens einpaßt, denn sonst müßten wir auf Wunder warten, und das ist keine Politik.“¹¹⁾

Der Wirbel, den Bahrs Rede in Berlin machte, war viel größer, als man sich (in Anbetracht seiner extrem vorsichtigen Formulierungen) vorstellen kann. CDU-Chef Amrehn („Gefährlicher Richtungswechsel“) versuchte sogar, die Äußerungen des Brandt-Beraters zum Anlaß zu nehmen. Brandts Stellvertreter Albertz aus dem Sessel zu kippen – was ihm denn doch nicht gelang.

Ende der Ära Adenauer

Der Zeitpunkt, an dem diese neue Konzeption der Deutschland- und Ostpolitik vorgelegt wurde, war nicht ungeschickt gewählt: Willy Brandt – der übrigens in Tutzing ebenfalls eine Rede hielt, die in der gleichen Richtung (lediglich seinem hohen Amt entsprechend noch etwas vorsichtiger) formuliert

war – hatte im Auge, daß Adenauer seinen Rücktritt für den Herbst angekündigt hatte.

Dennoch taucht die Frage auf, warum die neuen Akzente im Konzept der Berliner gerade auf ‚gesamtdeutsche‘ Verhandlungen sowie auf Intensivierung des Handels mit der DDR gesetzt wurden. Der Schlüssel zu dieser Frage ist der Begriff „Strategie des Friedens“, auf den sowohl Bahr als auch Brandt in ihren Reden ausdrücklich Bezug nehmen. Dies ist allerdings keine neue Formel der Sozialdemokraten aus der ‚Frontstadt‘ sondern Importware. Hersteller: Kennedys Washingtoner State Department, das Außenministerium des US-Imperialismus. Doch zunächst ein Rückblick auf die Haltung der SPD zur Deutschlandfrage in den Jahren zuvor.

Der Deutschlandplan

Die SPD ist nicht zu Unrecht als ‚stiller Teilhaber‘ der Deutschland- und Ostpolitik Adenauers bezeichnet worden. Einer der wenigen Vorstöße, in denen sie den Versuch unternahm, der CDU-Politik der ‚Befreiung der Ostzone‘ aus einer Position der Stärke im Rahmen der NATO heraus, eine Alternative entgegenzusetzen, war der Deutschlandplan aus dem Jahre 1959. Da er auch der letzte Vorstoß der SPD war, und damit die endgültige Wende der SPD zur außenpolitischen Bruderschaft mit den Christdemokraten signalisiert, soll er hier etwas eingehender behandelt werden. Das lohnt sich schon deshalb, weil hier in exemplarischer Weise die vollständig opportunistische Haltung dieser Partei deutlich wird, die selbst nach bürgerlich-demokratischen Maßstäben kaum noch eine Opposition darstellte.

Der SPD-Plan sah eine (in mehreren Etappen zu erreichende) militärisch verdünnte, vor allem Atomwaffen-freie Zone in Mitteleuropa vor, aus der alle Fremdstuppen sukzessive abgezogen werden sollten. Auf dieser Grundlage des Auseinanderrückens der Streitkräfte von NATO und Warschauer Pakt wurde dann ein Stufenplan für die politische und ökonomische Zusammenführung der beiden deutschen Staaten entwickelt. Dieser Deutschlandplan hatte gute Chancen, von der Sowjetunion – die zwar andere Vorstellungen in dieser Frage hatte, sich andererseits recht konzessionsbereit zeigte, wenn es darum ging Verhandlungen zu ermöglichen – wenigstens als Dis-

kussionsgrundlage akzeptiert zu werden.¹²⁾ Andererseits war er nun keineswegs revolutionär, sondern stimmte durchaus etwa mit den Vorstellungen britischer Politiker (Gaitskell-Plan der Labour-Party) und amerikanischer Kreise (z. B. Humphrey, Kennan[!]) überein. Er bewegte sich also, wie Herbert Wehner, Mitautor des Deutschlandplans, richtig feststellte „im Rahmen dessen, was dem Westen möglich ist“¹³⁾ — etwas anderes wäre damals der SPD ohnehin nie in den Sinn gekommen.

Dennoch gerieten die Sozialdemokraten sofort unter Beschuß: Adenauer führte eine Kampagne unter dem Motto „Mit Wehner in den Abgrund“, dem bayerischen Ministerpräsidenten Eberhard schwante gar, mit Hilfe des Planes solle „die Räte­demokratie in ganz Deutschland“ eingeführt werden. **Daraufhin** und nachdem auch vom rechten SPD-Flügel, vor allem von Mommer und Brandt (!) gegen den Plan geschossen wurde, **beschritt die SPD-Führung den Weg einer „in der Geschichte des Parlamentarismus geradezu einzigartigen Selbstentmündigung“¹⁴⁾: Während sie offiziell noch an dem Plan festhielt, verhinderte sie gleichzeitig eine außenpolitische Debatte, in der er dem Parlament vorgelegt werden sollte. Damit wurde diese letzte Deutschlandinitiative zur reinen Deklamation kastriert: Um nicht große Teile der Mitgliedschaft zu beunruhigen, die hinter diesem Deutschlandplan standen, hielt man zwar formal an ihm fest, verhinderte jedoch präventiv jede praktische Wirkung.**

Diese endgültige Kapitulation der SPD in Fragen der Deutschlandpolitik wurde ein Jahr später, im Bundestag am 30. Juni 1960, von Herbert Wehner auf den Nenner gebracht: „Zum Deutschlandplan der SPD vom Jahre 1959 erklärte Wehner, daß er genau wie andere Vorschläge, welche die Partei zu andren Außenministerkonferenzen gemacht habe, der Vergangenheit angehöre. Es gebe auch so überholte Vorschläge der Bundesregierung von 1954 und 1955. Auf eine Frage des CDU-Abgeordneten Dr. Krone, ob der Deutschlandplan völlig in allen Elementen der Vergangenheit angehöre, antwortete Wehner mit ‚Sicher!‘“¹⁵⁾

Franz-Josef Strauß („Wir hauen der SPD ihren Deutschland-Plan so lange um die Ohren, bis nichts mehr davon übrig bleibt“) konnte einen vollen Erfolg verbuchen.

Die SPD setzt auf ‚Schwarz‘

Dann kündigte Wehner, seit 1958 stellvertretender Parteivor-sitzender der SPD, explizit die Opposition in der Deutsch-landfrage und der gesamten Außenpolitik auf: *Wir sollten doch „imstande sein, unser innenpolitisches Verhältnis zueinander in die Ordnung zu bringen, die uns befähigen könnte,*

der gesamtdeutschen Verpflichtung der Bundesrepublik Deutsch-land gerecht zu werden. Dabei sind wir alle, Sie auf der Seite der Regierungskoalition, wir auf der schmaleren Seite der Oppo-sition, dem Ganzen verpflichtet. Das, glaube ich, sind wir unseren Mitbürgern in der sowjetisch besetzten Zone schuldig, wir sind es Berlin schuldig und wir sind es der demokratischen Ordnung bei uns selbst schuldig, die so sein muß, daß sie allen Belastungen ge-wachsen sein kann.“¹⁶⁾

Fazit: „Das geteilte Deutschland — meine Damen und Herren, ich will Sie damit nicht belehren; Sie wissen das wahrscheinlich zum größten Teil selbst — kann nicht unheilbar miteinander ver-feindete christliche Demokraten und Sozialdemokraten ertragen.“¹⁷⁾

Als Begründung für den Beschluß, vollends zur konstruktiven Mitarbeit einzuschwenken, mußte — wen wundert's — wieder-einmal der Kommunismus herhalten. Denn: In einem Teil Deutschlands stehe er ja immerhin schon, meint Wehner 1966 im Gespräch mit Günter Gaus:

„Alle Tiraden über eine eigene Außenpolitik der Opposition sind nichts wert in dem Moment, in dem man die Realitäten beispiels-weise in Berlin in die Überlegungen einbezieht.“¹⁸⁾

„Deutschland ist zu einem Teil beherrscht von Kommunisten. Wer nicht sehen will, daß es eine besondere Situation ist, wenn Menschen gleicher Zunge zum Teil unter kommunistischem Regime leben, der tut mir leid. Wir sind nicht in England.“¹⁹⁾

Der wirkliche Grund dafür, den „Zug auf ein anderes Gleis zu heben“ (Wehner) war hingegen der Versuch, möglichst noch vor der Bundestagswahl 1961 das Odium der angeblichen dauernden Neinsagerei, der ‚nationalen Unzuverlässigkeit‘, der Militärfreundlichkeit endlich abzustreifen, — ein Odium an dessen Auf- und Ausbau die Adenauer-CDU ständig arbei-tete. Die SPD (vor allem Herbert Wehner steuerte in diese Richtung) wollte nun ‚Mitverantwortung‘ tragen, um endlich unter Beweis stellen zu können, daß sie nicht weniger Willen und Fähigkeiten zur Staatserhaltung besaß als die anderen bürgerlichen Parteien. Dieser Kurs — Ausgabe beliebiger inhaltlich-politischer Positionen zugunsten der Aussicht, durch Anpassung an die CDU/CSU die Chance einer Re-gierungsbeteiligung zu vergrößern — war nach dem Parteitag 1959 nur noch ein konsequenter Schritt. Damals war ‚be-schlossen‘ worden: „Die sozialdemokratische Partei ist aus einer Partei der Arbeiterklasse zu einer Partei des Volkes geworden.“

Die Adenauer-CDU konnte ihre Genugtuung über das Ein-schwenken der Sozialdemokraten kaum verhehlen. Der 84-jährige Altkanzler witzelte über die Umarmungen der ver-flossenen ‚Partei der Arbeiterklasse‘: *„Ich habe ja nie an meiner Außenpolitik gezweifelt. Aber daß*

*Men like its
flavor Women
love its aroma*

RUM and
MAPLE

PIPE
MIXTURE

Gross-
Packung
250g
12.50 DM

Neptun bittet zu Tisch

Fischrestaurant Hamburg
Darmstadt, Landgraf-Georg-Str. 17
durchgehend warme Küche
von 10.00 bis 24.00 Uhr

Immer etwas Besonders

Alte Tenne
Darmstadt, Landgraf-Georg-Str. 7

Alte Tenne
Darmstadt, Pallaswiesenstraße 19

Die Restaurants mit besonderer Note

Wiedervereinigung als Deutschlandpolitik Bonns von

Man solle nicht immer nur von Wiedervereinigung, sondern man müsse von „Befreiung“ sprechen, forderte Bundeskanzler Adenauer 1953.¹⁾

Mit dem Zusammenbruch Nazi-Deutschlands am Ende des 2. Weltkrieges endete auch die Zusammenarbeit von USA und UdSSR, die trotz unterschiedlichster Gesellschaftssysteme in der Anti-Hitler-Koalition ein Bündnis geschlossen hatten. Daß dieses Bündnis nur taktischer Natur war, und die USA ihre Vorstellungen von der Notwendigkeit einer Zerschlagung des Kommunismus in der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern nicht aufgeben hatten, belegt eine Äußerung des späteren US-Präsidenten Truman beim Einmarsch der Hitlertruppen in die UdSSR:

„Wenn wir sehen, daß Deutschland den Krieg gewinnt, sollten wir Rußland helfen, und wenn Rußland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen und die Deutschen auf diese Weise so viele wie möglich umbringen lassen.“²⁾

So berichtet Churchill 1943 von einem „Herumspielen“ der westlichen Alliierten mit lediglich 6 deutschen Divisionen, während die UdSSR mit 185 deutschen Divisionen fertig werden mußten³⁾. US-Präsident Kennedy gesteht dann auch 1963 ein, daß „keine Nation der Geschichte der Kriege jemals größere Verluste als die Sowjetunion im 2. Weltkrieg erlitt.“⁴⁾

Eine Einschätzung der Nachkriegspolitik der UdSSR muß also immer davon ausgehen, daß der Überfall der Nazitruppen die Sowjetunion derart verwüstet hatte, daß zum einen jede Vermutung, die sowjetischen Führer trügen sich mit Aggressions- und Eroberungsabsichten, „ad absurdum geführt wird durch den wahren Zustand der im Krieg verwüsteten Sowjetunion“^{4a)}, und zum anderen ein Lebensinteresse der UdSSR darin bestand, ihre Westgrenze gegen einen neuen Angriff zu sichern.

So einigten sich die UdSSR, die USA und Großbritannien dann im Potsdamer Abkommen nach der Kapitulation Nazi-Deutschlands auf die Prinzipien ihrer künftigen gemein-

samen Politik in Deutschland; unter anderem auf folgende Punkte:

- vollständige Vernichtung des Faschismus und Militarismus in Deutschland
- Förderung und freie Entwicklung aller demokratischen Parteien in ganz Deutschland
- schnellstmögliche Dezentralisierung des deutschen Wirtschaftslebens mit dem Ziel der völligen Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen
- Erhaltung der wirtschaftlichen und staatlichen Einheit Deutschlands.

Sehr bald wird jedoch offenbar, daß ihre politischen, militärischen und wirtschaftlichen Interessen in Deutschland die Westmächte dazu zwingen, dieses Abkommen zu brechen. Der Westen ist nicht interessiert an einem Deutschland, das „nie mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der Welt bedrohen kann“ (Potsdam), sondern an einem militärisch starken Deutschland, das mit dem Westen „gemeinsame Sache“ macht⁵⁾ und die Aufgabe übernimmt, „einen Damm aufzurichten gegen das Einsickern und die Infiltration sowjet-russischer Ideen“⁶⁾, wie es Adenauer ausdrückte.

Schon der Plan von der wirtschaftlichen Vereinigung der amerikanischen und der britischen Besatzungszonen entsteht 1946 in der Absicht, diese „containment“- oder Eindämmungspolitik der USA gegenüber der UdSSR auf Kosten der Einheit Deutschlands zu praktizieren. Gleiche Absichten stehen hinter dem Marshall-Plan vom Juni 1947, einem „allgemeinen Plan für amerikanische Hilfsmaßnahmen für den Wiederaufbau West-Europas.“⁷⁾

Dieser wirtschaftlichen Spaltung Europas folgt in logischer Konsequenz der Politik der Westmächte die politische Teilung. Zugunsten einer engen Bindung an die Westmächte und der in Aussicht gestellten Wiederaufrüstung im Rahmen der NATO wird mit der Gründung der BRD am 20. Sept. 1949 bewußt die Spaltung

Deutschlands in Kauf genommen. In einer Rede zum 15. Jahrestag der Verkündung dieser Separatverfassung gab Adenauer dies klar zu erkennen:

„Sowohl der britische als auch der französische Außenminister hatten uns in Aussicht gestellt, daß, wenn eine Verfassung zustande käme, wir Mitglied der Europa-Union werden könnten. Schnell kam auch die Gründung der NATO. Die Aufnahme in die Nato wurde in gleicher Weise, hier einschließlich der Vereinigten Staaten, in Aussicht gestellt.“⁸⁾

Die Bundesregierung propagierte dann in den fünfziger Jahren im Einklang mit den USA eine „Politik der Stärke“. Adenauer drückt es so aus:

„Wenn der Westen stärker ist als Sowjetrußland, dann ist der Tag der Verhandlungen mit Sowjetrußland gekommen.“⁹⁾

Nach Auffassung der Bundesregierung war die Bundesrepublik mit dem deutschen Reich identisch (Identitätstheorie) und war der einzige und souveräne deutsche Staat. Auf dem Staatsgebiet der Bundesrepublik hat sich, ihr zufolge, mit Unterstützung einer fremden Macht eine Regierung von Aufständischen etabliert, mit der sich die Bundesrepublik im „Kalten Bürgerkrieg“ befindet¹⁰⁾. Wiedervereinigung, d. h. die Inbesitznahme der von den Aufständischen widerrechtlich besetzten Gebiete, besteht dann auch nicht im Zusammenfügen getrennter, gleichwertiger Teile, sondern setzt eine Kapitulation des Gegners voraus. Adenauer steht auf dem Standpunkt:

„Wir verlangen nichts anderes als die Anerkennung unseres guten Rechts. Für die Wiedervereinigung haben wir deshalb keine Gegenleistung zu geben.“¹¹⁾

Die Sowjetunion ihrerseits war in ihren verschiedenen Friedensvertragsentwürfen zu weitgehenden Konzessionen bereit. So schlug sie in einer Note vom 10. März 1952, als die bevorstehende Wiederbewaffnung und Eingliederung Westdeutschlands in das amerikanische Bündnisystem ihre Sicherheitsinteressen berührte, die Wiederaufnahme von Verhand-

„Befreiung der Ostzone“

1945 bis Ende der 50er Jahre

lungen über das Deutschlandproblem auf folgender Grundlage vor:

- freie gesamtdeutsche Wahlen
- Aufnahme Gesamtdeutschlands in die UNO
- Abzug aller Besatzungstreitkräfte aus dem wiedervereinigten Deutschland
- eigene nationale Streitkräfte
- Neutralität des wiedervereinigten Deutschlands.¹²⁾

Die von der Bundesregierung vertretene „Politik der Stärke“, die auf eine gleichsam quantitative Ausdehnung der Bundesrepublik ohne Änderung der Qualität ihres Status zielte, mußte diesen Vorschlag der Neutralität Gesamtdeutschlands strikt ablehnen. Tatsächlich gab es ja für die Bundesregierung für die Wiedervereinigung keinen Preis, die Verträge mit dem Westen seien kein Tauschobjekt¹³⁾, wie Adenauer erklärte, und solange die Sowjetunion auf Neutralität oder Oder-Neiße-Linie beharre, sei ihr guter Wille zu bezweifeln¹⁴⁾.

Wessen guter Wille zu bezweifeln ist, bleibt kein Geheimnis mehr, verfolgt man die Hartnäckigkeit mit der der Westen seine Politik durchzusetzen sucht. So rechnet der Vorschlag des britischen Außenministers Eden zur Wiedervereinigung Deutschlands vom 29. Jan. 1954 (Eden-Plan)¹⁵⁾ ebenfalls mit einer Westbindung Gesamtdeutschlands, auch wenn er vorsieht, daß die gesamtdeutsche Regierung frei sein sollte, die internationalen Rechte und Verpflichtungen von BRD oder DDR nicht nur zu übernehmen, sondern auch abzulehnen. Adenauer erklärt das so:

„In Wirklichkeit sind Bundesrepublik und West-Berlin Dreiviertel Gesamtdeutschlands, und die Deutschen der Sowjetzone denken und fühlen wie wir.“
Deshalb komme ihm als praktischen Politiker auch die Frage nach der möglichen Option eines gesamtdeutschen Staates „recht unwirklich vor.“¹⁶⁾

Im Oktober 1954 ist dann die UdSSR sogar bereit, über diesen Eden-Plan zu verhandeln, allerdings stellt sie fest, daß nach einer Verwirklichung der Aufnahme Deutschlands in den Brüsseler Pakt und in die NATO

durch die Pariser Verträge, „Westdeutschland nicht mehr als friedliebender Staat betrachtet werden kann, was die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands für lange Zeit unmöglich machen wird.“¹⁷⁾

Kurz vor der Ratifizierung der Pariser Verträge durch den Deutschen Bundestag am 27. Februar 1955 weist der Außenminister der Sowjetunion, W. M. Molotow, noch einmal darauf hin, daß bei einer Ablehnung der Pariser Verträge gesamtdeutsche freie Wahlen noch im Jahr 1955 möglich wären.¹⁸⁾ Adenauer ist sich jedoch „mit den Westmächten einig, daß erfolgreiche Verhandlungen mit der Sowjetunion über die deutsche Frage erst dann möglich sind, wenn die Einheit des Westens durch die Ratifizierung der Pariser Verträge untermauert worden ist.“¹⁹⁾

Wie ernst gemeint der Verhandlungsvorschlag der Sowjetunion jedoch war, zeigen die kurz darauf stattfindenden Verhandlungen zwischen einer österreichischen und einer sowjetischen Regierungsdelegation in Moskau. Beide Seiten einigen sich auf die zukünftige Neutralität Österreichs und auf einen Österreichischen Staatsvertrag, nach dessen Unterzeichnung am 15. Mai 1955 die Sowjetunion ihre Besatzungstruppen aus Österreich abzieht.

Auch daraufhin ist in den 50er Jahren kein Wandel in den Grundpositionen der Wiedervereinigungspolitik Bonns mehr erkennbar²⁰⁾.

Das Beharren auf einer „Politik der

Stärke“ gegenüber einer wirtschaftlich und militärisch erstarkten UdSSR zementiert die Spaltung Deutschlands und der Abgeordnete Kiesinger sieht als einzige Möglichkeit, über den „toten Punkt“ hinwegzukommen, das Anrufen des göttlichen Verbündeten: Man könne nichts anderes tun, „als daß wir auf dem vorläufig beschrittenen Weg weitergehen und hoffen, daß der Herrgott das übrige dazu tut.“²¹⁾

1) Vgl. FAZ 1953, Nr. 209, 9. Sept., S. 3: *Das Ziel: Befreiung*

2) *New York Times*, 24. Juli 1941, zit. nach David Horowitz, *Kalter Krieg*, 1969, S. 52

3) Winston Churchill, *The Second World War*, IV, 1951, S. 832

4) John F. Kennedy, *Rede vom 10. Juni 1963*, zit. nach U. Schmidt/T. Fichter, *Der erzwungene Kapitalismus*, 1971, S.84

4a) Horowitz, S. 21

5) *Bulletin der Bundesregierung*, Nr. 22, 3. 2. 1953, S. 174–176, S. 175

6) 1. Parteitag der CDU, Goslar, 20.–22. Okt. 1950, Protokoll, S. 15, zit. nach Klaus Erdmenger, *Das folgenschwere Mißverständnis*, 1967, S. 47

7) W. W. Rostow, *von 1947 bis 1949 Sonderbeauftragter der US-Regierung beim Exekutivrat der Europäischen Wirtschaftskommission und später unter Johnson und Kennedy Leiter des Politischen Planungsstabes im State Department*, *The United States in the World Arena*, 1960, S. 210

8) *Das Parlament (Bonn)*, 10. Juni 1964

9) *Keesings Archiv der Gegenwart*, Bonn-Wien-Zürich, 1952, 5. März, S. 3373 C

10) vgl. *Kursbuch* 4, 1966, S. 18

11) FAZ 1954, Nr. 237, 26. Januar, S. 3: *Adenauer gegen einen Preis | Keine Gegenleistung für gutes Recht*

12) vgl. *Dokumentation zur Deutschlandfrage*, Bonn-Wien-Zürich, 1961, Bd. 1, S. 139/140

13) vgl. *Bulletin*, Nr. 25, 1. 3. 1952, S.240: *Verteidigungsbeitrag kein Tauschobjekt*

14) FAZ 1952, Nr. 97, 25. April, S. 3: *Adenauer: Jede Chance zur Vereinigung nützen (!)*

15) *Deutschlanddokumentation*, Bd. 1, S. 180ff.

16) vgl. *Bulletin*, Nr. 37, 24. Feb. 1954: *Der europäische Weg klarer denn je vorgezeichnet*, S. 297–300

17) vgl. *Deutschlanddokumentation*, Bd. 1, S. 250

18) *ebenda*, S. 283

19) *ebenda*, S. 284

20) vgl. Erdmenger, S. 26

21) 5. Bundesparteitag der CDU, Köln, 28.–30. Mai 1954, Protokoll, S. 60, zit. nach Erdmenger



die SPD nun dafür ist, gibt mir zum ersten Mal zu denken.“²⁰) Selbst CSU-Baron Karl Theodor Maria Georg Achatz Eberhard Joseph Freiherr von und zu Guttenberg, einer der letzten echten Feudalherren, dessen Antikommunismus allenfalls von seinem Vermögen in den Schatten gestellt wird, sorgt sich in der Außenpolitik von nun an bloß noch um die Position der FDP, während er den Sozialdemokraten eine vernünftige Haltung attestiert:

„Im Zeichen der ‚Entspannung‘ bedarf es daher einer überzeugten und tatkräftigen SPD-Führung, um die Partei auf dem realistischen Kurs zu halten, den sie unter dem Eindruck der Berlinerkrise eingeschlagen hat.“²¹)

Damit war 1960 ein politisches Kartell errichtet, daß (unter Einschluß natürlich der FPD) in der Deutschlandfrage jede Alternative zu ersticken bereit war.

Im Westen was Neues

Ende des gleichen Jahres 1960, in dem Wehner die zitierte Loyalitätserklärung gegenüber Adenauer im Bundestag abgab, fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt. Willy Brandt ließ sich durch seinen Freund Klaus Schütz, der nach Amerika gefahren war „um das große Ringen zwischen Kennedy und Nixon zu beobachten“²²) (Brandt), auf dem Laufenden halten. Kennedy obsiegte. Ob das nun seinen Fähigkeiten im ‚Ringen‘ oder dem finanziellen background seiner Familie (Willy Brandt: „Der Vater Joseph P. Kennedy, eine Finanzbegabung von hervorragenden Fähigkeiten, brachte es fertig, sozusagen aus dem Nichts heraus ein Vermögen von rund 300 Millionen Dollar aufzubauen.“²³) zuzuschreiben war, sei dahingestellt. Sicher ist hingegen, daß Kennedy eine neue Periode der amerikanischen Außen-, vornehmlich der Ostpolitik einleitete. (Vgl. zu der hier gegebenen recht knappen Zusammenfassung der unter Kennedy und seinem Nachfolger Johnson verfolgten Ost-Strategie, den Artikel ‚Krieg und Frieden‘ in diesem Heft insbes. S. ??)

Kennedy war realistisch genug, um einzugestehen, daß angesichts des militärischen Potentials des Warschauer Pakts die in den 50er Jahren proklamierte Politik der ‚Befreiung‘ der DDR und der osteuropäischen Staaten undurchführbar geworden war. Auch die ‚Atomare Diplomatie‘, das Ausspielen der Kernwaffenüberlegenheit der USA also, – ein wichtiges Mittel dieser Politik – war angesichts des Nachziehens der Sowjetunion auf diesem Gebiet zu einer stumpfen Waffe geworden.

Kennedys Schlußfolgerung aus dieser ernüchternden Bestandsaufnahme: seine ‚Strategie des Friedens‘. In Bezug auf die sozialistischen Länder Europas bestand diese Strategie aus einer Politik der ‚selektiven Koexistenz‘: mithilfe flexibler Methoden, vor allem auf ökonomischem Gebiet, sollte (unter Ausnutzung auch nationaler Verschiedenheiten etc.) eine ‚Erosion‘ des Ostblocks erreicht werden. Längerfristiges Ziel dieser Politik war die Herauslösung einzelner Staaten Osteuropas aus dem Warschauer Pakt und ihre Anbindung und Integration ins ‚westliche Lager‘.

Begegnungen

Willy Brandt, der Kennedy zum ersten Mal 1958 in Washington begegnete, verfolgte die neuen Strategien des Weißen Hauses mit großer Aufmerksamkeit. Das wird verständlich, wenn man sich die Situation der SPD Ende 1960 noch einmal vor Augen führt: Sie hatte zum einen in Bezug auf Alternativen zur Regierungspolitik kapituliert – zum anderen hätte es aber unglaublich, ja lächerlich gewirkt, wenn der (für deutsche Verhältnisse) jugendliche SPD-Kanzlerkandidat in seinen außenpolitischen Ansichten total aufgegangen wäre in denen Konrad Adenauers, eines Mannes also, der nicht nur Vorsitzender der CDU und mehr als doppelt so alt wie

Brandt war, sondern auch in der Öffentlichkeit durchweg zwischen stock-konservativ und konservativ-verstockt eingestuft wurde. Der „Regierende“ (Sprachregelung der SPD im Hinblick auf den Wahlkampf) meinte in dieser Situation wohl, daß neue Akzente ihn und die SPD solange doch kaum in den Verdacht der nationalen Unzuverlässigkeit oder gar des ‚Paktierens mit dem Osten‘ bringen könnten, solange sie Feuerschutz aus dem State Department in Washington hatten. Anders ausgedrückt:

Brandt und Bahr sahen hier die Chance, das Einschwenken ihrer Partei auf den Kurs: ‚Mitverantwortung der Adenauer-Politik‘ etwas auszubügeln. Mit dem Versuch nämlich, sich in der Spanne Adenauer-Kennedy, der Spanne sozusagen zwischen erstarnten Revanche-Plänen der ‚Befreiung‘ und den neuen ‚dynamischen‘ Strategien des Imperialismus vorsichtig zu profilieren.

Aus Brandts Buch ‚Begegnungen mit Kennedy‘, hört man diese Idee an einigen Stellen geradezu heraus:

„Auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokraten Ende November 1960 in Hannover, wo ich als Kanzlerkandidat nominiert wurde, habe ich meinen Freunden erklärt, daß von dem Präsidenten Kennedy neue Impulse ausgehen würden. Wir fühlten uns alle beeindruckt durch die frische Sprache, die der neue Mann in die Weltpolitik einführte... Auch meine Freunde und ich hatten das Gefühl, daß es so nicht weitergehen könne... Aber wir waren vorsichtiger in unseren Forderungen als Kennedy. Unser Appell war bescheidener. Das entsprach dem Klima der Bundesrepublik im Jahre 1960.“²⁴)

Im März 1961 kam endlich ein intensiverer persönlicher Kontakt mit den Männern zustande, von denen diese ‚neuen Impulse‘ ausgingen. Berlins Regierender Bürgermeister fuhr nach Washington, in seiner Begleitung wiederum Egon Bahr, sein Pressechef. Nun also bekamen die beiden ein etwas intimeres Verhältnis zu den Strategien des undogmatischen, modernen und um mit Willy Brandt zu reden: ‚frischen‘ Imperialismus der USA. Sie führten – so erinnert er sich später – unter anderem ein „aufschlußreiches abendliches Gespräch, an dem Charles Bohlen, der Berater des Präsidenten für Ostfragen und ehemalige Botschafter in Moskau, teilnahm... Bohlen entwickelte den Gedanken, daß sich jenseits des Eisernen Vorhangs die Tendenz zu kommunistischen ‚Nationalstaaten‘ immer stärker herausbilden werde.“²⁵)

Offenbar stark beeindruckt von der Intelligenz und Flexibilität der neuen Strategen des US-Imperialismus, faßt er nach der Rückkehr seine Eindrücke in einem Interview zusammen: „Ich war überrascht, in welchem Umfang und mit welcher Intensität die neue Regierung dabei ist, alle Fragen neu zu überlegen und nach neuen Möglichkeiten zu ihrer Lösung zu suchen. Das geschieht mit Einfallsreichtum, mit Selbstbewußtsein und im Vertrauen auf die Zuverlässigkeit der eigenen Überzeugung und der eigenen Kraft.“²⁶)

Und auf die Frage, ob das nicht auch gefährlich sei:

„Nein, im Gegenteil. Der Westen wird im Ergebnis kraftvoller werden. Es geht nicht darum, die Prinzipien zu verändern, sondern die Methoden (sic!)...“²⁷)

Und wenn Willy Brandt rückblickend als das Neue an der Politik des „jungen, wegweisenden Präsidenten“ beschreibt, „Die Tatsache allein, daß da die Jugend in die amerikanische Hauptstadt einzog und das Heft in die Hand nahm, genügte auch noch nicht, den Beginn einer neuen Ära zu markieren. Dazu gehörte die feste Entschlossenheit des Präsidenten und seiner Mitarbeiter, die Demokratie aus der Defensive herauszuführen in eine Offensive, die sich nicht im Waffengeklirr erschöpfte...“²⁸), so ist dem – sobald man ‚Demokratie‘ durch den offenbar gemeinten Begriff ‚Kapitalismus‘ ersetzt – kaum etwas hinzuzufügen.

Es ist hier (nicht zuletzt im Hinblick auf die heutige Situation) erhellend, anzumerken, daß das Interesse an Gedankenaus-



„Unserer Kinder wegen dürfen wir nicht stehenbleiben, dürfen wir den Anschluß nicht verpassen.“ (Willy Brandt, 1960)

tausch und Zusammenarbeit durchaus nicht einseitig war. Kennedy und sein braintrust empfanden Adenauer und die CDU/CSU-Politik, die sich noch in der Vorstellungswelt des in den USA längst aufgegebenen ‚roll-back‘-Konzepts bewegte, als anachronistischen Klotz am Bein und als Hindernis bei der Realisierung ihrer neuen ‚Friedens‘-Strategie. Kennedy verfocht schon 1957 (als Senator) die Meinung, man müsse der SPD mehr Aufmerksamkeit schenken:

„Obwohl ich mit der Deutschlandpolitik unserer Regierungen (sowohl der republikanischen als auch der demokratischen) weitestgehend übereinstimme, so besteht doch meiner Ansicht nach die Gefahr, daß gerade die uneingeschränkte Unterstützung, die die Deutschen erfahren haben, sie gegenüber den wechselnden Strömungen in der europäischen Politik ein wenig zu starr und unnachgiebig macht. (...)

... ich glaube, die Vereinigten Staaten haben ... in ihren öffentlichen Verlautbarungen und auch in den mehr informellen diplomatischen Bemühungen den Beitrag der demokratischen Opposition ungebührlich vernachlässigt; jener deutschen Sozialdemokraten, deren Widerstand gegen den Kommunismus zuverlässig gewesen ist, und die eines Tages Teil einer deutschen Regierung sein könnten, mit der wir verbündet sind.

Vor allem in Osteuropa war es unseren Interessen nicht förderlich, die deutschen Sozialdemokraten so zu ächten.“²⁹⁾

Interessant an diesem SPD-Lob Kennedys ist: Hier klingt nicht nur an, daß Kennedy eine Regierung unter Führung oder wenigstens Beteiligung der Sozialdemokraten gerne gesehen hätte, um von den Deutschen bei den Bemühungen um eine neue Ost-Strategie nicht laufend Knüppel zwischen die Beine geworfen zu bekommen (was Adenauer und später Erhard tatsächlich auch unermüdlich taten). Hier bezieht er

vielmehr schon ins Kalkül mit ein, daß gerade gegenüber den osteuropäischen Staaten die immer noch ein wenig (wenn auch mehr dekorativ) mit Arbeitertraditionen behaftete Partei viel besser als die anderen Parteien geeignet sein würde, seinen ‚Friedens‘-Strategien auch ein friedliches Aussehen zu verleihen – eine Funktion, die die Sozialdemokraten zum Unglück der Entspannungsstrategen erst sechs Jahre nach Kennedys Tod wirklich erfüllen konnte.

Von nun an jedenfalls – das wird aus späteren Äußerungen ersichtlich – diskutierten Brandt und Bahr die Möglichkeit einer Ausrichtung der Berlin- und Deutschlandpolitik an den Ideen der Kennedy-Berater.

Die Koexistenz wird salonfähig

Es soll hier zunächst genügen, den plötzlich einsetzenden Wandel der Position der Berliner SPD-Spitze vorab an der Frage der Stellung zur friedlichen Koexistenz zu illustrieren. Diese Betrachtung mag auch zeigen, daß die Einschätzung so falsch nicht war, die Moritz Pfeil im ‚Spiegel‘ gab, nachdem die SPD überraschend statt Carlo Schmid den (nicht nur geographischen) Außenseiter Brandt als Kanzlerkandidaten für 1961 nominierte. Er meinte, Willy Brandts Erfolg beruhe nur darauf, daß er der „Außenpolitik des Kanzlers zuneigt“ und stellte fest, daß darüberhinaus von seinen „politischen Anschauungen nur bekannt ist, daß sie rascher Anpassungen fähig sind.“³⁰⁾

In den 50er Jahren lehnte die SPD die Koexistenz grundsätzlich ab, solange die (ja vor allem von Adenauer und den West-Alliierten forcierte!) Teilung Deutschlands nicht beseitigt sei. So stimmte sie beispielsweise 1955 einer Entschliebung des Bundestages zu, in der es hieß,

„daß von einer friedlichen Koexistenz aller Völker und Staaten erst gesprochen werden kann, wenn die historisch gewachsene Einheit dieser Völker zuvor sichergestellt, also ihre Spaltung beseitigt ist.“³¹⁾

1960 hört man von Willy Brandt schon etwas andere Töne. Er ist sich aber offenbar noch nicht ganz sicher, ob da aus Washington tatsächlich eine neue Strategie sich ankündigt oder möglicherweise der alten Sache nur ein neuer Name gegeben wird:

„Neuerdings wird dieser kalte Krieg friedliche Koexistenz genannt.“³²⁾

REISEBÜRO DARMSTADT
SULZMANN + MÜLLER
Luisenplatz 1
Telefon: 7 03 21 u. 7 78 2
IN BENSHEIM: BAHNHOFSTRASSE 14 · TEL. 06251/2291

Demgegenüber sieht er nach seinem Besuch bei Kennedy 1961 die neue Linie schon um einiges klarer:

„Das Wort Koexistenz klingt für uns von vornherein verdächtig, weil die Sowjets es ständig gebrauchen. Dabei vergessen wir: Koexistenz ist weder eine Erfindung noch ein Monopol der Sowjets. In Wahrheit ist in der Grundidee der Demokratie die Idee der Koexistenz enthalten; sie folgt aus den demokratischen Grundprinzipien der Menschenwürde, des Selbstbestimmungsrechts, der nationalen Unabhängigkeit und der Toleranz.“³³⁾

Solcherart zur Ehrenrettung des Begriffs übergegangen, ist es logisch fortzufahren:

„Wir müssen Chruschtschow und seiner Propaganda den Begriff Koexistenz entreißen, den er der Demokratie geraubt hat.“³⁴⁾

II. Die Berliner Rezeption der ‚strategy of peace‘

(Vorbemerkung: Die Analyse der Rezeption der ‚Friedens-Strategie in Deutschland ist unbeabsichtigt, sozusagen unter der Hand, vorwiegend zur Analyse der Position des ‚Regierenden‘ Willy Brandt und seiner Berliner Berater geworden. Allerdings nicht deshalb, weil der Verfasser der allgemeinen Fixierung auf den inzwischen schon zum ‚Friedenskanzler‘ mystifizierten Brandt erliegt. Die Ursachen für eine streckenweise notwendige Personalisierung des Problems liegen vielmehr in den damaligen Verhältnissen selbst: Kennedy hatte einige Schwierigkeit, intensivere Kontakte mit der westdeutschen SPD zu knüpfen, ohne damit bei der Regierungspartei über das ohnehin schon vorhandene Mißtrauen hinaus auch noch Unwillen zu erregen. Der Regierende Bürgermeister der ‚bedrohten Frontstadt‘ war hingegen — jedenfalls offiziell — den Westmächten unterstellt und konnte als Grund für USA-Besuche auch immer die Aufgabe ‚für die Freiheit Berlins zu werben‘ angeben. Der Einfluß des ‚modernen‘ Imperialismus auf die sozialdemokratische Politik lief daher tatsächlich wesentlich über Brandt und Bahr.)

Schon die Äußerungen des Jahres 1960 lassen erkennen, daß Brandt die Notwendigkeit bewußt wird, beweglicher zu werden und neue Akzente zu setzen:

„Ausgehend vom Status quo sind die Voraussetzungen zu schaffen, um den Immobilismus zu überwinden, um Raum zu gewinnen für eine Auseinandersetzung mit dem Kommunismus mit allen Mitteln außer denen des Krieges.“³⁵⁾

„Der volle Beitrag der Bundesrepublik kann für den Westen erst dann fruchtbar werden, wenn wir uns nicht vor Eigeninitiativen scheuen.“ Denn: „... in dem großen Orchester des Westens wird es nur dann einen ungestörten Zusammenklang geben, wenn auch derjenige, der die zweite Violine spielt, nicht erst auf das hört, was sein Nebenmann von sich gibt.“³⁶⁾

„Der allgemeine Kurs unserer Außenpolitik liegt fest. Es geht darum, neue Schwerpunkte zu bilden und hier und da auch die Akzente anders zu setzen.“³⁷⁾

Das „große Orchester des Westens“ — um einen Moment bei dieser trefflichen Brandt-Metapher zu bleiben — konzertiert in diesen Jahren unter der Leitung von John F. Kennedy auf einschlägige Weise unter anderem im Libanon (Intervention 1958) und in der Dominikanischen Republik (Putsch gegen Juan Bosch 1961). Der vom CIA gestartete Versuch, auch im sozialistischen Cuba ein Gastkonzert zu geben (Schweinebucht 1961) scheidet kläglich — das Interesse der Cubaner an dieser Art konzertanter Musik war wohl beschränkt.

Doch zurück zu Willy Brandt: Wie die von ihm geforderten ‚neuen Akzente‘ nun aussehen sollen, ist offenbar hier noch nicht recht ausgeführt. Eine erste inhaltliche Bestimmung klingt in einem Beitrag für die Bonner Zeitschrift ‚Außenpolitik‘ an, in dem er Ende 1960 seine außenpolitischen Vorstellungen im Hinblick auf die kommende Bundestagswahl unter dem bezeichnenden Titel „Außenpolitische Kontinuität mit neuen Akzenten“ umreißt:

„Als es um die Aufnahme von Handelsbeziehungen, um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, um das Konsularabkommen und um das Kulturabkommen mit der Sowjetunion ging, hat die Bundesregierung, ohne deshalb kommunistisch anfällig zu werden, die weltanschaulich unüberbrückbaren Gegensätze beiseite gestellt. Diese Basis in aller Sachlichkeit politisch offensiv auszuweiten, ist unterlassen worden.“³⁸⁾

Dennoch hat Willy Brandt die wesentlichen Elemente der ‚strategy of peace‘ hier noch nicht vollständig aufgearbeitet. Das scheint erst mit dem USA-Besuch im März 1961 erfolgt zu sein. (Vgl. den Abschnitt ‚Begegnungen‘)

Fünf Monate später: 13. August — ‚Die Mauer‘.

Heute wird auch von bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftlern, wie etwa dem Münchner Professor Hermann Groß, zugestan-

den, daß der DDR gar nichts

„anderes übrig blieb, als den Fluchtweg zu verlegen, was am 13. August 1961 zum Bau der Berliner Mauer führte. Die Verbesserung der Erwerbsaussichten als Fluchtgrund zeigt sich auch darin, daß der Prozentsatz der Geflüchteten mit ihrer beruflichen Qualifikation ansteigt. So umfassen die zwischen 1952 und dem Mauerbau (1961) geflüchteten 2 Millionen etwa 10 Prozent der Gesamtbevölkerung, das sind aber 15 Prozent der Erwerbsbevölkerung. Teilt man die Erwerbsbevölkerung nach Qualifikation in drei Gruppen, so kann man sagen, daß mindestens ein Viertel der höchstqualifizierten Gruppen ihrem ‚Drang nach Westen‘ gefolgt sind.“ Es ist klar, daß dieses Phänomen — es verließen insgesamt ungefähr 4 Millionen Menschen die Zone in Richtung Westen — den Zonenmachthabern beim wirtschaftlichen Aufbau große Schwierigkeiten bereiten mußte, denn gerade hier fehlten die wichtigsten Arbeitskräfte. Der Mauerbau ist von seiten der SED-Führung also durchaus als Selbstschutzmäßnahme zu verstehen.“³⁹⁾

Anders damals. Diese Maßnahme der DDR wurde zum Anlaß genommen, die Ulbricht-Hetze einem neuen Höhepunkt entgegenzutreiben. Willy Brandt spricht in einer Sondersitzung des Bundestages am 18. August von

„den Menschen in der von Ulbricht geknebelten und von sowjetischen Panzern in Schach gehaltenen Zone und in dem von Ulbricht besetzten und annektierten Ostberlin“⁴⁰⁾, die man jetzt „hinter der Gefängnismauer verschwinden“⁴¹⁾ sehen müsse.

Die Hetzkampagne der Presse, vor allem der Springer-Zeitungen, geht noch weit darüber hinaus. So gerät Berlin in eine Massenpsychose. Daß Brandt in der nächsten Zeit von Entspannung und Verhandlungen nicht übermäßig viel redet, ist in Anbetracht des oben Zitierten nur konsequent. Es ist deshalb auch erklärlich, wenn er mit seiner Konzeption der ‚Strategie des Friedens‘ erst ein Jahr später und nicht in Berlin an die Öffentlichkeit tritt.

‚Koexistenz — Zwang zum Wagnis‘

Das geschieht vielmehr wiederum in den Vereinigten Staaten, die offensichtlich eine große Anziehungskraft auf ihn ausüben. In zwei Vorlesungen am 2. und 3. November 1962 über Fragen der Koexistenz an der Harvard-Universität. Einige Zitate aus diesen Vorträgen (später veröffentlicht unter dem Titel ‚Koexistenz — Zwang zum Wagnis‘) mögen deutlich machen, daß mittlerweile alle wesentlichen Elemente der Kennedy-Strategie in die Anschauungen der West-Berliner SPD-Spitze integriert sind:

„Es hat verschiedene Phasen der Auseinandersetzung gegeben, seit die Weltpolitik vom Ost-West-Konflikt dominiert wird. Theorien des Zurückrollens haben mit solchen der Eindämmung gewechselt. Die Perspektive, gerade eben das erhalten zu wollen, was man hat, reicht aber nicht aus.

Es geht um eine Politik der Transformation. Wirkliche, politische und ideologische Mauern müssen ohne Konflikt nach und nach abgetragen werden. Es geht um eine Politik der friedlichen Veränderung des Konflikts, um eine Politik der Durchdringung.“⁴²⁾ Also: ‚roll-back‘ nicht durchführbar, ‚containment‘ zu defensiv, daher Veränderung des Status quo (!) mit neuen, flexibleren Methoden. Mit dem Adjektiv ‚friedlich‘ für derart offensive Konzepte ist Brandt damals wie heute schnell bei der Hand.

„Subversive Einwirkungen von außen“ hält er dabei zur Erreichung seiner Ziele schon für „ein untaugliches Mittel“⁴³⁾. Welche Mittel bieten sich dann aber noch an?

„Indem wir die Interessen des kommunistischen Ostblocks oder einzelner seiner Länder an unsere eigenen Interessen binden, schaffen wir ein Instrument der politischen Aktion, das wirksamer ist als papierene Proteste.“⁴⁴⁾

Auch die Mittel, mit denen man solche Interessenanbindung erreichen können müßte, sind ihm klar. Für die „Tagesordnung der Politik des Westens“ schlägt er vor:

„Einen sorgfältigen Versuch, Bereiche ökonomischer Kooperation zu erproben, die über den Eisernen Vorhang hinausreichen.“⁴⁵⁾

Denn: „Der Westen verfügt mit dem Ost-West-Handel über einen Hebel, den er zu seinem Vorteil ausnutzen könnte...“⁴⁶⁾ Also: „Heute geht es vor allem um Fragen der friedlichen Weiterentwicklung durch ökonomische Kooperation. Das ist zugleich eine politische Aufgabe ersten Ranges, eine politische Chance von weitreichender Bedeutung.“⁴⁷⁾

„Im Prinzip gilt das gleiche für die Kultur.“⁴⁸⁾

Nun, der politische Kontext, in dem Brandt diese Strategien sieht, ist klar:

„Die historische Aufgabe ist es, in einer echten Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten eine Kette freier Gemeinwesen zu schmieden, die den Menschen in aller Welt ein besseres Leben sichern.“⁴⁹⁾

Das ‚Schmieden‘ solch ‚freier Gemeinwesen‘ war — um noch einmal einen Abstecher zur Praxis der Kennedyschen Friedensstrategie zu machen — war in dieser Zeit in anderen Teilen der Welt in vollem Gang. Die USA hatten etwa gerade ein Jahr zuvor wieder ein Eisen richtig ins Feuer gelegt: Indochina. David Horowitz, Professor für Soziologie in Berkeley, berichtet in seinem Buch über die amerikanische Außenpolitik:

„Auf den Rat von General Maxwell D. Taylor und W. W. Rostow verfügte Präsident Kennedy Maßnahmen, um das militärische Engagement der USA in Vietnam zu eskalieren. Die Stärke der US-Truppen wurde um das Zwölfwache erhöht, und Raketenhubschrauber sowie spezielle Methoden der Kriegführung gegen die Guerillas wurden während der Kämpfe eingesetzt.“⁵⁰⁾

Dies alles und die Tatsache, daß in dem Jahr der Harvard-Vorlesungen Brandts, „die frische Sprache, die der neue Mann in die Weltpolitik einführte“ (Brandt) was Vietnam betrifft schon mit giftigen Chemikalien durchsetzt ist, irritiert Willy Brandt offenbar nicht im geringsten. Die Deutlichkeit seiner Ausführungen läßt, was den aggressiven Expansionsdrang der sich ‚frei‘ nennenden imperialistischen Länder anbetrifft, kaum zu wünschen übrig. Sie wird nur noch von der zynischen Offenheit der ‚Männer um Kennedy‘ (Rostow, Kissinger, Brzezinsky und Kahn zum Beispiel) übertroffen.



Die in den Jahren 1960–62 vor allem von Brandt und Bahr entwickelte Neukonzeption der Ostpolitik — im wesentlichen eine Kopie der unter Kennedy entwickelten ‚strategy of peace‘ — geht aus vom Scheitern der Politik der ‚Befreiung‘ und des Zurückrollens des ‚Eisernen Vorhangs‘. Die ‚containment‘-Strategie der Eindämmung des Sozialismus, deren Hauptziel es war, mit ökonomischen, politischen und militärischen Mitteln einen weiteren Zerfall des kapitalistischen Weltsystems zu verhindern, wird hingegen von den Berliner ‚Frontstadt‘-Politikern als zu defensiv eingeschätzt und somit für unzureichend befunden.

Die neue Konzeption zeigt sich demgegenüber nicht an einer Erhaltung des Status quo, sondern an seiner Veränderung interessiert. Es handelt sich also um einen konstruktiven deutschen Beitrag zu dem Versuch, den Imperialismus „aus der Defensive herauszuführen in eine Offensive, die sich nicht im Waffengeklirr erschöpft(e)“⁵¹⁾ (Willy Brandt) Zur Durchführung dieser genuin offensiven ‚Politik der Transformation‘ scheinen in der Tat subtilere Mittel als Waffengeklirr vonnöten. Ins Auge gefaßt werden eine ‚Durchdringung‘, die vor allem durch Kooperation auf ökonomischem, aber auch auf kulturellem Gebiet gelingen soll.

Kurz: Dem Fehlschlag einer Politik der (umsturzartigen) Eroberung von außen folgt nun die Strategie der (längerfristigen) Eroberungen von innen.

Diese Strategie, bis Ende 1962 in allen wesentlichen Punkten entwickelt, oder richtiger: übernommen, muß allerdings noch eingedeutscht werden. Brandt und Bahr bemühen sich noch um eine Konkretisierung, die auch im Bereich der Berlin- und Deutschlandpolitik praktikabel ist. Das Ergebnis wird unter dem Motto ‚Wandel durch Annäherung‘ Mitte 1963 vorgelegt (vgl. die eingangs zitierten Passagen der Bahr-Rede vom Juli 1963).

Daß das Zentrum des Bahr-Vorschlags Verhandlungen, möglichst auf institutionalisierter Ebene, mit dem Ziel der Intensivierung der ökonomischen Beziehungen zum Gegenstand hat, wird nach dem bisher Dargelegten kaum noch Verwunderung hervorrufen. Der ‚Spiegel‘ kommentiert die Tutzingener Rede durchaus zutreffend:

„Unter dem Stichwort ‚Wandel durch Annäherung‘ plauderte der Brandt-Berater das Rezept aus der Schöneberger Ideenküche aus: Übertragung der Kennedy-Strategie des Friedens auf die deutsche Politik.“^{51a)}

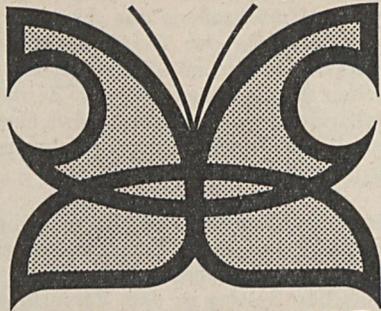
Kleine Schritte — wie groß?

Die politische Realität nun machte aus der ehrgeizigen Formel ‚Wandel durch Annäherung‘ recht bald die ‚Politik der kleinen Schritte‘. Als der stellvertretende Ministerpräsident der DDR, Alexander Abusch, dem West-Berliner Senat am 5. Dezember 1963 eine befristete Passierscheinregelung über Weihnachten und Neujahr anbietet, greift der Regierende Bürgermeister zum ersten Mal zu. (Verhandlungsvorschläge der DDR waren zuvor in der Regel nicht beantwortet, ja oft nicht einmal entgegengenommen worden.) Nach langen Beratungen des Senats mit der Bundesregierung stimmte schließlich der Bundeskanzler (Erhard: Ein „trojanisches Pferd“, mit dem die „Dreistaatentheorie zu uns hereingeschleust werden soll“⁵²⁾) unter großen Bedenken zu. Am 17. Dezember kam daraufhin das erste Passierscheinabkommen mit der DDR zustande.

Als jedoch Willy Stoph am 4. Januar 1964 wagt, eine Fortführung der Verhandlungen auf der Ebene Willy Brandt —

Kenner Kahn mit Kassenbrille

UNBESCHWERT FOTOGRAFIEREN



GOSSEN BELICHTUNGS-PRAXIS

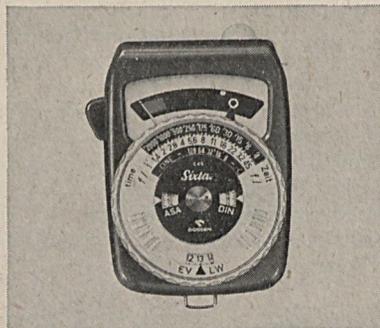
1 Objektmessung

Vom Kamerastandpunkt aus „sieht“ der Belichtungsmesser das vom Aufnahmeobjekt zurückgeworfene Licht. Seine Anzeige berücksichtigt also die Farben und Eigenhelligkeiten des Motivs bei der gerade herrschenden Beleuchtung. Angezeigt erhalten Sie einen Mittelwert aus den verschiedenen Detailhelligkeiten.

Ist Ihr Motiv sehr kontrastreich oder herrschen dunkle oder helle Flächen vor, empfehlen wir die Detailmessung*) für den bildwichtigsten Teil oder aber die Lichtmessung*).

*) Bitte beachten Sie die nächsten Anzeigen

SIXTAR



Der universelle Belichtungsmesser mit CdS-Fotowiderstand für alle Lichtverhältnisse. Genaues stufenloses Einstellen durch den Nachführzeiger. Zeiger-Arretierung. Bequemes Ablesen in zwei Meßbereichen. Für Licht- und Objektmessung. Belichtungszeiten: 1/2000 Sek. bis 2 Stunden. Blendenwerte: 1 bis 45. Filmwerte: 9 bis 42 DIN, 6 bis 12 500 ASA. Lichtwerte: -6 bis +24. Gangzahlen fürs Filmen: 8 bis 128 Bilder/Sek.

Alexander Abusch vorzuschlagen, wird das in Bonn zum Anlaß genommen, den Berliner Kooperations-Strategen einen Strich durch die Rechnung zu machen. Die Konfrontationspolitiker bekommen wieder Oberwasser — aus Bonn tönt es: „... die Machthaber der Sowjetzone versuchen, dieses Geschehen zu einer Aufwertung ihres Regimes auszunutzen... Hätte die Prüfung ergeben, daß den Abmachungen eine solche Gefahr innewohnt, so hätten Bundesregierung und Westberliner Senat nicht gezögert, auf diese Abmachungen zu verzichten...“⁵³)

Die Verhandlungen werden eingefroren. Auf das Angebot der DDR, für Ostern und Pfingsten eine dem ersten Abkommen analoge Regelung zu vereinbaren, antwortet Bonn mit dem Hinweis auf einen eigenen Vorschlag, der Dauerpässierscheine mit der Gültigkeit von zwölf (!) Monaten vorsah — ein Vorschlag, dessen Ablehnung die Bundesregierung wohl von vornherein einkalkuliert hatte. Willy Brandt mußte zusehen, wie schon seine ersten Ansätze durch die Bundesregierung vereitelt werden. In einer Ansprache im Hessischen Rundfunk am 28. Februar startet er einen letzten Rettungsversuch:

„Nach der Unterbrechung der Gespräche über eine Pässierscheinregelung scheint es mir an der Zeit, daß die verantwortlichen Kräfte der deutschen Politik den Versuch machen, sich auf eine Konzeption zu verständigen... Jede mögliche Anstrengung muß unternommen werden, um im Kleinen aufzulockern und voranzukommen, solange größere Lösungen uns vorenthalten werden...“⁵⁴) Er beißt jedoch auf Granit. Die Bundesregierung — gerade in der Deutschlandfrage in vollem Umfang Treuhänder der Adenauer-Politik — bringt seiner Auflockerungs-Strategie wenig Gegenliebe entgegen; sie reagiert vielmehr verärgert: „Die Erklärung des Regierenden Bürgermeisters und Vorsitzenden der SPD, Brandt, ist widerspruchsvoll und gefährlich. Sie scheint die Grundsätze der bisherigen gemeinsamen Berlin- und Deutschlandpolitik aller im Bundestag vertretenen Parteien in Frage stellen zu wollen...“⁵⁵)

Eine weitere Pässierschein-Regelung kommt erst 1965 zustande...

Daß die kleinen Schritte auf diese Weise sehr viel kleiner wurden, als Brandt/Bahr (und auch das US State-Department, das diese Politik vorsichtig unterstützte) sich das vorgestellt hatten, lag natürlich zum einen an dem 1959/60 gestarteten Vorhaben der SPD, die beste CDU zu werden die es je gab. Zum anderen lagen die Schwierigkeiten der Praktizierung der ‚Auflockerungs‘- und ‚Erosions‘-Strategie auch in dieser Strategie selbst: Der außenpolitische Gegenüber der West-Berliner Politik war vor allem die DDR — die amerikanische ‚Strategie des Friedens‘ beinhaltete jedoch eine Politik der ‚selektiven‘ Koexistenz, die Kooperation vor allem mit den osteuropäischen Staaten vorsah, verbunden mit dem Versuch der gleichzeitigen Isolierung der DDR.

Auf diesem Hintergrund wird dann auch die große Hartnäckigkeit der Berliner SPD-Spitze (beispielsweise was jede mögliche ‚Aufwertung‘ der DDR-Regierung angeht) erklärbar. Auch Ausfälle gegen die ‚Zonenmachthaber‘ sind daher nicht ohne weiteres als Rückfall in Kalte-Kriegs-Konzeptionen zu verstehen, wenn man diesen widersprüchlichen Kern der Übertragung der Kennedyschen Strategie auf die West-Berliner Politik im Auge behält. Von diesen Ausfällen sei hier nur einer angeführt, der allerdings durch den Gebrauch klinischer Begriffe in der politischen Auseinandersetzung in makabrer Weise an eine Zeit erinnert, in der Willy Brandt aus guten Gründen aus Deutschland emigriert war:

„Das Ulbricht-System ist ein Krebschaden am deutschen Volk. Es muß weg. Aber wenn ich im Bild bleiben darf: Falls mir morgen jemand sagt — hoffentlich nicht sagen muß —, ich hätte Krebs, dann wäre es verständlich, ich würde diese Tatsache nicht wahrhaben wollen. Aber es wäre gleichwohl eine bittere Tatsache. Es wäre dann nur die Frage, ob es zu spät wäre — was mich übrigens nur veranlassen kann, für die Gemeinschaftsaufgabe Volksgesundheit zu werben: Krebs ist besieghar.“⁵⁶)

„... die Jugend der Zone ...“

Die Berliner Rezeption der US-amerikanischen ‚Friedens‘-Strategie kann – das wurde schon gesagt – mit den Jahren 1962/63 als wesentlich abgeschlossen angesehen werden. Was dann folgt sind Präzisierungen und leichte Akzentverschiebungen auf beiden Seiten des Atlantik. Einige Formulierungen sollen jedoch ihrer Deutlichkeit wegen hier nicht vorenthalten werden. Auch deshalb nicht, weil in ihnen Vorschläge zum Ausdruck gebracht werden, die demnächst unter dem Motto: ‚Die Verträge mit Leben erfüllen‘ praktische Realität gewinnen können; Vorschläge – das muß man sich immer wieder vor Augen führen –, die entworfen sind im Rahmen einer auf offensive Veränderung des Status quo abzielenden Strategie.

In einem Memorandum vom August 1964, in dem Willy Brandt dem damaligen US-Außenminister Dean Rusk seine Vorstellungen über die Politik gegenüber den osteuropäischen Staaten darlegt, führt er unter anderem aus:

„Das westliche politische Denken geht in zunehmendem Maße davon aus, die osteuropäischen kommunistischen Staaten nicht mehr als bloße Satelliten der Sowjetunion zu betrachten (...). Dies ist also das Thema: für die nächste Periode erscheint es wünschenswert und nicht aussichtslos, die osteuropäischen Staaten in möglichst zahlreiche Kommunikationen zu verweben.“⁵⁷⁾

„Über konkrete, bis auf weiteres zwangsläufig begrenzt bleibende Formen der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit hinaus kommt es entscheidend darauf an, eine Perspektive gutnachbarlicher Beziehungen deutlich werden zu lassen. Gerade auf diese Weise können Kräfte der Evolution ermutigt und gefördert werden.“⁵⁸⁾

„Handel mit den osteuropäischen Staaten ist kein Selbstzweck. Er muß im Gesamtrahmen der westlichen Politik gewertet und fortlaufend überprüft werden. Wo immer möglich, sollten ökonomische mit kulturellen Vereinbarungen ... und – wo dies sachlich geboten ist – mit humanitären Regelungen verknüpft werden.“⁵⁹⁾

Nun, daß die ‚humanitären Regelungen‘ an letzter Stelle und mit Einschränkungen genannt werden, ist nicht aufregend. Es entspricht der Strategie, steht allerdings im Widerspruch zu den öffentlichen Bekundungen Brandts, in denen die offensive Absicht dieser Strategie mit der griffigen (und wahrlich oft genug gegriffenen) Formel ‚Menschliche Erleichterungen‘ verdeckt werden soll.

Aber weiter in Brandts Memorandum. Er hat inzwischen (– für 1965 wieder Kanzlerkandidat der SPD –) zu seiner Politik der ‚Durchdringung‘ schon recht konkrete Vorstellungen, die er Rusk auf mehreren Seiten entwickelt. Da ist die Rede von einer anzustrebenden handelspolitischen Ordnung, „in der auch nationale Wirtschaften der osteuropäischen Völker ihren Platz finden können“; auch von der großen psychologischen Bedeutung gemeinsamer technischer Großprojekte, wofür er vor allem auf den Gebieten Energiewirtschaft und Verkehrswesen Vorschläge unterbreitet. Und auch für das Gebiet der kulturellen Vereinbarungen hat sich Brandt einiges ausgedacht. Das reicht vom Austausch von Filmen bis zu dem Vorschlag, „die Träger der Heilfürsorge könnten außerdem in Aussicht nehmen, die gegenseitige Benutzung ihrer Einrichtungen in Kur- und Erholungsorten zu vereinbaren“⁶⁰⁾. Mehr jedoch als an kurenden Rentnern scheint Brandt an der Jugend der sozialistischen Länder interessiert. Ein „Jugendaustausch mit osteuropäischen Staaten“, möglicherweise „ein allgemeines Jugend-Festival“ schwebt ihm vor und außerdem

„sollte überlegt werden, wie man zum Beispiel die Jugend der Zone in allgemeine Jugendveranstaltungen hineinziehen kann“⁶¹⁾.

Eben solche Überlegungen bestimmen seit der Regierungsübernahme durch die Sozialdemokraten die bundesdeutsche Außen- und Deutschlandpolitik. Es ist geradezu frappierend, wie ähnlich Regierungsvorschläge und die (angestrebte) poli-

tische Praxis solchen vor fast einem Jahrzehnt entwickelten Konzeptionen sehen. Um bei dem Beispiel ‚Die Jugend der Zone‘ zu bleiben – im ersten Bericht zur Lage der Nation der Brandt/Scheel-Regierung kann man nachlesen:

„Wir sind dabei, ein europäisches Jugendwerk zu schaffen, und wir wollen, daß auch die osteuropäische Jugend sich an diesem Jugendwerk beteiligt. Die Bundesregierung möchte aber, daß dieses europäische Jugendwerk es den jungen Menschen von drüben ermöglicht, einmal in die Bundesrepublik oder in das westliche Ausland zu reisen – alles Möglichkeiten, die jetzt noch nicht gegeben sind. Wie wäre es eigentlich – um ein weiteres Beispiel der möglichen Lösungen aufzuzeigen – mit großen Jugendlagern, vielleicht in den bayerischen Alpen oder auf der Insel Rügen, um über dessen Weg, über die jungen Menschen das an Verbindungen zu schaffen, was möglich ist?“^{61a)}

Warten auf Bonn

All diese Pläne konnten nun vorerst nicht in die Praxis umgesetzt werden; auch die Bundestagswahlen 1965 hatten hierzu nicht den gewünschten Erfolg. Die Sozialdemokraten saßen mit ihren Konzepten noch immer auf der Wartebank. Als schließlich im Herbst 1966 die Regierung Erhard den Bankrott erklären mußte, sahen sie ihre Stunde gekommen: Die Große Koalition. Bedenken, mit diesem Verfahren der Öffentlichkeit die Fragwürdigkeit des bürgerlich-parlamentarischen Systems noch einmal mehr und zugleich in seltener Deutlichkeit zu demonstrieren, wurden zurückgestellt. Das Ziel ‚Regierungsbeteiligung um jeden Preis‘ gab den Ausschlag und die CDU dachte nicht daran, die hilfreiche Hand auszuschlagen – hatte sich doch ein tüchtiger Partner dafür gefunden, das Versagen der CDU nicht zu offensichtlich werden zu lassen und die Erhardsche Konkursmasse zu übernehmen.

Die Ressorts, die nun von SPD-Ministern übernommen werden, korrespondieren genau mit den Bereichen, in denen die ‚Unions-Parteien‘ mit ihrer Politik am Ende sind. Allen voran das Wirtschaftsministerium mit Karl Schiller, der die überholten Mittel des Erhardschen Neoliberalismus durch ein in Anlehnung an Keynes entwickeltes modernes Instrumentarium ersetzt und im Sinne des Kapitals anzuwenden weiß. Aber auch in den Außenressorts sitzen nicht zufällig sozialdemokratische Politiker: Willy Brandt (Außenminister), Jürgen Wischniewski (Minister für wirtsch. Zusammenarbeit) und Herbert Wehner (Minister für ‚gesamtdeutsche Fragen‘). Das bestätigt Willy Brandt in einem ‚Spiegel‘-Interview kurz nach Zustandekommen dieser Mammut-Koalition. Er erklärte, daß sich die Sozialdemokraten für die „besonders schwierig gewordenen Ressorts des Auswärtigen und der ‚gesamtdeutschen Fragen‘“ zur Verfügung gestellt hätten, um „gern den Versuch zu machen, hier wieder Boden unter die Füße zu bekommen“⁶²⁾.

Es dürfte an dieser Stelle interessant sein anzumerken, daß zu den Befürwortern einer Großen Koalition auch der damalige Präsident des ‚Bundes der Vertriebenen‘, Wenzel Jaksch, gehörte. Er begründete das schon ein Jahr zuvor – mit der Stagnation der Bonner Ostpolitik!

Die ‚Welt‘ berichtet am 16. November 1965:

„Von der Regierungsmehrheit in Bonn ist nach Ansicht des Präsidenten des Bundes der Vertriebenen und SPD-Bundestagsabgeordneten Wenzel Jaksch keine konstruktive Ostpolitik zu erwarten (...). Einzige tragfähige Grundlage, um die außenpolitische Isolierung zu durchbrechen wäre eine Regierung der Großen Koalition in Bonn mit dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt als Außenminister.“⁶³⁾

Der gleiche „kämpferprobte Sozialdemokrat aus dem Böhmerwald“ (Willy Brandt) hatte noch wenige Monate zuvor seine recht eindeutigen Auffassungen von einer Ver-

handlungsstrategie im Fernsehen so erläutert:

„Gelingt es, durch irgendeine Entwicklung in der Weltpolitik eine neue Situation eine Verhandlungssituation gegenüber dem Ostblock zu schaffen, dann muß man natürlich nach dem ABC vorgehen, und wir werden nicht sagen, es muß zuerst Danzig vor. Ich will nichts gegen Danzig gesagt haben. Aber wir werden natürlich sagen, Berlinfrage zuerst, Mitteldeutschland, das Dringlichste...“⁶⁴⁾

Und in dem im gleichen Jahr erschienenen Opus ‚Westeuropa-Osteuropa-Sowjetunion‘ führt dieser ostpolitische Vorwärtsstrategie der SPD aus, wie er sich die von ihm geforderte

‚konstruktive Ostpolitik‘ vorstellt:

„Erst wenn der ganze europäische Westen seine Bereitschaft kundtut, evolutionäre Entwicklungen im Ostblock Zug um Zug mit einer Politik der wirtschaftlichen Partnerschaft zu erwidern, werden östlich des Eisernen Vorhangs die Kräfte der Bewegung mit klaren Zielsetzungen gegen die Kräfte der Beharrung antreten können...“⁶⁵⁾

Wenzel Jaksch baut auf Brandts Strategie; ihm war die Möglichkeit, auch noch ‚Friedenspolitiker‘ zu werden, leider nicht mehr vergönnt ...

III. Zur Praxis sozialdemokratischer Ostpolitik

„Der neue Schwung in der Außenpolitik der Koalitionsregierung wird leicht überschätzt, weil es in der Bundesregierung ein Novum ist, daß in der Außenpolitik überhaupt etwas geschieht. (...) Das erfrischende Tempo der ersten Aktivitäten des neuen Außenministers macht den Eindruck, als habe man das Steuer gedreht. Der Eindruck ist falsch. Das Neue der Koalitionspolitik bleibt partiell. Der Stil ist neu, Mittel und Methoden werden flexibel. Die größten Fehler werden ausgebügelt, die BRD entgeht doch noch der Isolierung und wird nicht endgültig zum Störenfried der europäischen Szene. Vorweg handelt es sich um eine längst fällige und notwendige Anpassung an die europäische Situation.“⁶⁶⁾

Diese aus dem Jahre 1967 stammende Einschätzung Ursula Schmiederers läßt sich im Grunde auch auf die Politik der SPD/FDP-Koalition übertragen.

Gerhard Schröder hatte als Außenminister schon unter Erhard versucht, eine realistischere Außenpolitik zu praktizieren – gegen erheblichen Widerstand in der Parteiführung und Fraktion der CDU. Erste, wenngleich bescheidene Ergebnisse dieser vorsichtigen Neuorientierung (an der Entspannungsstrategie der USA) waren die Errichtung von Handelsmissionen in Polen (1963) und Rumänien, Ungarn und Bulgarien (1964). Am Beispiel Schröders läßt sich zeigen, daß jeder bürgerliche Politiker, auch einer von der CDU, als Außenminister eine Politik in dieser Richtung betreiben muß(te). In der Substanz stimmt Schröders Ostpolitik mit der von Brandt und Scheel betriebenen bereits überein. Daß die Differenzen zwischen CDU/CSU und SPD in dieser Frage auch heute nicht wesentlicher Natur sind, haben die Debatten um die Ratifizierung der Ostverträge gezeigt, die inhaltlich weitgehend Schattengefecht waren. Es ging nicht um das ‚ob‘ sondern das ‚wie‘, Barzel sprach von ‚So nicht‘ und ‚Verbesserungen‘. Um es mit der fast schon klassisch gewordenen Formulierung des FDP-Abgeordneten Gallus auszudrücken:

„Die CDU/CSU kämpft am Tage gegen die Verträge, bei Nacht beten sie darum, daß sie angenommen werden.“

Trotz der Übereinstimmung in der Substanz gibt es im Verhältnis zur Ostpolitik jedoch auch eine spezifische Differenz zwischen den beiden großen bürgerlichen Parteien. Lassen wir hierzu am besten die Regierung Brandt selbst zu Wort kommen:

„Nach Osten hin haben schon frühere Bundesregierungen die Hand zu einer Politik der Versöhnung ausgestreckt. (...) Wenn sich die gegenwärtige Bundesregierung durch ihre Initiativen weitere Möglichkeiten eröffnet hat als ihre Vorgängerinnen, dann steht dahinter nicht eine Veränderung der Ziele deutscher Politik. Verändert hat sich aber die Intensität der Bemühungen um einen Ausgleich in Europa.“⁶⁷⁾

Hier ist der Nagel auf den Kopf getroffen. In der Tat, die Intensität mit der die ‚Friedens‘-Strategie in Praxis umgesetzt wird hat sich geändert; sogar sehr deutlich und sichtbar. Die SPD-Führung hat sich – das wurde im Vorhergehenden ausführlich dargelegt – sehr viel früher intensiv mit solchen Konzepten beschäftigt und angefreundet, als das in

der CDU/CSU der Fall war. Sie hat darüberhinaus (aus verschiedenen Gründen) nicht soviel Schwierigkeiten, die erstarrten Revanche-Pläne abzustreifen. Die größere Flexibilität bedeutet jedoch keineswegs eine geringere Aggressivität ihrer Politik. Diese ist lediglich in subtilere, wenn man so will: zeitgemäßere Formen geschlüpft; sie erschöpft sich eben nicht – was Willy Brandt schon an Kennedy begrüßte – im ‚Waffengeklirr‘ und ebensowenig in einer plumpen Politik der Stärke.

Es ist an dieser Stelle nicht uninteressant, einmal einen Exkurs zu der Frage zu machen, wie diese sozialdemokratische Ostpolitik in der DDR eingeschätzt wird. Auf dem VII. Parteitag der SED (1967) führte dazu Walter Ulbricht u.a. aus:

„... Das Wesen dieser Politik ist also völlig klar. Mit Hilfe taktischer Beweglichkeit, die besonders die sozialdemokratischen Minister glaubhaft machen sollen, da man sie Herrn Strauß oder Herrn Seeborn oder auch Herrn Kiesinger allein nicht glauben würde, soll die Gefahr der Isolierung der westdeutschen Imperialisten gebannt und zugleich der Weg für ein Eindringen in die sozialistischen Länder geöffnet werden...“⁶⁸⁾

Noch 1970 äußerte sich Ulbricht in ganz ähnlichem Sinne:

„Die Bildung der Regierung unter Führung des Sozialdemokraten Brandt ist mit der gegenwärtigen Phase der Globalstrategie der USA nicht nur vereinbar, sondern auch abgestimmt. Nach dem Scheitern der bisherigen Taktik der Ostpolitik halten es große Teile der herrschenden Klasse der USA für erfolgreicher, nicht nur mit dem Konservatismus der CDU/CSU, sondern vorrangig mit den Sozialdemokraten gegen die sozialistischen Staaten zu kämpfen.“⁶⁹⁾

Diese im Großen und Ganzen recht realistischen Beurteilungen sind vor allem deshalb zitiert, weil in letzter Zeit so etwas aus der DDR nicht mehr zu hören ist. Honnecker vielmehr hat (wohl unter Druck aus Moskau)⁷⁰⁾ sich veranlaßt gesehen, trotz der im Übrigen beibehaltenen scharfen Kritik des ‚Sozialdemokratismus‘ zu äußern:

„... Wir berücksichtigen aber auch besonders vom Standpunkt der Außenpolitik die positive Seite der Regierung Brandt.“⁷¹⁾

Die DKP schließlich stimmt vollends in den Friedenschor mit ein – und unterstützt damit fatal die Bemühungen der SPD, die längst überfälligen Bindungen der Arbeiterklasse an die Sozialdemokratie zu konservieren bzw. noch zu verstärken.

Im Urteil Ulbrichts hingegen kommt noch zum Ausdruck, welche wichtige, ja unentbehrliche Funktion eine sozialdemokratische Regierung (sbeteiligung) für die Praktizierung flexibler Strategien des Imperialismus hat. Seine Analyse befindet sich in diesem Punkt in voller Übereinstimmung mit dem, was John F. Kennedy zehn Jahre zuvor schon über die Bedeutung der Sozialdemokraten sagte (s. o.!) und dem was Willy Brandt im Jahre 1967 in einem Vortrag vor der ‚Sozialistischen Internationale‘ unterstrich:

„... wenn ich bei früheren Gelegenheiten von Möglichkeiten der Transformation des Konfliktes gesprochen habe in einem Wettstreit mit friedlichen Mitteln, so ist für mich offensichtlich, daß den sozialdemokratischen Parteien eine besonders wichtige, ja unentbehrliche Rolle dabei zufällt.“⁷²⁾

Diese ‚historische Mission‘ schicken sich die Sozialdemokraten eben an zu erfüllen. Die Ostverträge waren weniger Bestandteil der von Brandt und Bahr entworfenen Politik der ‚Durchdringung‘ als vielmehr Voraussetzung für ihre Praktizierung. Nun werden die Verträge von Moskau und Warschau mit Leben erfüllt. Das ‚Handelsblatt‘ berichtet – um nur ein Beispiel herauszugreifen – am 12. Juni 1972 unter der Schlagzeile „Die Ära der UdSSR-Kooperation beginnt“: „Die neue Situation schlägt sich in intensiven Kontakten hochrangiger Vertreter der westdeutschen Industrie mit den maßgeblichen sowjetischen Stellen nieder. Auf der Besucherliste stehen die Firmen Hoechst, Daimler-Benz, BASF, Mannesmann, AEG-Telefunken, Otto Wolf und Krupp...“⁷³⁾

Der ‚Spiegel‘ berichtet eine Woche später unter der Überschrift „Wahrhafter Boom“ ähnliches von der Posener Messe und Berthold Beitz äußerte nach seinem Polen-Besuch die Vermutung, daß deutsche Unternehmen „sehr schnell“ auch in Polen Kapitalbeteiligungen erwerben dürften... In ähnlicher Richtung äußerte sich schon im April Wirtschaftsminister Karl Schiller. In einem für das ‚Handelsblatt‘ geschriebenen Artikel gibt er zu den Motiven der Entspannungspolitik – etwas weniger verklausuliert als sein Regierungschef – an: Es müßten

„Verständigung und Entspannung den wirtschaftlichen Beziehungen das Terrain ebnen“ mit dem Ziel, „zwischen dem System einer zentralen Planung... und unserem marktwirtschaftlichen System mit einer Vielzahl privater Unternehmer Brücken zu schlagen.“⁷⁴⁾

Daß all diese Bestrebungen darauf abzielen, durch Kapitalbeteiligungen und sonstige ‚Verwebungen‘ eine schleichende Restauration des Kapitalismus in den Ländern des Warschauer Pakts voranzutreiben, läßt sich erkennen. Ob dieser Versuch gelingen wird, darüber kann man vorerst nur orakeln, genauso wie über die damit zusammenhängende Hoffnung, die Willy Brandt schon 1963 zum Ausdruck brachte, als er sagte:

„Es spricht heute viel dafür, daß die Enkel Chruschtschows sich möglicherweise noch Kommunisten nennen, aber in Wirklichkeit keine mehr sein werden.“⁷⁵⁾

Besser als dieses Orakeln wäre indes, zu erreichen, daß seine eigenen Enkel keine Sozialdemokraten mehr sind – sondern revolutionäre Sozialisten!

Nachtrag: Eine Friedenskariere

Die Penetranz des Friedensgeredes hat nun auch nach der Ratifizierung nicht abgenommen. Willy Brandt – einmal richtig ‚drin‘ – tun sich (nachdem inzwischen die Ostpolitik etwas von ihrer Attraktivität eingebüßt hat) in vielen Bereichen Friedensperspektiven auf; das Betätigungsfeld eines Friedens-Nobel-Preis-tragenden Kanzlers scheint in dieser Hinsicht schier unbegrenzt zu sein. Auch Umweltpolitik sei ‚Friedenspolitik‘, meint er kürzlich. Aber damit nicht genug. In der Sonderausgabe des Bulletin der Bundesregierung vom 30. Juni 1972 kann man gar nachlesen:

„Friede und Sicherheit in Europa, verflochten in das Kraft- und Spannungsfeld der Weltmächte, hängen von dreierlei Faktoren ab – von der weltweiten Balance, dem Kräfteverhältnis auf unserem Kontinent und dem verlässlichen Zusammenspiel von regionaler und globaler Abschreckung des Atlantischen Bündnisses...“⁷⁶⁾

Dieter Senghaas hat zum Wahnsinn der Droh- und Abschreckungspolitik eine ausgezeichnete Arbeit erstellt. Der Titel: ‚Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit‘...⁷⁷⁾ Nun denn – auch die Abschreckung läuft inzwischen unter ‚Friedenspolitik‘.

Aber weiter im Text:

„Nur die Solidarität des westlichen Bündnisses wir die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften, den politischen Einigungsprozeß Europas abschirmen und einer Politik der Entspannung militärischen Rückhalt geben können.“⁷⁸⁾

Es soll hier auf die Funktion der NATO, die Einheit des Kapi-



Protokoll in Plüsch

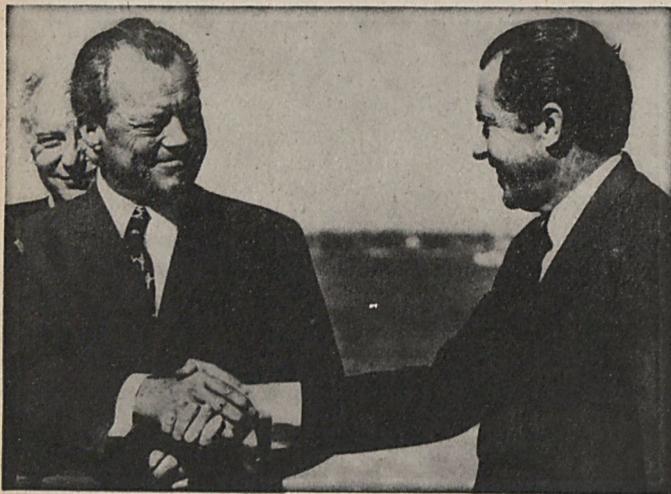
talismus in Westeuropa mit allen Mitteln ‚abzuschirmen‘ nicht im Einzelnen eingegangen werden – Griechenland und die Türkei bieten anschauliche Beispiele hierfür. In unserem Zusammenhang ist interessant, daß nunmehr auch die NATO als friedenswichtiger ‚Rückhalt‘ der Entspannung eingestuft wird.

Die Anstrengungen auf dem Gebiet der ‚Friedens‘-Rüstungspolitik lassen sich nun in der Tat auch durchaus sehen. Die Bundesrepublik versteht sich eben „mit allen ihren Kräften als ‚eine Friedensmacht‘“ (Willy Brandt⁷⁹). Ein vergleichender Blick auf den prozentuellen Anteil der Militärausgaben an den Staatsaufgaben ergibt: Während von 1968–1971 dieser Anteil in allen (!) anderen 13 NATO-Staaten kontinuierlich und zum Teil sogar um fast ein Drittel zurückging, nahm in der Bundesrepublik dieser Anteil mit derselben Kontinuität zu!⁸⁰) Sogar das Kapital-Sprachrohr ‚Handelsblatt‘ ist baff — die Industrie mag sich von dieser Bundesregierung wohl kaum trennen:

„Auch die Opposition wird, wenn sie die Regierungsverantwortung über nehmen sollte, keinen größeren Kuchen vom Gesamthaushalt für die Verteidigung herausbrechen können.“⁸¹)

Bei den jüngsten Haushaltskürzungen wurde folgerichtig der Militärhaushalt um 0,4% gekürzt, der Bildungshaushalt wurde — zum Vergleich — zehnfach so stark zusammengestrichen. Das Motiv für diese ‚Verteidigungs‘-Politik? Sicherlich nicht die Interessen der Rüstungskonzerne und die Bedeutung der Rüstungsproduktion bei der Behebung der strukturellen Verwertungsschwierigkeiten des Kapitalismus. Nein — der Bundeskanzler trägt auch in seiner NATO-Politik Rechnung nicht den Interessen einiger weniger, sondern den Bedürfnissen der ganzen Menschheit; genauer — wie könnte es anders sein — ihren Friedensbedürfnissen:

„Dieses Verteidigungsbündnis entspricht der Friedenssehnsucht unserer Völker.“⁸²)



Friedenspolitik harte Arbeit

Es ist nun alles andere als einfach, Friedenspolitik zu betreiben, zumal auf so vielen Gebieten gleichzeitig. Ächzend unter dieser Last, aber mit ungebrochener Standhaftigkeit bekannte Willy Brandt zwei Tage nach Empfang des Friedensnobelpreises in der Hauptkirche von Stockholm:

„Jeder muß wissen, daß dies harte Arbeit auf steinigem Boden ist, und daß man dafür nicht nur Lob erntet, und nicht einmal nur Zustimmung. Aber es kommt weniger auf das Lob und die Zustimmung an, als auf das zähe Weiterverfolgen dessen, was man als richtig erkannt hat.“⁸³)

„Friedenspolitik harte Arbeit“ vermerkt lakonisch der Herausgeber der Brandt-Rede neben diesem Passus. **Seien wir dem Bundeskanzler doch behilflich, diese schwere Bürde, seinen Friedensmantel, abzulegen:**

Daß die Politik Willy Brandts mit Frieden wenig gemein hat, dürfte die Analyse ihrer Entstehungsgeschichte in hinreichender Ausführlichkeit dargelegt haben. Es wurde extra darauf geachtet, ihn selbst dabei genügend oft zu Wort kommen zu lassen. Daß die Motive dieser Politik heute die gleichen sind wie damals, läßt sich aus jüngsten Äußerungen, mehr aber noch aus der tatsächlich praktizierten Politik herauslesen. Auch die Ausrichtung an der US-Strategie besteht 1972 genauso wie zehn Jahre zuvor — nämlich in vollem Umfang. Für das „brennende Interesse unserer westlichen Verbündeten an der Ratifizierung der Verträge“ (Die Zeit) soll hier stellvertretend eine von vielen Äußerungen herangezogen werden. Der deutsche Botschafter in Washington, Pauls, im ‚Spiegel‘ zu den Folgen einer Nicht-Ratifizierung der Ostverträge:

„Die Parallelität der deutschen und der amerikanischen Außenpolitik würde empfindlich gestört.“⁸⁴)

Wenn sich die regierenden Sozialdemokraten heute dennoch als ‚Friedensbringer‘ darzustellen versuchen, so ist das nur möglich auf dem historischen Hintergrund einer revanchistischen ‚Politik der Stärke‘, die die SPD (seit 1960 sogar uneingeschränkt) mitgemacht und unterstützt hat. Gerade sie hat enorme Kräfte darauf verwandt, die Kalte-Kriegs-Psychose in die Bevölkerung hineinzutragen. Und versuchte dabei sogar zeitweise die CDU auszustechen. Der ‚Stern‘ berichtet über die Phase nach 1960:

„Fortan war die CDU vor keinen Überraschungen mehr sicher. Als CDU-Kanzler Konrad Adenauer Zeichen außenpolitischer Vernunft zeigte und behauptete, er habe nie die Anerkennung der Grenzen von 1937 gefordert — ‚Ich bin doch nicht verrückt‘ — erregte sich die SPD: ‚Preisgabe deutscher Rechtspositionen.‘ Als Adenauers Nachfolger Ludwig Erhard eine Rede des damaligen polnischen Ministerpräsidenten Cyrankiewicz über die Endgültigkeit der Oder-Deiße-Grenze gelassen hinnahm, jammerte Wehner, daß es ihm ‚kalt ans Herz greift.‘“⁸⁵)

Nachdem sie derart zur Verbreitung der Kalten-Kriegs-Psychose, vor allem auch des militanten Antikommunismus, beigetragen hat, versucht die SPD-Führung heute als ‚Weißer Riese‘ sich aufzuspielen, der eben diesen ‚Gilb‘ restlos, auch gegen den Widerstand der CDU/CSU, auszutreiben bereit ist.

Dies zeigt gleichzeitig, wie wenig die ‚neue‘ Ostpolitik als ‚Vorpreschen‘ zu verstehen ist: Sie ist das Nachholen jahrzehntelanger Versäumnisse. Wie sehr die Bundesrepublik gerade auch in Bezug auf die amerikanischen ‚Friedens‘-Strategien ins Hintertreffen geraten ist, macht ein Vergleich der immer noch aufrechterhaltenen Weigerung, die DDR völkerrechtlich anzuerkennen, mit einer Äußerung Walter Lippmanns aus dem Jahre 1959 (!) deutlich. Er wandte sich schon damals am 9. April in der New York Herald Tribune gegen die Adenauer-Doktrin der Nicht-Anerkennung — mit folgendem Argument:

„Für eine Anerkennung der Tatsache, daß es zwei Deutschland und deshalb eine spezielle Situation in Berlin gibt, spricht folgendes: Eine solche Anerkennung ist unsere beste Chance, für eine ordnungsgemäße Evolution in Deutschland zu sorgen.“⁸⁶)

Zusammenfassend läßt sich — um wieder auf Willy Brandt zurückzukommen — festhalten: Was Moritz Pfeil 1960 in seiner schon einmal herangezogenen ‚Spiegel‘-Kolumne anläßlich der Nominierung Brandts über dessen Karriere sagt, trifft mehr noch auf seine ‚Friedens‘-Karriere zu:

„... Sie (die Nominierung Willy Brandts, der Verf.) bedeutet im Kern, die CDU mit den Waffen der CDU schlagen zu wollen: ... mit einem Politiker, dessen Karriere vom Kalten Krieg befeuert wurde...“⁸⁷)

Zitarnachweise:

- 1) Zitiert nach: Dokumentation zur Deutschlandfrage, hrsg. v. Heinrich von Siegler, Hauptband III, Bonn-Wien-Zürich, S. 256
- 2) ebd.
- 3) ebd., S. 257
- 4) ebd., S. 258
- 5) ebd., S. 257
- 6) ebd., S. 258
- 7) ebd.
- 8) ebd., S. 200
- 9) ebd., S. 259
- 10) ebd.
- 11) ebd.
- 12) vgl. die Stellungnahme der TASS vom 4. April 1959, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, Frankfurt-Berlin 1971, IV. Reihe, Bd. 1, S. 1316f; auch die dort zitierte Stellungnahme der SED, S. 1299f
- 13) Wehner-Interview, in „Der Spiegel“, 13. Jahrg. (1959), Nr. 16
- 14) So die treffende Darstellung des Ersten Sekretärs der damals schon fünf Jahre verbotenen KPD, Max Reimann, am 2. 5. 1959, abgedruckt in: Dokumente, a.a.O., S. 1503f
- 15) Diese Zusammenfassung der Äußerungen Wehners gibt H. von Siegler in seiner Dokumentation: Wiedervereinigung und Sicherheit Deutschlands, Bonn-Wien-Zürich, 5. erw. Aufl. 1963, S. 308
- 16) zit. nach Klaus-Peter Schulz: ich warne, Stuttgart 1972, S. 106
- 17) ebd., S. 107
- 18) Günter Gaus: Staatserhaltende Opposition oder Hat die SPD kapituliert? Reinbek bei Hamburg 1966, S. 71
- 19) ebd., S. 68
- 20) zit. nach: „Der Spiegel“, 14. Jahrg. (1960, Nr. 23, S. 16
- 21) zu Guttenberg: Wenn der Westen will. Plädoyer für eine mutige Politik, Stuttgart-Degerloch 1964, S. 175
- 22) Willy Brandt: Begegnungen mit Kennedy, München 1964, S. 29
- 23) ebd., S. 24
- 24) ebd., S. 31
- 25) ebd., S. 46
- 26) ebd., S. 51
- 27) ebd.
- 28) ebd., S. 17f
- 29) John F. Kennedy, Strategy of peace, Popular library ed., New York 1961, S. 128f
- 30) „Der Spiegel“, 14. Jahrg. (1960), Nr. 15, S. 16
- 31) zit. nach: Dokumentation . . . , a.a.O., Hauptband I, S. 287
- 32) Willy Brandt: Plädoyer für die Zukunft, Frankfurt/Main 1961, S. 36
- 33) ders.: Koexistenz — Zwang zum Wagnis, Stuttgart 1963, S. 7f
- 34) ebd., S. 39
- 35) Willy Brandt: Plädoyer, a.a.O., S. 53
- 36) ebd., S. 42f
- 37) ebd., S. 43
- 38) „Außenpolitik“, Nr. 11/1960, S. 721 (Hervorhebung vom Verf.)
- 39) Alfred Domes (Hrsg.): Entspannung Sicherheit Frieden, Köln 1968, S. 146. Groß zitiert hier: H. Apel, Wehen und Wunder der Zonenwirtschaft, Köln 1966, S. 29
- 40) zit. nach Schulz, a.a.O., S. 113
- 41) Willy Brandt: Reden 1961—1965, Köln 1965, S. 16
- 42) Willy Brandt: Koexistenz, a.a.O., S. 83f
- 43) ebd., S. 37
- 44) ebd., S. 38
- 45) ebd., S. 50
- 46) ebd., S. 76
- 47) ebd., S. 63
- 48) ebd., S. 83
- 49) ebd., S. 86
- 50) David Horowitz: Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Berlin 1969, Bd. 1, S. 142f
- 51) Willy Brandt: Begegnungen, a.a.O., S. 12f
- 51a) „Der Spiegel“, 17. Jahrg. (1963), Nr. 35, S. 20
- 52) zit. nach Walter Jens Hrsg.), Politik ohne Vernunft, Reinbek bei Hamburg 1965, S. 37
- 53) Staatssekretär im Bundesministerium für „gesamtdeutsche Fragen“, Krautwig, zit. nach Dokumentation . . . , Hauptband III, S. 309
- 54) zit. nach ebd., S. 341
- 55) zit. nach ebd., S. 345
- 56) Willy Brandt: Reden a.a.O., S. 125
- 57) Willy Brandt: Der Wille zum Frieden, Hamburg 1971, S. 115f
- 58) ebd., S. 117
- 59) ebd., S. 118f
- 60) ebd., S. 121
- 61) ebd., S. 122
- 61a) Erklärung des Bundesministers für „innerdeutsche Beziehungen“, Egon Franke, vor dem Bundestag am 14. 1. 1970, in: Zur Lage der Nation, Bonn-Berlin 1970, S. 19
- 62) „Der Spiegel“, 20. Jahrg. (1966) vom 5. Dez.; zitiert nach: Günther Rose, „Industriegesellschaft“ und Konvergenztheorie, Berlin 1971, S. 367
- 63) „Die Welt“ vom 16. 11. 1965, S. 2 „Jaksch sorgt sich um Ostpolitik“
- 64) Jaksch in der Fernsehsendung „Unter uns gesagt“ am 30. Juni 1965; zit. nach: Graubuch, Berlin 1967, S. 78
- 65) Wenzel Jaksch: Westeuropa-Osteuropa-Sowjetunion, Bonn-Brüssel-New York 1965; zit. nach: Graubuch, ebd.
- 66) Ursula Schmiederer: Eine neue Außenpolitik? in: Die Große Koalition und die nächsten Aufgaben der Linken. Probleme sozialistischer Politik 4, Frankfurt/Main 1967, S. 23
- 67) Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der CDU/CSU, Bonn 6. 5. 1970 Bundestags-Drucksache VII/757, S. 2
- 68) zit. nach Graubuch, a.a.O., S. 42
- 69) zit. nach: Deutschlandarchiv 10/Okt. 1970, S. 1106
- 70) Die Verteidigung der BRD durch die Moskauer „Prawda“ am 18. 8. 1970 etwa ist zugleich eine kaum verhüllte Zurechtweisung der SED: „Wie jedes größere internationale Ereignis, das eine Wende zum Neuen darstellt, wird natürlich auch der sowjetisch-westdeutsche Vertrag von Mißgunst begleitet. Diejenigen, die jahrzehntelang gewohnt waren, die Bundesrepublik als Werkzeug der Interessen aggressiver Blöcke anzusehen, finden es schwierig, sich mit der Tatsache zu versöhnen, daß Westdeutschland wie jeder andere souveräne Staat seine eigenen staatlichen Interessen hat und eine Politik zu verfolgen wünscht, die die reale Lage und die realen Möglichkeiten in Betracht zieht.“
- 71) zit. nach: Peter Bender, Die Ostpolitik Willy Brandts, Reinbek bei Hamburg, 1972, S. 93
- 72) in: Willy Brandt, Frieden, a.a.O., S. 139f
- 73) „Handelsblatt“ vom 12. 6. 1972, S. 3
- 74) „Handelsblatt“ vom 21./22. 4. 1972, S. 41
- 75) in: Willy Brandt, Reden, a.a.O., S. 48
- 76) Bulletin Nr. 97/1972, S. 1293
- 77) Dieter Senghaas, Abschreckung und Frieden, Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit, Frankfurt/Main 1969; vgl. auch seine neueren Veröffentlichungen.
- 78) Bulletin, a.a.O., S. 1300
- 79) Friedenspolitik in unserer Zeit, Rede Willy Brandts am 11. 12. 1971 in Oslo; zitiert nach: Jahresbericht der Bundesregierung 1971, S. 109
- 80) vgl. Rainer Rilling/Hartmut Sychla: Zur Rüstungs- und Militärpolitik der Regierung Brandt/Scheel, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 6/1972, S. 598ff
- 81) „Handelsblatt“ vom 26. 6. 1972 unter der Überschrift „Sachzwänge“ (!)
- 82) zit. nach: Bulletin der Bundesregierung vom 31. 5. 1972, S. 1109
- 83) zit. nach: Jahresbericht der Bundesregierung 1971, S. 115
- 84) zit. nach: „Die Zeit“ vom 7. 4. 1972, S. 1
- 85) „Stern“ Nr. 48 vom 21. 11. 1971, S. 64
- 86) abgedruckt in: Dokumente . . . , a.a.O., IV. Bd. 1, S. 1337 (Hervorhebung v. Verf.)
- 87) „Der Spiegel“, 14. Jahrg. (1960), Nr. 15, S. 16

Sport in der Leistungsgesellschaft

„Harmonische Charaktere zu bilden und zu formen, sollte das erstrebenswerte Endziel jeder sportlichen Erziehung sein. Zu einem harmonischen Charakter gehören: Ehrlichkeit sich selbst und anderen Menschen gegenüber, Wahrheitsliebe, anständiges Betragen, Disziplin und Vermeidung jeder Rohheit und Gemeinheit in Worten und Handlungen.“

„Die Atmosphäre der Freiheit und Ungebundenheit, in der sich deutliches Geschehen abspielt, das emotionale Aufgewühltsein der im Sport Handelnden, das Verhaftetsein des sportlichen Tuns in der tragenden Tiefenschicht der Person und in einem anderen Lebensbereich mit der gleichen Eindeutigkeit sich offenbarende ganzheitliche Funktion der menschlichen Leib-Seele-Einheit verführen selbst äußerst verschlossene und zurückhaltende Menschen dazu, sich in Sport und Spiel mit größter Offenheit zu geben.“

„Richtiger Sport kennt nur echte Menschen.“

„Sport ist Erneuerung aus kosmischer Lebenskraft.“

An solche Auffassungen, die teils aus dem Lexikon des Sport, teils aus Aufsätzen von führenden deutschen Sporttheoretikern stammen, mag Willi Daume gedacht haben, als er „eine immer steigende Einengung der Freiheit des Individuums im Produktionsprozeß“ feststellte.

„Die Zwänge im Raume der Arbeitswelt werden immer unerträglicher. Sie verlangen gebieterisch die Erweiterung der Freiheitsräume dort, wo die Produktion nicht mehr die Bedingungen diktiert. Dort muß der Mensch um des Menschen willen die Freiheit wiedergewinnen, vor deren Verlust man ihn in der Arbeitswelt nicht bewahren kann.“ (Willi Daume, Sport und Gesellschaft, in der Zeitschrift „Die Leibesübungen“ 7/1970 S. 9)

Solche Äußerungen machen deutlich, wozu Sport letztlich vorgibt zu dienen. Sport hat die Aufgaben, den Individuen das zurückzugeben, was ihnen der moderne Arbeitsprozeß versagt.

Wie sieht dieser Sport aus, dem solche Kräfte zugestanden werden, in den von privater wie auch von staatlicher Seite (Betriebssport, Deutsche Sporthilfe, Goldener Plan usw.) immer größere Summen hineingesteckt werden? Wichtigstes Element, nicht nur im Spitzensport, sondern auch im Breitensport, ist die sportliche Leistung.

„Eine Leibeserziehung ohne Leistungsanforderung trägt diesen Namen zu unrecht,

und zwar angemessen leisten ist eine conditio sine qua non der Leibeserziehung.“ So Christian Lupke in einem Beitrag über Talentförderung (Die Leibeserziehung 11/1967, S. 373).

Streben nach Leistung findet in der Arbeits- und Berufswelt seinen Ausdruck. Leistungsfähigkeit in Bezug auf hohe Produktivität, ökonomischen Wettbewerb, materiellen Verdienst, Berufsausübung und soziale Mobilität ist heute zu einem gesellschaftlich sanktionierten Verhaltensmuster geworden, das heißt, gefordert ist die Entwicklung eines jeden Menschen zur höchsten Stufe der Verwertung seiner Fähigkeiten. Zugleich drückt sich durch die Vorherrschaft des Leistungsprinzips der Erfolg menschlichen Handelns in der Erreichung bzw. Überbietung festgelegter Leistungsnormen aus.

Das Prinzip der Leistung ist bis in die untersten Bereiche des Breitensports institutionalisiert. So wurden zum Bei-

spiel Sportabzeichen und Bundesjugendspiele eingerichtet. Vordringlichste Aufgabe der Sportvereine ist es, Wettkämpfe durchzuführen. Sport ohne Wettkampf und ohne Leistungsmoment ist kaum noch vorstellbar.

Für die Entwicklung des Sports ist kennzeichnend, daß die Merkmale des Leistungssports wie: Leistungsmessung, -steigerung und -vergleich für alle Bereiche des Sports angestrebt werden. Die Erziehung zur sportlichen Leistung und damit der Transfer zu einer nicht hinterfragbaren allgemeinen Leistungsbereitschaft, soll nicht zuletzt auch im Sportunterricht der Schulen erreicht werden. Durch die Einführung von Neigungs- und Leistungsgruppen und durch besondere Begünstigungen der Leistungstärksten (zum Beispiel bei dem Wettbewerb „Jugend trainiert für Olympia“) wird versucht, Motivationen für nicht hinterfragbare Leistungen zu schaffen. Das Erziehungsziel des Sportunterrichts ist Streben nach Leistung und Freude an der Leistung.

Joseph Nöcker stellt in einem Beitrag „Zur Förderung des Leistungssports“ (Leibesübungen 10/1967) fest:

„Der Spitzensport ist für den Breitensport unerlässlich. Er schafft die Vorbilder für unsere Jugend, denen sie nacheifern“ und „alles hat zurückzustehen, wenn es gilt, die einmalige Chance der Ausrichtung der Olympischen Spiele 72 mit ihrer emotionalen Kraft mit der letzten Konsequenz zu nutzen.“

Der Spitzensport hat also die Aufgabe, die Motivation für Leistung zu schaffen und gleichzeitig Leistungsmaßstäbe zu setzen.

Rigauer hat in „Sport und Arbeit“ (edition suhrkamp 348) nachgewiesen, daß Leistungssport und Arbeit die gleichen Strukturen aufweisen und nach den gleichen Prinzipien funktionieren. So orientieren sich zum Beispiel moderne Trainingsmethoden (Intervalltraining) an den von den Arbeitswissenschaftlern entwickelten refa-Methoden.

Leistungssport und gesellschaftliche Arbeit verinnerlichen das Prinzip der Leistung zu einer zentralen Kategorie ihrer Ziel- und Zwecksetzungen. Damit geht es also nicht vorrangig um die sportliche Betätigung, um die Leibesübung oder besser um das Realisieren sensomotorischer Fertigkeiten, sondern um das Erbringen einer Leistung, die



letztlich nur noch um ihrer selbst willen angestrebt und erbracht wird. Dieses gleiche Prinzip in Leistungssport und Arbeit ist jedoch tendenziell auch in dem Bereich des Breitensports nachzuweisen, wodurch über die These von Rigauer hinaus (daß Leistungssport und Arbeit die gleichen Strukturen aufweisen und nach den gleichen Prinzipien funktionieren) die These aufzustellen ist, daß Sport überhaupt eine hohe Affinität zu

Sportliche Leistungen bieten die Möglichkeit, Aggressionen abzuleiten. Die zunehmende Einengung der Freiheit des Individuums im Produktionsprozeß, das Auseinanderfallen von individuellen Bedürfnissen und Anforderungen im Arbeitsprozeß und die zunehmende undurchschaubarkeit gesellschaftlicher Zusammenhänge für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung werden festgestellt und als notwendige Folge der

erkannten Tugend geworden, unter der man übereinstimmend folgendes versteht: *Einhaltung der Kampfbestimmungen, Regeln und Abmachungen, die für alle gleich sein müssen, auch wenn durch ihre Einhaltung dem einzelnen Nachteile erwachsen; ehrenvolle Behandlung des Unterlegenen, Achtung des Überlegenen; peinlichste Rücksichtnahme, nicht nur im sportlichen Kampf, sondern ebenso im Kampf ums Dasein...*

Als ein Mittel zur Bildung eines solchen Bewußtseins werden Sportbetätigung und Sportvereine gesehen, indem dort bei einem großen Teil der Bevölkerung ein Zusammengehörigkeitsgefühl erzeugt wird, das dann ohne weiteres auf den politischen und ökonomischen Bereich übertragen werden soll. So ist es nicht verwunderlich, daß bei Auswüchsen im Sport, wie zum Beispiel beim Bundesligaskandal, hartes Durchgreifen gefordert wird, denn diese zerstören das harmonische Bild; Kritik am Leistungssport wird immer nur an solche Auswüchsen geübt, nicht jedoch prinzipiell an diesem Selbst. Dabei wird jedoch übersehen, daß sich solche Auswüchse in mehr oder weniger krasser Form zwangsläufig ergeben müssen, denn Leistungssport und insbesondere Berufssport unterliegen ähnlichen Bedingungen wie der kapitalistische Produktionsprozeß, denn der Sport ist indieser Form schon längst zur Ware geworden.

„Innerhalb eines Vereins aber kann sich bereits Gesellschaft bilden, entwickeln sich Strukturen, mag ein Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen, dessen Wert wohl niemand bestreitet... Der Verein gehört zu den gesellschaftsbildenden und damit staatstraenden Kräften...“

„Die sportliche Leistung vermittelt — und sei es noch so provinziell, so unbedeutend, gemessen an den Schlagzeilen einer Olympiade — Selbstbewußtsein, Selbstbestätigung, Zufriedenheit.“

Nach diesen beiden Zitaten von Paul Mikat (in Charta des Deutschen Sports, Frankfurt 1968, S. 25 und 27) ist Sport also in der Lage, für diese Werte, die vom kapitalistischen Produktionsprozeß



Aus der Welt des Sportes

Der erste Non-Stop-Lauf „Rund um die Erde“ endete mit einem Fiasko. Von den 300 in Köln gestarteten Läufern erreichten nur 250 die Atlantikküste bei Bordeaux. Davon weigerten sich rund 100, noch weiter in Richtung Westen zu laufen. Die restlichen 150 ertranken während des Laufens samt und sonders. Die Gründe dieses Unglücks sind zur Zeit noch ungeklärt. Man vermutet jedoch, daß das Ertrinken der Läufer in ursächlichem Zusammenhang mit der Wassertiefe steht.

dem Handlungssystem Arbeit aufweist. Wenn jegliche sportliche Betätigung ist mit dem Ziel des Vergleichs verbunden (und sei es auf der unterstmöglichen Ebene).

Die zunehmende strukturelle Angleichung des Sports an die industrielle Arbeit zeigt ebenfalls deutlich, daß die Eigenständigkeit des Sports nicht mehr ist, als ein illusionärer Wunsch der unpolitischen BRD-Sporttheorie; ein Wunsch allerdings, dem die realen Tendenzen in der gesellschaftlichen Stellung des Sports genau entgegenkommen.

Die Vereine und Verbände zeigen durch diese Angleichung nicht nur, daß sie „fortschrittlich“ sind, indem sie ausdifferenzierte und bewährte Verwaltungstechniken übernehmen, sondern vor allem auch, daß sie dem aus dem Arbeitsbereich übernommenen Konkurrenz- und Erfolgsverhalten total unterliegen, denn heute ist es für die Vereine und Verbände wichtiger, die Mitgliederzahlen zu steigern, als die Bedürfnisse der Mitglieder zu befriedigen.

modernen Arbeitswelt aufgefaßt. (Vgl. Zitat von Willi Daume). Dies wird aber nicht mit den Bedingungen der kapitalistischen Produktion und Herrschaft in Verbindung gebracht und als veränderbar kritisiert, sondern rechtfertigend für zwangsläufig erklärt. Was Willi Daume hier positiv ausdrückt, könnte man negativ folgendermaßen formulieren: Sport ist ein einfaches und ungefährliches Mittel, die im Arbeitsprozeß durch entfremdete Arbeit entstandenen Aggressionen zu kompensieren. Dies gilt nicht nur für aktiv Sporttreibende, sondern auch für Zuschauer bei Massensportveranstaltungen, wie zum Beispiel Fußball.

Darüber hinaus versucht der Sport auch von seinen Inhalten her, die heile Welt zu bieten, die am Arbeitsplatz trotz größter Anstrengungen nicht hergestellt werden kann; denn im Sport gelten selbst im härtesten Kampf immer noch die Regeln des „fair play“. Nach B. Wischmann, Sportreformer in Mainz, ist „das ‚fair play‘ zu einer international an-



nicht geboten werden können, einen Ersatz zu bieten.

Genau dies wird auch von vielen Unternehmern klar erkannt. Nicht umsonst wenden viele Betriebe große Summen für die Einrichtung von Betriebssport auf. In Neuer Rundbrief (Senator für Familie, Jugend und Sport), Berlin, 3/1970, S. 9, wird festgestellt:

„Die gemeinsame Sportausübung führt zur Bildung von sogenannten informellen Gruppen im Betrieb, die wichtige soziale Funktionen erfüllen.“

Was hier nicht gesagt wird ist, welches diese „wichtigen sozialen Funktionen“ sind, nämlich Erzeugung einer Gemeinschafts-atmosphäre, die die realen Macht-



und Herrschaftsverhältnisse verschleiern und nicht in das Bewußtsein der Lohnabhängigen vordringen lassen.

„In einer Zeit, in der ein großer Teil der Werk-tätigen infolge der ständig fortschreitenden Technisierung und Automation keine Erfüllung mehr in seiner Arbeit findet, in der der einzelne nur Spezialist, nicht aber Glied einer echten Gemeinschaft ist, entsteht leicht das Gefühl von Unzufriedenheit und alleinsein. In der Gemeinschaft des Sports können sich Betriebsangehörige kennenlernen, neue Arbeitskollegen finden Gelegenheit, Kontakte aufzunehmen... Wird dieser Teamgeist auf die Arbeit im Betrieb übertragen, so kann eine Betriebs-gemeinschaft entstehen, der Menschen angehören, die sich im Sportgeschehen Entschluß-fähigkeit erworben haben. Sie werden Entscheidungen treffen, und zu einer Meinungsbildung im Betrieb beitragen können. Menschen, die wissen, daß sie ernst ge-

nommen werden, daß sie zählen, werden ihre Arbeit gern verrichten, ihre Leistungsbereitschaft wird steigen. Fehlzeiten werden seltener, die Einstellung zur Firma positiver und die Produktivität höher sein als in vergleichbaren Betrieben, in denen kein Betriebssport durchgeführt wird.“

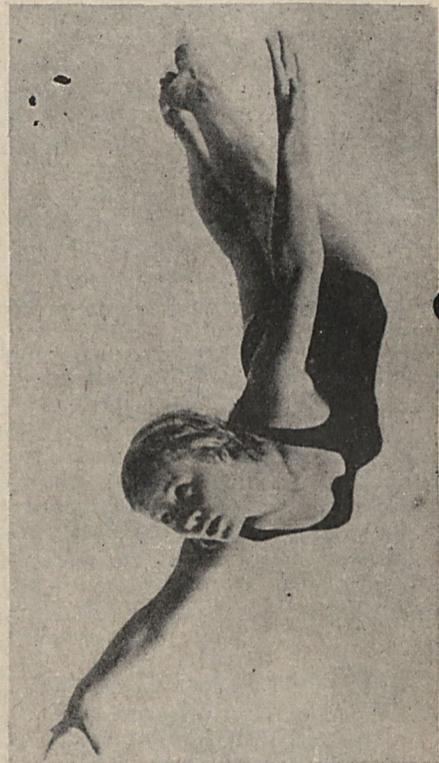
(Karin Helge Kempfer, „Betriebssport – freiwillige Sozialleistung der Unternehmer oder gewinnbringende Investition?“; in: Die Leibeseziehung 2/1970, S. 46)

Hier wird nicht etwa kritisiert, daß die „Werk-tätigen“ durch die Verrichtung von entfremdeter Arbeit keine „Erfüllung“ in ihrer Arbeit finden, sondern dieses scheinbar natürlich bedingte Phänomen soll durch Sport kompensiert werden. Darüber hinaus sollen die im Sport erworbenen Charaktereigenschaften natürlich wieder dem Betrieb, das heißt dessen Eignern, zugute kommen. Um die Gleichheit aller Betriebsangehörigen – vom Hilfsarbeiter bis zum Chef – zu demonstrieren, ist es wichtig, daß alle Gruppen am Betriebssport teilnehmen, um damit die am Arbeitsplatz hervortretenden sozialen Unterschiede zu verwischen. Daß es dabei für den Lohnabhängigen möglich ist, den Herrschaftsausübenden sportlich zu überflügeln, bestärkt sein Gefühl der scheinbar vorhandenen Changleichheit, die ihrer realen Situation im Produktionsprozeß nicht adäquat ist.

Der Unternehmer schlägt also mehrere Fliegen mit einer Klappe. Die Lohnabhängigen „wissen, daß sie ernst genommen werden, daß sie zählen“ und „werden ihre Arbeit gern verrichten“, ihre „Einstellung zur Firma (wird) positiver“. Wenn auf diese Weise ihre Integration in die Betriebs-hierarchie gelungen ist, kann der Unternehmer sicher sein, daß die „Produktivität höher“, das heißt sein Profit höher sein wird.

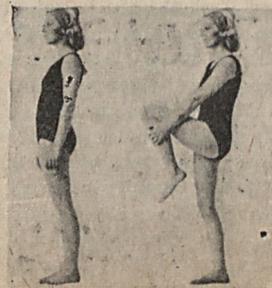
Eine ähnlich integrierte Funktion haben Massensportveranstaltungen, wie zum Beispiel Fußballbundesliga, die Montag für Montag die Politik aus den Schlagzeilen der Zeitungen verdrängt. Wenn Arbeiter gemeinsam mit ihren Unternehmern, und hin und wieder mit Ministern und Staatsoberhäuptern, ihrer Mannschaft zujubeln, so so wird auch durch diese Situation Zusammengehörigkeitsgefühle erzeugt.

„auf dem Fußballplatz... können alle miteinander sprechen; es bedarf keiner langen Vorbildung, keiner schwierigen Spezialisten-ausbildung; gerade deshalb ist der Sport zu



einer großen Gemeinschaftssache geworden; gerade deshalb ist der Sieg der eigenen Mannschaft gemeinsame Sache.“

Die integrative Funktion des Sports gewinnt besondere Bedeutung, wenn es sich um internationale Wettkämpfe, wie Fußballweltmeisterschaft oder Olympische Spiele handelt. „Gemeinschaftssache“ ist dann Demonstration für die Qualität des bestehenden Gesellschafts-systems und damit, im Westen, der kapitalistischen Produktionsweise.



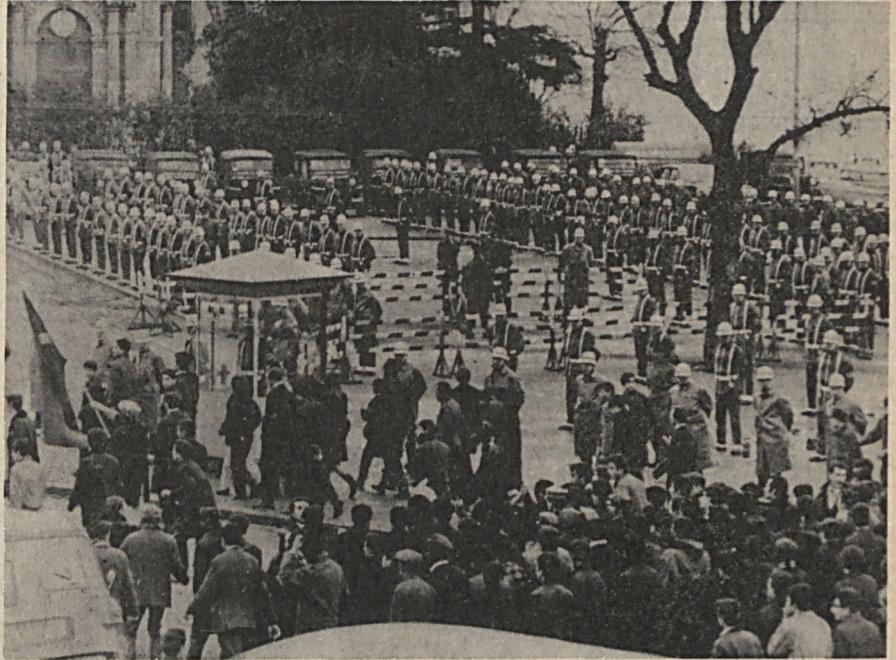
Türkei - ein zweites Griechenland?

Am 6. 5 1972 wurden drei türkische Demokraten: Deniz Gezmiş, Yusuf Aslan und Hüseyin İnan gegen Morgengrauen in Ankara aufgehängt.

Die Generäle in Ankara, die Interessenwächter der westlichen Imperialisten in der Türkei, überhörten die Warnungen der demokratischen Weltöffentlichkeit, richteten die drei jungen Studenten hin. Nachdem die Regierungen Dänemarks, Norwegens, Schwedens, Belgiens, Österreichs und der Schweiz neulich wegen der Aufhebung dieser drei Todesurteile in Ankara nachgesucht hatten, schickte in letzter Minute nochmals der österreichische Ministerpräsident ein Telegramm an den türkischen Staatspräsidenten und verlangte vergebens, daß die Todesurteile zur lebenslänglichen Freiheitsstrafe umgewandelt werden. Die drei hingerichteten jungen Demokraten wurden beschuldigt, an der Entführung von vier amerikanischen Soldaten, die späterhin unverletzt freigelassen wurden, beteiligt gewesen zu sein; auf diese Weise hätten sie den Umsturz des Regimes und Beseitigung der demokratischen Verfassung aus dem Jahre 1961 geplant.

Bei den militärischen Sondergerichten wurden bis jetzt in vier verschiedenen Prozessen für 83 Angeklagte gemäß Artikel 146 der türkischen Verfassung die Todesstrafe beantragt.

● Deniz Gezmiş-Prozeß: Für 21 Angeklagte wurde die Todesstrafe verlangt; am 9. 10. 1971 wurden 18 Angeklagte zum Tode verurteilt;



am 6. 5. 1972 wurden drei von ihnen aufgehängt.

- Prozeß der Marineoffiziere: Für 41 Angeklagte wurde die Todesstrafe beantragt.
- Elrom-Prozeß: Für 13 Angeklagte wurde die Todesstrafe beantragt.
- Alptekin-Prozeß: Für 7 Angeklagte wurde die Todesstrafe beantragt.

Jahr des Kriegsrechts, bis Mitte März 1972, wurden nach der amtlichen Regierungsstatistik 687 Menschen verurteilt, 111 in Haft gehalten, und 807 werden noch verhört. „Seitdem“, so sagte der Regierungssprecher einem Reporter der ‚Frankfurter Rundschau‘¹⁾, „sien nicht mehr als 50 weitere Festnahmen erfolgt“. „Leider haben wir noch nicht mehr fangen können. Aber denken Sie, bei uns wandern jeden Tag 100 ins Gefängnis?“ „Allerdings“, so der Journalist Peter Rhode²⁾, „strafte ihn fünf Tage später Innenminister Kubat Lügen, der stolz auf seine Bilanz von 452 Verhafteten in den letzten zwei Monaten verwies. Demnach gibt es also 2050 politische Häftlinge. Der Weltgewerkschaftsbund schätzt diese Zahl allerdings mit etwa 10 000 erheblich höher ein.“

Als Ermittlungsmethode sind Folterungen eine beliebte und ohne Ausnahmen praktizierte Methode. Um diese Folterungen zu veranschaulichen, im folgenden Fall, der in türkischen Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht und nicht dementiert wurde.

Hier die Aussage von İrfan Ucar vor dem Militärgericht:

„Ich wurde am 27. Mai 1971 in Istanbul festgenommen. Die Beamten wollten mich

Struktur der militärischen Sondergerichte

Zur Durchsetzung eines Ausnahmezustandes werden, je nach Bedürfnissen, die militärischen Sondergerichte etabliert. Diese Gerichte bestehen aus einem hohen Offizier als Gerichtspräsidenten, aus zwei Militärrichtern und einem Militärstaatsanwalt. Sie werden durch eine gemeinsame Verordnung des Verteidigungsministers und des Ministerpräsidenten ernannt und vom Staatspräsidenten bestätigt. Es sind also die gleichen Organe, die den Ausnahmezustand verhängen und die Richter der Sondergerichte ernennen.

Über die Anzahl der politischen Gefangenen sind nur widersprüchliche offizielle Angaben zu erhalten. Im ersten

*) Dieser Artikel wurde uns von Studenten aus der Türkei zur Verfügung gestellt.

dazu zwingen, daß ich die mir von der Staatsanwaltschaft vorgeworfene Schuld akzeptierte. Während drei auf meine Fußsohlen schlugen, traten zwei auf meine Arme. Ein weiterer drückte mit seinem Fuß meinen Mund zu. Ein Anderer hatte seinen Gummiknüppel in meinen After gesteckt und versuchte mich damit unbeweglich zu halten. Das dauerte etwa zehn Minuten. Danach streuten sie Salz auf den Boden und ließen mich darauf gehen. Das dauerte bis Mittag. Sie steckten meine Füße in Salzwasser und gingen Essen. Nach dem Essen ging das gleiche weiter. Gegen 17.30 waren meine Füße ganz zerplatzt. Man sah schon die Knochen. Dann haben sie aufgehört, denn bei jedem Schlag spritzte Blut auf ihre Anzüge und machte sie schmutzig.“³⁾

● Der Schlag, den das derzeitige Militärregime in der Türkei gegen die Linken führt, richtet sich nicht nur, wie man es der Weltöffentlichkeit einzureden versucht, gegen ‚linksradikale Terroristen‘. Der organisierte Terror von oben bedroht vielmehr alle antiimperialistischen und demokratischen Teile der Bevölkerung, die sich gegen die absolute Herrschaft des Kapitals auflehnen. Die liberale **Verfassung von 1961** wurde in 35 Artikeln grundlegend **verändert**. Die demokratischen Freiheiten wurden auf dem Papier eingeschränkt, in der Praxis aufgehoben, das Parlament entmächtigt, ein Großteil der Parteien, Gewerkschaften und Studentenorganisationen aufgelöst und verboten, das Streikrecht faktisch beseitigt, jede Kritik an der Diktatur unter Strafe gestellt.

Die wirtschaftliche Lage der Türkei

Diese Entwicklung wirft ein Schlaglicht auf die hierzulande bisher wenig beachteten Klassenkämpfe in der Türkei.

Die Voraussetzungen für das Entstehen von Klassenkämpfen sind vorhanden:

Die Türkei ist hauptsächlich ein Agrarland. Die Landwirtschaft beschäftigt noch immer über 75% der Bevölkerung, obwohl die landwirtschaftliche Produktion tendenziell an Bedeutung verliert und nur noch zu einem Drittel zum Volkseinkommen beiträgt, während der Anteil der Industrie zunimmt. „Während

(bei einem Bevölkerungswachstum von jährlich 2,5%) die landwirtschaftliche Produktion um nur 0,8% zunahm, erzielte die Industrie einschließlich des Bergbaus einen wertmäßigen Zuwachs von real 12%, der Groß- und Einzelhandel einen von 8%.“⁴⁾

Große Summen müssen jährlich für die Einfuhr von Getreide, Ölen und anderem ausgegeben werden. Dabei gilt die Türkei im Vorderen Orient als eines der reichsten Länder, dessen natürliche Reichtümer bisher aber zumeist noch nicht genutzt werden. Ganze Landstriche gelten noch ökonomisch als Notstandsgebiet. „Ungefähr 62% der 34-Millionen-Bevölkerung sind bis heute Analphabeten. Weitere 20% der Bevölkerung haben weniger als vier Jahre die Schule besucht.“⁵⁾

Die Ostgebiete, in denen das kurdische Volk die Mehrheit bildet (52,3%) sind noch völlig im Rückstand. „Hier ist das Durchschnittseinkommen pro Kopf der Bevölkerung nicht höher als 130 DM im Jahr. Im kommenden Jahr allerdings will der türkische Staat mit Geldern der Weltbank, des Europäischen Entwicklungsfonds und ausländischen Konzernen diese Region erschließen. Der Grund: Erst vor einigen Monaten fanden westdeutsche Experten reiche Lager wichtiger

Rohstoffe, beispielsweise Asbest, Mangan, Chrom, Eisen, Zink und Kupfer.“⁶⁾

Die Türkei diene zunächst in erster Linie als Absatzmarkt für die wachsende Überproduktion der kapitalistischen Staaten. Erst als die Gefahr entstand, daß der Absatz ausländischer Waren auf dem türkischen Markt gefährdet werden könnte, und somit die nordamerikanischen und westeuropäischen Monopole auf ihren in den heimischen Ländern produzierten Waren sitzen bleiben konnten, erst da entschlossen sich diese Monopole zur Direktinvestition in die Türkei. Während die Türkei zwar als eines der ersten europäischen Länder US-Entwicklungshilfe außerhalb des Marshall-Planes erhielt – diese wurde zunächst überwiegend nicht projektgebunden und wegen der strategischen Lage und der NATO-Mitgliedschaft in Form nicht zurückzuzahlender Zuschüsse für den militärischen Wiederaufbau gegeben –, gewährten die übrigen Geberländer in den 50-iger Jahren Wirtschaftshilfe zumeist als Lieferantenkredite, deren Volumen zu immer größeren Verschuldungsproblemen führte, so daß die Türkei schon 1955 ihren Rückzahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen konnte. 1958 entschlossen sich

Sonnenurlaub in MALLORCA

Cala Santanyi

Flug von Frankfurt nach Palma und zurück
7 Tage Vollpension schon ab **DM 396,—**

Calas de Mallorca

Flug von Frankfurt nach Palma und zurück
7 Tage Vollpension schon ab **DM 420,—**

Cala Figuera

Flug nach Palma ab/bis Frankfurt
7 Tage Vollpension schon ab **DM 328,—**
Bei Anreise am **16. 9. — 23. 9. — 30. 9.** oder **7. 10. 72**
verbringen Sie die **dritte Woche gratis!**

STUDENTENREISEN DARMSTADT

Zweigstelle der Auslandsstelle
des Deutschen Bundesstudentenringes GmbH.
61 Darmstadt, Alexanderstraße 22, Telefon: 16 27 18

die Geberländer zu einer internationalen Sanierungsaktion: Mit der Abwertung des türkischen Pfund, der Umschuldung der Verbindlichkeiten und einem Stabilisierungsprogramm für die Binnenwirtschaft wurde die Aufnahmefähigkeit des türkischen Marktes für ausländische Waren, unterstützt von kräftigen Finanzspritzen der exportorientierten Länder⁷⁾, wiederhergestellt. Diese Prozedur, die in späteren Jahren wiederholt wurde, sollte die politische und ökonomische Abhängigkeit der Türkei für die kommenden Jahrzehnte zementieren.

Die mehrfache Abwertung des türkischen Pfundes begünstigt die Importmonopole der Haupthandelspartner, der BRD, der USA und der übrigen EWG-Länder, denen infolge der Verbilligung türkischer Exporte um 30–40% erhebliche Extraprofite zugeschanzt werden, da sie die niedrigen Einkaufspreise nicht oder nur kaum in Preissenkungen auf dem heimischen Markt an die Verbraucher weitergeben.

Entwicklung des Außenhandelsvolumens mit der Türkei (lt. Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Weltwirtschaft am Jahreswechsel 68/69, Bd. 1, Köln 69, S. 116):

Land	türkischer Export (in Mio DM)	
	1967	1968
BRD	357,9	411,4
USA	511,8	382,4
Großbritannien	576,1	215,7
Italien	207,2	113,3

Land	türkischer Import (in Mio DM)	
	1967	1968
BRD	911,5	1078,3
USA	852,9	755,6
Großbritannien	596,7	709,2
Italien	351,4	479,4

Seit 1966, seit dem massenhaften Eindringen von Investitionskapital also, profitieren von Währungsmanipulationen allerdings nicht mehr nur wie bisher die internationalen Exportmonopole, sondern ebenso die über Tochtergesellschaften vertretenen Auslandskonzerne. Die folgende Tabelle zeigt, wie günstig es ist, in der Türkei zu investieren:

Jahr	Investiertes Auslandskapital (in Mio)	Profite (in Mio)
1967	99,4	145,3
1972 (geschätzt)	274,4	340,6

(lt. „Savunma“ von Mahir Cayan, S. 62)

Als Beispiele für privatwirtschaftliches Engagement in der Türkei seien folgende westdeutsche Konzerne benannt: Siemens, AEG-Telefunken, Bosch, Krupp, Hoch-Tief, Daimler-Benz, Büssing, Klöckner-Humboldt-Deutz, Polysius, Dillinger Maschinenfabrik, Mannesmann, Deutsche Industrieanlagen GmbH (Diag), Pintsch-Bamag, Lurgi, BASF, Bayer, Hoechst, Friedr. Uhde, Schering, Merck usw. Hinsichtlich der Direktinvestitionen nimmt die Bundesrepublik nach den USA den zweiten Platz ein.

des feudalen Großgrundbesitzes, zu stabilisieren. Doch das gelang nicht. Für eine ausgeglichene wirtschaftliche Entwicklung der Türkei bedurfte es der Industrialisierung, des Einsatzes von hohen Investitionen, die die Kleinbourgeoisie allein nicht aufbringen konnte. Das ihr zur Verfügung stehende (vorwiegend Handels-) Kapital reichte nicht aus. Die Kleinbourgeoisie mußte sich an die finanzstarken Großgrundbesitzer wenden und so die Macht mit ihnen teilen. Der Staat griff planend ein



Die Klassenstruktur in der Türkei

Die gesamte wirtschaftliche und soziologische Entwicklung in der Türkei ist durch einige Angaben zur Klassenstruktur zu veranschaulichen.

Die Folge des Unabhängigkeitskrieges von 1919 bis 1923 war, daß eine nicht sehr wohlhabende, vorwiegend aus Händlern bestehende Kleinbourgeoisie die Macht vom Zentralfeudalismus des osmanischen Reiches übernahm. Das hatte tiefgreifende Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei. Zu Anfang versuchten die neuen Machthaber, ihre Herrschaft durch eine völlige Beseitigung des Feudalismus, vor allem

und sorgte dafür, daß hinreichend große Kapitalmassen für die notwendigen Investitionstätigkeiten zur Verfügung standen. Gleichzeitig bildete sich durch seine Aktivität aus Kleinbourgeoisie und feudalen Großgrundbesitzern eine starke Nationalbourgeoisie, die ihre wirtschaftliche und politische Führungsstellung ausbauen konnte. In ihren Händen konzentrierte sich mit Unterstützung des Staates das Kapital; die Voraussetzung für eine kapitalistische Wirtschaftsform war geschaffen. Der Staat nahm liberale Züge an. Verbindungen zum ausländischen Monopolkapital wurden geknüpft. In dieser Periode der sich entwickelnden Industrie, der Schaffung von Arbeits-



plätzen in den Städten, entstand die türkische Arbeiterklasse. Der Versuch der Nationalbourgeoisie allerdings, die türkische Wirtschaft den Erfordernissen des Weltkapitalismus anzupassen, scheiterte schon allein an der technologischen Rückständigkeit. Der türkische Kapitalismus war eben nicht organisch aus der feudalen Epoche heraus, sondern mehr künstlich durch die wirtschaftlichen Maßnahmen des Staates entstanden. Das führte zu Beginn der 60-iger Jahre zum Versuch, zu einer vollständigen Regenerierung des Wirtschaftssystems zu gelangen. Eines der Mittel sollte – auf Anraten der USA – eine dem Grundgesetz der BRD entlehnte liberale Verfassung sein.

Warum geht der Staat auf Menschenjagd?

Die heutige Regierung will in der Türkei die Ruhe wiederherstellen. Sie findet die Schuld der Entwicklungen der Volksmassen in der liberalen Verfassung von 1961. Diese war aber nur Ausdruck der Politik der Imperialisten, die mit Hilfe des türkischen Großkapitals die Türkei als einen **offenen Markt** der Überproduktion der westlichen Industrieländer zu halten versprach. Dagegen ist die **feudale Herrschaft** in der Türkei noch kaum gebrochen und veranlaßt die armen

Bauern, die in ihren Dörfern verhungern müssen, in die Städte zu ziehen, weil sie wegen des Ausbleibens der Bodenreform kein Land zum Bearbeiten haben. Die Regierung ist nicht in der Lage, diesen arbeitslosen Bauern Arbeitsplätze zu schaffen, und versucht sie mit Gewalt unter Kontrolle zu halten. Es ist kein Wunder, daß die so Unterdrückten zur Einsicht in die Ursachen ihrer verzweifelten Lage gelangen konnten. Sie nehmen den Kampf für die Verbesserung ihrer Lage, für ihre Rechte auf. Das paßte nicht in das feudalistisch-kapitalistische Konzept des Staates, weil die Unruhen nicht nur auf den Straßen der Städte und der Dörfer blieben, sondern ihre Folgen in der Gesamtwirtschaft zeitigten. Streiks in großen Betrieben und Landbesetzungen in der Provinz brachten die labile Regierung ins Schwanken. Das ausländische Kapital hatte Sorgen um seine Investitionen in der Türkei.

Außerdem fungiert das östlichste NATO-Land Türkei als Aufmarsch-Gebiet – vor allem von US-Truppen – zur Verteidigung der imperialistischen Herrschaft über das Mittelmeer, über die Völker des Nahen- und Mittleren Ostens, über die Ölreichtümer dieser Region – lebenswichtig für die zivile und militärische Energieversorgung ganz Westeuropas. Dem Bedeutungszuwachs der Türkei für die Realisierung der west-

lichen Ziele entsprechend sind alle Aktivitäten darauf gerichtet, das Land als stabile Bastion des Kapitals und als Ausgangspunkt – wie als Transitland – für die Ausbeutung des Nahen Ostens zu sichern.

Angesichts dieser Interessen blieb den Herrschenden in der Türkei nur die Alternative, der Unruhe in der Bevölkerung mit Gewalt Herr zu werden. Die ausführende Kraft war die Armee. Sie wurde kapitalistisch aufpoliert. Ihre Angehörige wurden Mitglieder der zweitgrößten Holding-Gesellschaft des Landes und fanden dabei eine reichliche Unterstützung westlicher Firmen und der türkischen Regierung. Auf diese Weise wurden aus den bis dahin relativ fortschrittlichen Elementen der türkischen Gesellschaft – das Bildungsniveau der Armee liegt weit über dem großer Teile der Bevölkerung – reaktionäre und kapitalistische Kreaturen, die den gerechten Kampf der Völker der Türkei entgegengestellt wurden. Zusammen mit ihren Partnern übernahm die Armee die Macht von der Gerechtigkeitspartei (AP) des korrupten Demirels, der besonders von den Feudalherren unterstützt wurde, und versuchte Ruhe und Ordnung mit terroristischen Maßnahmen wiederherzustellen. Jedoch kann so der Kampf der Völker der Türkei um die Gerechtigkeit nicht verhindert werden, denn Gewalt ist keine Lösungsmethode auf die Dauer.

Die Terrorakten der Machthabenden, die eingangs eingeleitet wurden, werden in der Türkei sicher noch lange anhalten, weil die Gründe der Unruhen nur oberflächlich oder gar nicht erforscht werden. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß die herrschenden Klassen in der Türkei in Bündnis mit dem US-Imperialismus eine offene faschistische Diktatur nach dem Vorbild Griechenlands vorbereiten. Der Schlag gegen die Studenten und Organisationen der Arbeiterklasse ist nur der Anfang.

1), 2) „Frankfurter Rundschau“ 7. Juni 1972
 3) „Prozeßakten von Mahir Cayan“
 4) Der Pearson-Bericht, I/117; Blick durch die Wirtschaft vom 19. 5. 70
 5) „Entwicklungspolitik“, Materialien Nr. 7, Hrsg. BMZ, Bonn 1970 S. 11
 6) „Blick durch die Wirtschaft“ vom 7. 9. 1971
 7) Der Pearson-Bericht, I/123
 Außerdem wurde „Türkei-Report“, Hrsg. Sozialistisches Büro, Offenbach 1971 als Hilfsmittel benutzt.



Alle Wege des Marxismus
führen nach Moskau

Darum **CDU**



Top Job: Offizier des Heeres

Während seine „zivilen“ Altersgenossen von einer leitenden Stellung noch träumen, ist er schon mitten drin. Und vornweg. Denn kein anderer Beruf als der des Offiziers gibt jungen Leuten so früh die Chance einer Führungsposition. Nach Methoden des modernen Managements und des Leistungssports erfolgen Bildung und Ausbildung. Der technische Fortschritt hat einen festen Platz im Trainingsprogramm.

Ebenso wie die Menschenführung. Denn der Offizier des Heeres muß führen, helfen und leiten können. Er muß Vorbild sein als Mensch und Kamerad.

Offizier des Heeres — der erstrebenswerte Beruf für einen jungen Mann, der mehr leisten möchte als andere. Der sich auch um seine Zukunft nicht zu sorgen braucht — denn sein Konto stimmt.

Seien auch Sie unser Mann! Senden Sie diesen Coupon ein. Werden Sie Offizier.

Offizier — Auftrag und Aufgabe



An die
VK-Bundesgeschäftsstelle
7000 Stuttgart 13
Postfach 13 10 26

Ich möchte Informationen

- zum Zivilen Ersatzdienst
- zur Kriegsdienstverweigerung
- über Mitgliedschaft im VK
- über ZIVIL-Zeitschrift für KdV

Name.

Anschrift: